DER SPIEGEL

11. MAI 1960 · NR. 20
14. JAHRGANG · 1 DM
ERSCHEINT MITTWOCHS
IN HAMBURG · C 6380 C



Demagoge Schlamm


PEER EXPORT
eine deutsche Qualitätscigarette
für den Weltmarkt
EXPORT
KRISTINUS
PEER
EXPORT
Neu
Preis in Deutschland
20 Stück
DM 1,75
ginal PEER-Foto: Paris
PEER EXPORT
World famous quality
Kingsize · Filter · Cork
PEER EXPORT
MADE IN GERMANY
PRODUCT OF WEST BERLIN
NEU und einmalig für Deutschland: Eine Exportcigarette – original in der internationalen 20 Stück-Packung – zum Inlandspreis von DM 1,75. PEER EXPORT ist bestimmt für den weltoffenen Raucher diesseits und jenseits der Grenzen – ihr Feld ist die Welt!
Ein Erzeugnis der Cigarettenfabrik Kristinus

I N   D I E S E M   H E F T

Verantwortlicher Redakteur für „Lieber SPIEGEL-Leser": Rudolf Augstein; für „Moritz Pfeil": Moritz Pfeil; für Bonn: Hans Dieter Jaene; für Heilskünder: Hans Schmelz; für Ruhr: Dr. Alexander von Hoffmann; für Sowjetzone, Recht, Bundesländer, Zeitgeschichte, Presse: Dr. Günther Zacharias; für Ausland: Robert Julius Greiff; für Theater, SPIEGEL-Gespräch: Walter Busse; für Kraftfahrt, Film, Fernsehen: Manfred W. Hentschel; für Telemann: Martin Morlock; für Personalien, Hohlspiegel, Rückspiegel: Dr. Karl Paerschke; für Briefe: Johannes Kayser; für Bilder: Eberhard Wachsmuth; verantwortlich für Anzeigen: A. Baelck; Druck: Auerdruck GmbH (sämtlich Hamburg 1, Speersort 1); für die Herausgabe in Österreich verantwortlich: Hans G. Kromer, Wien 1, Freyung 6


GASOLIN
BERGNER

BRIEFE

MASSLOSE REDEN
(Nr. 19/1960, Ankündigung)

Das hat uns gerade noch gefehlt: eine SPIEGEL-Titelgeschichte über den ideologischen Renegaten William S. Schlamm! Genügt es nicht, daß SPD-Erler dem Manne durch seine wilden Attacken im Bundestag Publicity verschafft, genügt es nicht, daß Schlamm Woche für Woche eine Million „Stern"-Exemplare „befruchtet", genügt es nicht, daß dieser Import-Demagoge Abend für Abend in einer anderen deutschen Stadt Unfrieden stiftet?

Wuppertal — KURT WISBARNEK

WEISE BESCHRÄNKUNG
(Nr. 17/1960, USA)

Das Wahlergebnis von Wisconsin wurde von der Presse tagelang mit großer Geschwätzigkeit, der sich selbst die „New York Times" nicht enthalten konnte, diskutiert. Der katholische Senator Kennedy hatte die meisten Stimmen erhalten und vor allem in den städtischen Wahlbezirken den Sieg davongetragen. Sein Gegner, der protestantische Senator Humphrey, war dagegen bei der Landbevölkerung erfolgreich gewesen. Auf Grund der Tatsache, daß sich in Wisconsin, wie überall in den Vereinigten Staaten, der Katholizismus in den Städten konzentriert, das Land dagegen vorwiegend protestantisch ist, wurde gefolgert, die Wähler seien weitgehend von konfessionellen Überlegungen bestimmt gewesen. Dieser Schluß ist jedoch zu primitiv und wird den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht.

Bei der Beurteilung dieses Wahlergebnisses muß man vor allem folgende Faktoren in Betracht ziehen:

▷ Als Neu-Engländer, selbst aus einer Großstadt (Boston) stammend, als Harvard-Mann, als Angehöriger einer Millionärsfamilie, vor allem aber als populärer Politiker übte Kennedy auf die Städter eine größere Anziehungskraft aus als auf die Farmer des Mittelwestens.

▷ Durch seine richtungweisende Beteiligung an der Arbeitsgesetzgebung erwarb er sich große Sympathien bei den Gewerkschaften und der Industriebevölkerung ...

Im übrigen verhält sich die katholische Kirche völlig neutral und verliert kein Wort für Kennedy. Ein prominenter Theologe, der Redemptoristenpater Francis C. Connell, schrieb kürzlich in der amerikanischen „Ecclesiastical Review":

> Ein Katholik, der für einen Kandidaten stimmt, weil dieser Katholik ist, und dabei einen nichtkatholischen Kandidaten übergeht, obgleich jener seiner Meinung nach einen besseren Präsidenten abgeben würde, macht sich einer Sünde schuldig ... In anderen Worten: Eine „katholische Partei" sollte es in unserem Land nicht geben.

New York — KURT KUEN

FÜR KLEIN-EUROPA
(Nr. 15/1960, EWG-Beschleunigung)

Es erscheint uns unverständlich, daß Sie in Ihrem Bericht über den Präsidenten der Kommission der EWG, Herrn Professor Hallstein, im wesentlichen nur die negativen Aspekte der Europa-Politik herausgestellt haben. Bei dem Vorgang der politischen und wirtschaftlichen Vereinigung Europas handelt es sich um einen historisch notwendigen Prozeß, der sich nunmehr der Endphase nähert. Herr Professor Hallstein scheint uns jedenfalls mehr im Einklang mit der Entwicklung zu stehen als derzeit Ihre Mitarbeiter.

Bremen — ROLF LUTTER
Junge Europäische Föderalisten
Landesverband Bremen

Zu Ihrer wohl weniger durch die Sorge um die künftige Wirtschaft Europas als durch die Abneigung gegen den EWG-Präsidenten Hallstein inspirierten Titelgeschichte und dem Interview mit dem dänischen Außenminister Krag, der übrigens über bessere europäische Einsicht zu verfügen scheint als Ihre smarten Interviewer, übermittle ich Ihnen einen Auszug aus einer Gedenkschrift, die zum hundertsten Jahrestag der Errichtung des Deutschen Zollvereins im Jahre 1934 erschien:

> Der „Deutsche Zoll- und Handelsverein" war das Ergebnis unendlich mühseliger Verhandlungen. Die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Nord und Süd (Deutschland), die Sorge der Klein- und Mittelstaaten um Aufrechterhaltung ihrer eifersüchtig gehüteten Souveränität ... all das hatte den verantwortlichen Staatsmännern ihre verantwortungsvolle Aufgabe nicht gerade erleichtert. Mühe und Arbeit gerieten aber bald in Vergessenheit, und die Zweifel und kleinlichen Bedenken, die Schwarzseher und Nörgler als angeblich „wahre Patrioten" vielfach geäußert hatten, wurden durch die Entwicklung in den nächsten Jahren bald widerlegt; *niemand wollte dann den Zollvereinsgedanken jemals bekämpft haben.*

Diese historische Reminiszenz ist vielleicht nicht ganz unzeitgemäß.

Weiden (Bayern) — HELMUTH SANDKAMP

TÖRICHTES ZEUGNIS
(Nr. 18/1960, Lieber SPIEGEL-Leser)

Wenn Sie schon die „Märchengeschichte" des „gebrannten" Herrn Gisevius wegließen („weil sie schon so stank"), mußten Sie dann Ihrerseits seine 18 Spalten mit 15 Spalten Stänkereien begleichen?

Heidelberg — RÜDIGER ZEMBSCH

Für die mutige Generalabfuhr des Gernegroß Gisevius vollen Dank und alle Hochachtung. Nachdem Sie schon in der Reichstagsbrand-Serie diesen schillernden Gockel gründlich gerupft hatten, haben Sie nun diesen stümperhaften Angeber, den ehemaligen „prominenten" Nazi, den ewigen Postenjäger auf seiner Wanderung durchs „Dritte Reich", so gründlich zertrümmert, daß

er per Staubsauger in den Müll getan werden kann. Wie konnte die „Zeit" auf diesen „Kronzeugen" hereinfallen!

Düsseldorf-Gerresheim WERNER CARSTENS

Gisevius behauptet, ein Mann allein könne den Brandweg unmöglich abgelaufen haben — vielfältige Untersuchungen der Kriminalisten und des Gerichts haben aber ergeben: er konnte. Gisevius behauptet, es habe *auf* den Tischen, *auf* den Pulten gebrannt, so als hätten nicht die Tische und die Pulte selbst gebrannt. Kein Zeuge hat diese Version bestätigt. Gisevius behauptet, die Sachverständigen seien sich darüber klar gewesen, daß eine leicht brennbare Flüssigkeit verwandt worden sei. Richtig ist aber, daß sich die Sachverständigen nicht im geringsten darüber klar gewesen sind, ob eine und welche Flüssigkeit verwandt wurde. So bleibt denn nur der Einwand, die Kuppel habe von der Einwirkung eines Mannes allein so schnell nicht brennen können. Gerade zu diesem Punkt den Kriminaldirektor Dr. Schaefer in den Leserspalten der „Zeit" argumentieren zu hören, ist nicht ohne Pikanterie. Dr. Schaefer ist nämlich der Schwiegersohn des wegen Bestechung verurteilten Branddirektors Gempp.

Hannover GERHARD SCHENKER

Die Empfindlichkeit, mit der der SPIEGEL auf die Kritik von H. B. Gisevius reagiert, und die Manier, Zweifler an der SPIEGEL-These über den Reichstagsbrand durch persönliche Diffamierung unglaubwürdig erscheinen zu lassen, entwerten das von Tobias zusammengetragene Material zusehends.

Berlin-Frohnau OSKAR FOERSTER

FLUCHT INS UNGEWISSE

(Nr. 18/1960, Bauernflucht)

Die Bundesregierung sollte die Maßnahmen beschleunigen, die auf eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Struktur Westdeutschlands abzielen. Die Kleinbetriebe, in denen der größte Teil der Arbeit mit der Hand verrichtet wird, haben schlechthin keine Überlebenschance mehr. Im Augenblick aber halten sie nur die Preise für landwirtschaftliche Produkte hoch, denn die Marktpreise orientieren sich immer an den Preisen des Betriebes, der den höchsten Kostenaufwand hat.

Stade OTTO BURMEISTER

Der Westen treibt den Bauern durch immer weiter fortschreitenden Verfall der Einkommensverhältnisse auch bei strukturell und größenmäßig gesunden Betrieben letzten Endes zur Verzweiflung und Aufgabe des Berufes.

Norden (Nordsee) DR. ITZEN

Seit fünf Jahren kündigt die Bundesregierung ein Bodenreform- oder Siedlungsgesetz an. Da es bei der Ankündigung bleibt, wird auch in Westdeutschland ein Bauernlegen einsetzen. Die Nutzungsverträge von 16 000

Das Firmenzeichen IBM

tragen mehr als die Hälfte aller elektrischen Schreibmaschinen. Der IBM-Schreibkomfort und die Qualität überzeugen von Tag zu Tag mehr Unternehmen von der Wirtschaftlichkeit elektrischen Schreibens. Der Service bietet unseren Kunden: Ausführliche kaufmännische Beratung, kostenlose Schreibplatzanalyse, Vorschläge über die gesamte Organisation des Schreibflusses, eingehenden Schreibunterricht und eine sorgfältige technische Wartung.

Sehen Sie sich die IBM an, wenn Sie eine Schreibmaschine kaufen!

IBM-Geschäftsstellen in allen größeren Städten

ET 5A — 267185



Pachtsiedlern auf 260 000 Hektar laufen ab. Nicht nur in Mitteldeutschland gibt es unbequeme Wahrheiten, sondern auch in Westdeutschland. Mehreren Interessengruppen, die hinter dem Bundestag stehen, kommen die hohen Grundstückspreise ebenso gelegen wie die immer aufs neue gewährten Subventionen. Andere Gruppen lehnen eine liberale Bodenreform ab, weil sie nur durchgeführt werden kann, wenn echte Opfer gebracht werden.

Bad Schwartau — Dr. Ivo Dane

Die Landwirtschaft und das Handwerk werden vom modernen Industriestaat gezwungen, sich nach besseren Betriebsformen umzusehen. Selbst gefühlsmäßige Werte wie Freiheit und Selbständigkeit, Blut und Boden dürften auf die Dauer eine gesunde Ökonomie wohl kaum ersetzen können.

Nacka (Schweden) — Petr Pfab

RENTEN-HOROSKOP
(Nr. 18/1960, Sozialrenten)

Die Geschichte von den Erlebnissen des Rentenbürgers Pickenpack ließe sich noch fortsetzen: Wenn Pickenpack nun



Deutsche Zeitung

denkt: „Oho, mit 30 mal 14 Mark, also nur 420 Mark Aufwand, erziele ich später 42 Mark monatlich mehr, dann werde ich ganz schlau sein und nicht nur 30, sondern 60 oder mehr Beiträge der niedrigsten Klasse leisten“, dann wird sein Gesicht lang werden, wenn er später seinen Rentenbescheid in Händen hält. Denn dann bekommt er weniger, als wenn er nur die (genau berechneten) 30 Monatsbeiträge gezahlt hätte. Setzt er sich dann hin und schreibt einen bitterbösen Brief an die Versicherungsanstalt, sie solle ihm das Geld, das er zuviel bezahlt hat und das ihm nicht nur keinen Vorteil, sondern einen Nachteil gebracht hat, doch wieder zurückzahlen, dann nennt man ihm eine Reihe von Paragraphen und bedauert höflich: Seine Beiträge sind rechtswirksam entrichtet und nicht erstattungsfähig, obwohl sie ihm nur Nachteil bringen. Da geht er dann hin und



Ärztlicher Großversuch beweist:

in 2 Monaten 23 Pfund abgenommen!
in 2 Monaten 18 Pfund abgenommen!
in 2 Monaten 12 Pfund abgenommen!

Hier ist die große Chance für alle, die an lästigem Übergewicht leiden! Ein neues Schlankheitsmittel gibt Ihnen neue Lebensfreude, neues Glück in Familie, Ehe und Beruf!



Schon in kurzer Zeit wird sie wieder so schlank sein wie in ihren besten Tagen, denn sie hat den richtigen Entschluß gefaßt, endlich etwas gegen ihr lästiges Übergewicht zu tun. Dann muß sie nicht mehr abseits stehen, sie wird wieder besser aussehen und neues Glück und neue Lebensfreude genießen.

Es ist doch so, die Schlanken haben es einfach überall im Leben leichter. Sie brauchen beim Essen nicht dauernd Rücksicht auf die Linie zu nehmen, sie können sich bequem und modisch kleiden, ohne die kritischen Blicke ihrer Umwelt herauszufordern. Im geselligen Kreis, am Strand, beim Tanz bewegen sie sich frei und ungezwungen, und im Beruf, in der Familie, in der Liebe finden sie mehr Glück und Erfolg.

Wenn man dagegen ein paar Pfund zuviel wiegt, muß man oft ganz zu Unrecht zurückstehen. Man wird so leicht müde, man fühlt sich unbeholfen, unansehnlich und wird dadurch unsicher und gehemmt. Man darf nicht essen, was einem schmeckt, man fürchtet die kritischen Blicke der Freundinnen und Freunde, und man muß oft um sein privates Glück bangen.

Dabei ist es doch heute so wunderbar einfach, wieder so schlank zu werden, wie man es gern sein möchte, oder wie man es früher war, als einem noch das Glück lachte. Denn heute verfügen wir ja über eine Methode, mit der man ganz bequem und auf natürliche Weise Pfund um Pfund verlieren kann, und zwar ohne komplizierte Diät oder gar Hungerkur, ohne den Magen mit Füllpräparaten zu täuschen, und überhaupt, ohne unangenehme Nebenerscheinungen. Eine Kur mit dem neuen wirkungsvollen Schlankheitsmittel „Apotheker Dieffenbachs schlank-schlank" kann Ihnen neue Lebensfreude, neues Glück bringen. Schon nach kurzer Zeit verspüren Sie ein wunderbares Gefühl der Erleichterung, ein neues Wohlbefinden.

Die Erfolge dieses angenehm zu nehmenden, wertvollen Schlankheitsmittels sind geradezu verblüffend. Sie können den Erfolg, den Sie damit erzielen, tatsächlich Tag für Tag auf der Waage und von Woche zu Woche mit dem Zentimetermaß nachprüfen. Lesen Sie bitte aufmerksam den nachstehenden Artikel, in dem ein Arzt über verblüffende Erfolge mit „Apotheker Dieffenbachs schlank-schlank" bei einem ärztlichen Großversuch berichtet.

Vorzügliche Wirkung

Über die außerordentlichen Erfolge des neuen Schlankheitsmittels „Apotheker Dieffenbachs schlank-schlank" bei einem klinischen Versuch schreibt Dr. med. J. Gürtler in der Zeitschrift „Der praktische Arzt" vom 15. April 1959: „Der Monatsdurchschnitt (der Gewichtsabnahmen) lag bei folgenden Werten: 1. Gruppe (ohne Diät) 3800 g. 2. Gruppe (bei leichter Diät) 5500 g. . . . Bei keiner der Versuchspersonen wurde während eines Zeitraumes von 3 Monaten irgendeine unangenehme Nebenerscheinung beobachtet. Bei konsequenter Anwendung dieses Präparates ist seine Wirkung als vorzüglich zu bezeichnen . . ."



Beispiele aus dem Leben

Hier — als Beispiele für mögliche Fälle aus dem täglichen Leben — drei charakteristische Aufzeichnungen: "Herr Josef S., Buchhalter, 48 Jahre alt, 86 kg schwer, neigt am ganzen Körper, insbesondere in der Bauchgegend, zu starkem Fettansatz. Er leidet an Kurzatmigkeit, und sein Arzt ist ernstlich besorgt. Seines unvorteilhaften Aussehens wegen fühlt sich Josef S. seinen schlanken Berufskollegen unterlegen . . ."

Oder: „Fräulein Elfriede L., Stenotypistin, 29 Jahre alt, neigt zu Fettansatz in der Bauchregion, an Hüften und Oberschenkeln. Sie klagt über beeinträchtigtes Wohlbefinden und leidet, seit ihre Verlobung wegen ihrer unvorteilhaften Figur in die Brüche ging, unter seelischen Depressionen." — Aber auch solche Fälle kommen vor: „Frl. Hilde F., 26 Jahre alt, ist 78 kg schwer und neigt am ganzen Körper zu starkem Fettansatz. Ihre Bewerbung um die Stellung einer Chefsekretärin scheiterte, obwohl sie ausgezeichnete Zeugnisse vorweisen konnte, an ihrer ungünstigen Figur, da seitens der Geschäftsleitung auf eine ‚jugendliche, repräsentativ wirkende Erscheinung' Wert gelegt wurde. Frl. F. war völlig verzweifelt . . ."



„Apotheker Dieffenbachs schlank-schlank" baut die überschüssigen Wassermengen und Fettdepots in schonendster Weise ab, ohne daß man auf die Freuden der Tafel verzichten muß!

Schon in einer Woche können Sie auf der Waage prüfen, wie gut Ihnen die Kur mit „schlank-schlank" bekommt. **Fassen Sie den richtigen Entschluß!** Besorgen Sie sich deshalb das neue Präparat gleich heute bei Ihrem Apotheker oder Drogisten oder verlangen Sie dort eine kostenlose Probe mit einem aufschlußreichen, hochinteressanten Prospekt. Wenn Sie keine Gelegenheit haben, Ihre Packung „schlank-schlank" in der **Apotheke** oder in der **Drogerie** zu kaufen, dann können Sie den untenstehenden Berechtigungsschein ausfüllen und an unsere Auftragsvermittlung abschicken. Man wird Ihnen dann ohne Mehrkosten für Sie Ihre gewünschte Packung schicken.

Hier ein Auszug aus den in der erwähnten ärztlichen Zeitschrift veröffentlichten Protokollen über die Versuchsreihe von Dr. med. Josef Gürtler mit „schlank-schlank:"

Versuchsperson M. R., Gmunden, 48 Jahre alt, 86 kg schwer, 169 cm groß. Versuchsperson ißt sehr gern, ist leicht asthmatisch, Bauchgegend sehr adipös, hat sehr wenig Bewegung durch seinen sitzenden Beruf. „schlank-schlank" bewirkt bei dieser Versuchsperson sehr reichliche Entwässerung durch den Darm. Es wurden für die Kur keinerlei Diät-Vorschriften angeordnet. Nach einem Monat war die Gewichtsabnahme 5800 Gramm, das Wohlbefinden sehr gut. Nach zwei Monaten insgesamt eine Gewichtsabnahme von 11 400 Gramm (11,6 bzw 22,8 Pfund).



Schlanke haben immer die größeren Chancen — überall im Leben. Es lohnt sich deshalb, etwas für die schlanke Linie zu tun.

BERECHTIGUNGSSCHEIN

Bitte fassen Sie. mir postwendend die angekreuzte Packung „schlank-schlank" per Nachnahme zusenden: (Gewünschtes bitte ankreuzen)

☐ 1 Großpackung	schlank	DM 14,80
☐ 1 Kurpackung	schlank	DM 19,80
☐ 1 Klinikpackung		DM 28,80

(Bitte angekreuzten Berechtigungsschein auf eine Postkarte kleben oder in einen Umschlag stecken und mit Ihrer genauen Anschrift versehen abschicken an: **Pharmawerk Schmiden GmbH., Auftragsvermittlung S 15/5, Schmiden bei Stuttgart. Lesezirkelleser bitten wir, den Berechtigungsschein nicht auszuschneiden, sondern auf einer Postkarte zu schreiben.**)

weinet bitterlich. Die Geschichte vom Rentenbürger Pickenpack ist nur eine der vielen, dem Laien absurd und widersinnig erscheinenden Konsequenzen, zu denen der „wohldurchdachte" mathematische Aufbau der Rentengesetzgebung führt.

Langenargen (Bodensee) R. BUCHMÜLLER

BEAMTE HOFIERT

(Nr. 15/1960, Affären)

Es ist interessant, daß der Stuttgarter Regierungspräsident Dr. Schöneck von der Stadt einen verbilligten Bauplatz in schönster Lage erhalten hat und daß nach diesem seltsamen Bauplatzkauf das gegen Dr. Klett anhängige Dienststrafverfahren durch das Regierungspräsidium des Herrn Dr. Schöneck eingestellt wurde. Es wäre interessant für die Staatsanwaltschaft, einmal die Zusammenhänge zu klären.

Weingarten (Württ.) DR. ALFRED ALLGAIER

. . . gut, daß Sie Herrn Klett mal kritisch unter die Lupe nehmen. Die Stuttgarter Bürger lassen sich ja seit Jahren alle Kapriolen von ihm gefallen. Es ist noch zu erwähnen, daß ein weiteres Ergebnis der „herzlichen Freundschaft" zu Daimler-Benz die vor etwa drei bis vier Jahren erbaute Daimler-Benz-Niederlassung nebst Großreparatur an der Türlenstraße ist, unmittelbar vor der Hauptfront der Städtischen Kinderklinik, mit allen ohnehin damit verbundenen Belästigungen und abgestellten Fahrzeugkolonnen, die das Krankenhaus und die Straße blockieren. Herr Direktor Nallinger erhielt einen städtischen Bauplatz in bester Stuttgarter Aussichtslage, die bis dahin als unverbaubar galt.

Stuttgart-Feuerbach INGEBORG STUMPP

RUHR SCHOCKIERT

(Nr. 18/1960, Ruhr)

Da redet der Wirtschaftsminister von Konjunkturdämpfung. Dann soll er doch den Salzgitter-Managern erst einmal die Mammut-Investition für die Walzstraßen untersagen. 420 Millionen Mark heizen die Konjunktur nämlich ganz schön an.

Düsseldorf GUSTAV RÜDIGER

Die Darstellung des Streites, der zwischen Salzgitter und der Ruhr wegen der geplanten Walzstraßen entstanden ist, enthält die Ursachen nicht vollständig. Hermann Göring bot den Herren an der Ruhr die Aufbereitung und Verhüttung der Erzvorkommen von Salzgitter an, bevor er die Reichswerke gründete. Aber die Schwerfälligkeit des Denkens, die, nach Sombart, die Verhaltensweise der Schwerindustrie an der Ruhr sehr oft auszeichnete, hat verhindert, daß Salzgitter ein Annex des Ruhrreviers wurde. Zur Aktivierung dieser Bodenschätze blieb kein anderer Weg als die Gründung der Reichswerke. Ein amerikanischer Bergbauingenieur hat damals für den Preis von rund einer Million Dollar die Theorie der Ruhrherren widerlegt,

daß die Verhüttung dieser Erze unrentabel sei. Die Preise für die dort gewonnenen Stahlbleche, die nicht subventioniert sind, beweisen das. Dies war, ist und bleibt die Ursache des Streites zwischen Ruhr und Salzgitter.

Diessen (Ammersee) JOSEPH BADER
Institut für Betriebssoziologie

VERWECHSELT

(Nr. 14/1960, Industrie)

Im Interesse unserer in Rourkela tätigen Monteure legen wir auf folgende Feststellung Wert: Zu keiner Zeit der im Auftrag unserer Firma in Rourkela durchgeführten Arbeiten ist einer unserer Mitarbeiter der im SPIEGEL geschilderten Tat bezichtigt worden oder daran beteiligt gewesen. Es ist auch niemand von unseren Mitarbeitern wegen eines solchen Vorfalles von der Baustelle entfernt worden.

Hamburg 39 KAMPNAGEL AG
(vormals Nagel & Kaemp)

Der an dem Vorfall beteiligte Monteur gehörte der Firma Krupp-Ardelt GmbH an. Indische Stellen, die ihn vorübergehend inhaftiert hatten, erklärten später, daß eine strafbare Verfehlung nicht vorliege. Dennoch wurde der Betroffene aus Gründen des „deutschen Renommees" — wie die Geschäftsleitung erklärte — nach Deutschland zurückgeschickt. — Red.

VERKLAGT

(Nr. 18/1960, Rückspiegel)

Wegen der phantastischen Erzählungen des abberufenen Koblenzer Toto-Direktors Robert Weinand über mich und den früheren geschäftsführenden Vorsitzenden des Vereins TuS Neuendorf, Herrn Staudt, die im Zusammenhang mit dem Selbstmord des früheren Liga-Spielers Bab Hilgert über die „Deutsche Presse-Agentur" verbreitet wurden und die auch Sie im Rückspiegel Ihres Heftes 18 wiedergaben, haben Herr Staudt und ich inzwischen bei der Staatsanwaltschaft Koblenz gegen Herrn Weinand Strafantrag wegen Verleumdung gestellt.


Gauchel

Koblenz-Neuendorf JUPP GAUCHEL

Scharf schoß der SPIEGEL gegen den Toto-Boß Weinand, der sich so diskret und oft 500 Mark im Kuvert reichen ließ; zum Wohle des Sports, versteht sich! Grollend und schmollend saß Weinand im Ausland, und die bundesdeutsche Presse formte genüßlich Schlagzeilen. Doch, welch Wunder, nun kehrt er zurück aus dem sonnigen Süden, und das Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes findet ihn fast unschuldig — im Sinne des Sports! Nur sein Verein, TuS Neuendorf, und der Alt-internationale Gauchel werden ernstlich bestraft. Sollte der SPIEGEL hier einer gar fetten Ente aufgesessen sein, oder ist die DFB-Ethik eine andere als die des seligen Turnvaters Jahn?

Hamburg 13 WILLI LÜHRS

LAMETTA AUF RATEN

(Nr. 18/1960, Gesellschaft)

Der Orden „Signum Fidei" des Feldmochinger Staatsanwalts a. D. Dr. Sayffaerth ist wahrhaft eine geheimnisumwitterte Sache, denn Reginald Graf von Reinhartsbrunn, der den Verein vor bescheidenen 700 Jahren gegründet haben soll, ist in der gesamten genealogischen Fachliteratur nicht zu finden. Über den Unterzeichner des Werbebriefes, Herrn von Royk-Lewinski, und seine Vorfahren, fand sich weder im „Gotha" noch in Kneschkes neunbändigem „Adelslexikon" irgendein Hinweis.

Bad Münder (Hannover) WILHELM ROST

... schrieb ich an Herrn Dr. Sayffaerth:

Verehrungswürdiger Großmeister,
Euer Exzellenz!

Da ich bald meine Lebensversicherung ausgezahlt bekomme, möchte ich dieses Geld wertbeständig anlegen. Da habe ich gedacht, vielleicht kann ich für 3000 Mark Hauptmann in Ihrem Orden werden. Sollten Sie mit kleinen Ratenzahlungen einverstanden sein (10 bis 15 Mark), könnte ich vielleicht auch später einen Ordensoberst am Halsband draufkaufen. Ich würde Sie bitten, mich persönlich zum Ritter zu schlagen, möglichst heuer an den Hundstagen, wo ich mit dem Moped nach München fahren will.

Frankfurt A. VOLLHARDT

MIT BESONDEREM STIL

Eine stilistische Eigenart — oder Eigenwilligkeit — Ihrer Zeitschrift war mir schon immer Stein des Anstoßes. Es ist dies die frappierende Voranstellung von Verben des Sagens.

Gewiß, diese Inversion mag der aufrüttelnden Tendenz Ihrer Publikationen förderlich sein. Auch wird dadurch, ohne Zweifel, zuweilen Langatmigkeit vermieden und rascher Überblick gewährt. Beispiel: „Sinniert der Repräsentant der Indien-Gemeinschaft Krupp-Demag GmbH in Neu-Delhi, der frühere ..."

Ausgezeichnet! Der geneigte Leser erfährt sofort, bevor noch Näheres über das Subjekt, seinen Beruf etc. ausgesagt wird, was dieses macht.

Zwar erfreut sich der Journalismus breiter stilistischer Möglichkeiten. Jedoch — soweit mir bekannt — ist diese verbale Inversion in Prosa nicht möglich. Nicht einmal von der Umgangssprache können Ihre Schreiber ein Recht dazu ableiten. Sollten Sie aber dichterische Freiheit in Anspruch nehmen, so hoffe ich, diese möge sich nicht auch auf das Inhaltliche erstrecken!

Stuttgart-N. HARTMUT SÄTTELE

Wenn Sie weiterhin den deutschen Stil so mißhandeln, kann es kommen, daß man im SPIEGEL lesen kann: Muß bleiben die Herausgabe des SPIEGEL unter.

Kallmünz (Bayern) HEINRICH BELZ

Lieber Spiegel-Leser!

„Nicht Herr Schröder herrscht in Deutschland, sondern Herr Augstein vom SPIEGEL." Der dies in seinen Vorträgen sagt, und der weiter sagt: „der SPIEGEL verdirbt den nationalen Charakter", ist nicht in Deutschland zu Hause, er hat auch keinen deutschen Paß. Ebensowenig ist es ein Anhänger des Bundesinnenministers Schröder, der so spricht, und auch kein gewesener Nazi. Nicht einmal Nationalist ist der Redner, der den nationalen Charakter der Deutschen vor dem SPIEGEL bewahren will. Er ist, in Glaubensdingen, nicht Jude und nicht Christ und nicht Heide, vielmehr „er vermutet die Wahrheit in der Offenbarung" und „weiß sich auf der Seite der Wahrheit". Die Rede ist von einem Mann, an dem ich zu achten weiß, daß er der starken Versuchung, auch noch seinen Namen zu ändern, ausgewichen ist, von William S. Schlamm.

Kein Angriff auf den SPIEGEL erscheint uns so gut und erstrebenswert wie der Schlamms. Niemals möchten wir bei jener Wahrheit stehen, die er zu besitzen sich einredet, zu keiner Zeit seit 1919 hätten wir auf seiner Seite der Barriere streiten mögen, selbst im Storchenteich nicht.

Als es galt, in der Republik die Demokratie durchzusetzen, hat er sie mit den Kommunisten unterhöhlt; als Hitler mit den Waffen hätte eingeschüchtert werden müssen, war Schlamm Pazifist; als sein Paß-Vaterland Amerika in den Krieg zog, wurde der 37jährige nicht Soldat; und nun, da der atomare Friede das eiserne Gesetz der Stunde ist, sucht Schlamm den Deutschen zu suggerieren, sie müßten sich selbst der westlichen Welt als Kamikaze-Initialzündung für den allerletzten großen Krieg zum Opfer bringen.

Hoho! Zwar herrscht bei uns tatsächlich nicht Schröder, und wird wohl auch nie herrschen, zwar herrscht, albern zu sagen, nicht Herr Augstein vom SPIEGEL. Aber auch William Schlamm herrscht nicht in Deutschland.

Der „nationale Charakter" der Deutschen, wenn es so was gibt, gebärdet sich wohl manchmal so, als wollten sie auch heute noch den Erdball in Brand setzen, nach der U-Boot-Fahrer-Melodie

die Welt soll erzittern
in höllischem Klang
bei der Germanen Untergang

aber wenn es dann die Nibelungenfahrt gegen König Etzels Hof gilt, werden die knochenstärksten Renommier-Protzen weich. Diese deutschen „Ins-Grüne-Fahrer" sind tatsächlich nicht gestimmt, wegen Königsberg und Breslau, wegen Lemberg und Krakau Krieg zu führen, und was uns angeht, werden wir ihre Friedfertigkeit bestärken.

Wir werden nicht aufhören, den „nationalen Charakter zu verderben", indem wir den Leuten predigen, daß die Deutschen gar nichts mehr von bewaffneten Pressionen und ausschließlich nur noch etwas von politischer Vernunft zu erwarten haben. Wenn sie nichts von vernünftiger Überlegung wissen wollen, werden wir sie bitten, wenigstens den Krieg nicht zu fördern, und wenn sie mit uns nachdenken wollen, werden wir uns mit zäher Geduld verständlich zu machen suchen.

Schlamms Attitüde der Drohung gegen die Sowjets ist so hanebüchen, weil nichts dahintersteckt als vagabundierender Kosmopolitismus. Wenn die Kölner Studenten ihm frenetisch zuklatschten, liegt die Gefahr nicht darin, daß diese jungen Herrchen Raketen auf Ulbricht abfeuern könnten. Aber die zielbewußten Herren Russen werden weniger Mühe haben, der übrigen Welt klarzumachen, daß Selbstbestimmung in den Augen deutscher Studenten und Jungoffiziere gleichbedeutend ist mit unkontrollierbarem Kriegs-Revanchismus à la Schlamm.

Aus der Mitte des Bundestags heraus ist Schlamm mit bewährter Angst-Heimlichkeit unterstützt worden, und der „nationale Charakter" deutscher Geldgeber ist immer noch unverdorben genug, um einem antiroten Kriegshetzer die nötigen DM-Millionen nicht vorzuenthalten — welch gefundenes Fressen für Botschafter Smirnow, es seinem Meister auf den Gipfel zu reichen!

Hat ein Volk es nötig, von ausländischen Staatsbürgern derart ungeheuerlichen Schaden klaglos einzustecken? Ich rede keiner Ausweisung das Wort. Aber vielleicht genügt es, Schlamm mit einer Tatsache bekannt zu machen, die ihm nicht hinlänglich bewußt sein mag: daß er nämlich die schuldbewußte, die tausendfach begründete Rücksicht mißbraucht, die einem Juden hierzulande wegen der ungeheuerlichen Judenmorde Hitlers entgegengebracht wird. Wäre Schlamm kein, im Jargon des III. Reiches, „Nicht-Arier", so würde man diesem früheren Lobredner des Senators McCarthy das Wort verbieten, wie man es den verfassungsfeindlichen Schriftstellern und Verlegern, wie man es Nieland und Schlüter und nicht zuletzt den (im Gegensatz zu Schlamm von Hitler verfolgten) Kommunisten entzogen hat.

Ich wünschte, ich wäre Jude, damit ich Schlamm an den Pelz könnte!

Herzlichst Ihr

Rudolf Augstein





– denn das ist der Weltumsatz von Pepsi-Cola in mehr als 80 Ländern der Erde: über eine Million Flaschen in jeder Stunde des Tages.

Heute gibt es allein in den USA schon mehr als 500 Abfüll-Betriebe, die jährlich 5,3 Milliarden Flaschen Pepsi-Cola verkaufen. Damit ist Pepsi zum erfolgreichsten 'soft drink' in den USA geworden. Diese Tatsache fand ihren äußeren Ausdruck in der Auszeichnung, daß Pepsi-Cola im vergangenen Sommer auf der vielbeachteten Ausstellung in Moskau die große Familie der alkoholfreien Getränke repräsentieren durfte.
Mit Stolz kann Pepsi-Cola heute von sich behaupten, daß es kein anderes alkoholfreies Erfrischungsgetränk gibt, das eine so schnell wachsende Umsatzsteigerung zu verzeichnen hat.
Pepsi ist ein echtes Getränk unserer dynamischen Zeit: heiter und jung wie sein Name.

Vom Eismeer bis zum Kap der Guten Hoffnung überwacht ein Heer von Spezialisten und Prüfern die stets und überall gleichbleibende vorzügliche Qualität des Erfrischungsgetränkes. Diese musterhafte Organisation hat Pepsi-Cola zu einem der größten und angesehensten Markenartikel der Welt gemacht.
1951 wurde die erste Konzession in der Bundesrepublik vergeben: in Frankfurt entstand der erste Abfüll-Betrieb für Pepsi-Cola. Seither wurde die Produktion und der Vertrieb in zahlreichen großen Konzessionsgebieten aufgebaut; die Eröffnung neuer Betriebe steht unmittelbar bevor.
Schon in absehbarer Zeit wird Pepsi-Cola überall in der Bundesrepublik erhältlich sein.

Pepsi-Cola

. . . das weltbekannte Erfrischungsgetränk

* Eingetr. Warenzeichen

14. JAHRGANG · 1 DM

DER SPIEGEL

11. MAI 1960 · Nr. 20

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

DEUTSCHLAND

BONN

ADENAUER

Bundeskanzler Adenauer fiel kürzlich bei dem Empfang zu Ehren einer finnischen Parlamentsdelegation in Bonn durch die Liebenswürdigkeit auf, mit der er das einzige kommunistische Delegationsmitglied, Rosenberg, begrüßte. Der Finne, der als Ersatzmann für seinen plötzlich verhinderten Kollegen Enne mit nach Bonn gefahren war, hatte die Reise der Nordländer in die rheinische Hauptstadt im letzten Augenblick unfreiwillig gefährdet, als Konrad Adenauer kategorisch erklärte, er wolle keinen Kommunisten empfangen. Auf eine Verlautbarung des finnischen Reichstagspräsidenten Fagerholm hin, unter diesen Umständen werde man auf den Besuch ganz verzichten, war der Kanzler dann veranlaßt worden, seine Bedenken fallenzulassen.

MOSKAU-BEZIEHUNGEN

Der sowjetische Botschafter in Bonn, Andrej Smirnow, der kurzfristig vom Moskauer Außenamt zur Berichterstattung in die Sowjet-Union befohlen wurde, ließ deutschen Freunden und seinen ausländischen Kollegen gegenüber durchblicken, daß er sich bei den führenden Staatsmännern seines Landes für einen versöhnlicheren Ton gegenüber der Bundesrepublik einsetzen wolle. Voraussetzung sei allerdings, daß sein deutscher Kollege in Moskau, Botschafter Hans Kroll, in gleicher Weise auf verschiedene politische Würdenträger in Bonn Einfluß nähme.

ZITATE

„Man könnte geneigt sein ... Vergleiche anzustellen mit den Kreisen, die einst ... vor dem Forum in Jerusalem Christi Kreuzestod forderten. Von Pilatus angefangen, der — ‚seine Hände in Unschuld waschend' — dem Druck der verhetzten Massen nachgab, über Herodes, Annas und Kaiphas bis zum zunächst schwertschlagenden, später aber verleugnenden Jünger böten sich im Falle Oberländer Möglichkeiten einer Gegenüberstellung für unsere Tage." („Informationsbrief" Nr. 7 des CDU/CSU-Landesverbandes Oder/Neiße. Vorsitzender: Theodor Oberländer.)

„Wenn ich nur die Hälfte von dem, was Sie jetzt gesagt haben, dem SPIEGEL mitteile, sind Sie beide erledigt." (Bundeskanzler Adenauer auf der Pressekonferenz in Karlsruhe über ein Gespräch mit zwei Bonner Journalisten im Bonner Presseclub.)



Industriekurier

Es sprach der Kanzler zu dem Sohn: Es wählt dich keiner ohne Lohn! (Alte Kanzlerregel)

CDU-GESCHENKE

Märchen vom Interessenten

Anderthalb Jahre vor den nächsten Bundestagswahlen hat die christdemokratische Fraktion ihr Programm auf jenes Minimum reduziert, das, von verschwiemeltem rhetorischem Beiwerk abgesehen, den eigentlichen Kern des Kanzlerprogramms bildet: die Konsumideologie.

Mangels außenpolitischer Attraktionen operierten die Partei-Oberen auf dem Karlsruher CDU-Parteitag in der vorletzten Woche mit der Verheißung ewiger Wohlfahrt, die in Vergangenheit und Zukunft nur unter der CDU gewährleistet sei. Verschämter Thronprätendent Ludwig Erhard: „Die CDU braucht sich der Früchte ihrer Politik vor dem deutschen Volk wahrlich nicht zu schämen."

Rechtzeitig zum Parteitag hatte das Allensbacher Institut für Demoskopie die Wunschliste der westdeutschen Wähler fertiggestellt. Außenpolitik, Berlin-Frage und Weltfrieden stehen darin am unteren Ende, oben rangieren

- ▷ Erhaltung von Gesundheit und Arbeitskraft,
- ▷ berufliche Aufstiegschancen,
- ▷ Förderung der Kinder und
- ▷ Sicherung des Alters.

Die Allensbacher Wunschliste und das CDU-Wahlprogramm ähneln einander verblüffend. Daran zeigt sich, mit welcher Sorgfalt die Bonner Ministerien den Geschenk-Katalog zusammengestellt haben. Nachdem im Jahre 1957 ein einziger Wahlschlager, nämlich die Rentenreform, auf dem Gabentisch der westdeutschen Demokratie geprangt hatte, wurde das Sortiment diesmal den inzwischen verfeinerten Ansprüchen der Bundesbürger angepaßt und, in viele Häppchen dosiert, gleichmäßig unter das Wahlvolk gestreut. Ludwig Erhard umschrieb diesen Sachverhalt so: „Mit dem Blick auf die Zukunft werden sich die Wertakzente mehr auf eine menschenfreundlichere Gestaltung der Umwelt verlagern."

Vorab soll die Umwelt der westdeutschen Arbeitnehmer mit einem Papier tapeziert werden, das, Volkswagen-Aktie genannt, nach Einkommen und Kinderzahl gestaffelt und zu Vorzugspreisen erhältlich ist. Da aber das Sparen zwecks Wertpapiererwerb nicht jedermanns Sache ist, haben die Ideologen des Massenwohlstands die erstaunliche Möglichkeit ersonnen, den Konsumbürger auch ohne eigenes Zutun in den Genuß von Ersparnissen zu bringen.

CDU-Sozialist Hans Katzer hat — Liefertermin spätestens bis zu den Wahlen — bei Arbeitsminister Theo Blank ein Gesetz in Auftrag gegeben, das alle Gratifikationen aus Firmengewin-

Moritz Pfeil

WAHL-KINDER

Rerum novarum cupidus hat das christlich-demokratische Parteivolk beschlossen, künftig schon zweitgeborenen Kindern bundesdeutscher Eltern öffentliche Alimente zukommen zu lassen. Die unchristliche Begehrlichkeit nach immer neuen Sozialgeschenken, die Papst Leo XIII. bereits vor knapp 70 Jahren am Beginn seiner Sozial-Enzyklika tadelte, überschlägt sich nun gerade bei seinen politischen Epigonen.

Freilich, es hat nie an echten und vorgeschützten Motiven für die Kinderprämie gefehlt, weder damals, als es um die Produktion von großdeutschem Menschenmaterial ging, noch heute, da man allein der sozialen Gerechtigkeit dient (die Nazis waren da ehrlicher).

Zu den echten Motiven, die allerdings im offiziellen Zitatenschatz der CDU nicht zu finden sind, gehört der Wunsch, den Wähler-Appeal der SPD mittels großzügiger sozialer Kassenanweisungen zu übertrumpfen. Gegen solchen Biedersinn verfängt naturgemäß auch der Hinweis nicht, daß die Kanzlerpartei schwerlich kraft Gesetzes Wahlgelder für sich erheben dürfe. Sie kann, und sie tut's.

Es gibt in der CDU auch nüchterne Rechner, die etwa so argumentieren: Die Relation von Alten zu Jungen, von Rentenempfängern zu Rentenzahlern, wird immer ungünstiger; folglich muß der Kinderreichtum gefördert werden; deshalb das Kindergeld. Wer so folgert, gibt immerhin zu, daß den Kinderzuschüssen nicht abstrakte Gerechtigkeitsliebe, sondern — heute wie immer — ein Interesse des Staates an möglichst zahlreichem Nachwuchs zugrunde liegt. Er irrt hingegen, wenn er meint, mit einem Zuschlag von 40 Mark für die Serienproduktion das bevölkerungspolitische Ziel zu erreichen.

In den USA gibt es einen Baby-Boom ohne den Prämienreiz, in Westdeutschland läßt er nach fünf Jahren Kindergeld für die dritten und folgenden Sprößlinge immer noch zu wünschen übrig. Die Unterstellung, daß Eltern sich durch die Aussicht auf einen monatlichen 40-Mark-Scheck zu weiterer Fortpflanzung verlocken ließen, scheint eben doch an den Realitäten des ehelichen Schlafzimmers vorbeizugehen. Sie ist in einem christlichen Wohlstandsstaat ebenso lächerlich wie degoutant.

Durch sachdienliche Überlegungen haben sich jedoch die Sozialideologen der CDU in ihrem Eifer für das Kindergeld nie anfechten lassen. Einem von ihnen, Kurt Schmücker, dem heutigen Vorsitzenden des wirtschaftspolitischen Bundestagsausschusses, gelang in der Parlamentsdebatte über das Kindergeldgesetz die unvergeßliche Formulierung: „Wir lassen uns auch nicht durch größeren Fachverstand von unserer politischen Richtung abbringen."

So kam es denn auch, und das Gesetz hat bis heute den wohl ansehnlichsten Rattenschwanz von Korrekturen erzeugt: das Kindergeldanpassungsgesetz, das Kindergeldergänzungsgesetz, eine Novelle zum Unterhaltssicherungsgesetz, das Gesetz zur Änderung und Ergänzung von Vorschriften der Kindergeldgesetze und das Zweite Gesetz zur Änderung von Vorschriften der Kindergeldgesetze.

Und nun also die sechste Novelle — und Kindergeld fürs zweite Kind. Man tüftelt noch am Modus — ob es 1,5 Milliarden Mark Steuergelder kosten darf oder nur 600 Millionen, ob auch die zweitgeborene Millionärstochter künftig wie ihre jüngere Schwester den staatlichen Zuschuß zur Reitstunde einstecken soll oder diesmal nur ärmere Mädchen — aber das Prinzip steht fest.

In Zeiten eines nie dagewesenen Massenwohlstands und rapide wachsender privater Sparkonten, im Zeichen der Kleinwagenschwemme und der Fernsehwelle dürfen die Aufwendungen für zwei Kinder — so scheint es — den Eltern nicht mehr als selbstverständlich zugemutet werden.

Konsequenter hat sich die westdeutsche Mehrheitspartei noch nie zu dem ungeschriebenen Leitsatz des von ihr geprägten Gemeinwesens bekannt, daß nämlich das Ansetzen von Wohlstandsfett durch nichts genieret werden dürfe — auch nicht durch Kinder.

Jetzt also einen Bonus schon fürs zweite Kind. Man würde nachgerade gern erfahren, bis zu welcher Grenze die CDU äußerstenfalls natürliche Konsequenzen des Ehelebens als prämiierungswürdig anzuerkennen gedenkt.

nen für die Arbeitnehmer bis zu einer Höhe von 312 Mark im Jahr von der Lohnsteuer befreien soll, falls sie das Geld fünf Jahre auf Sparkonten legen. Der Steuerausfall dürfte etliche Millionen betragen.

Der lautstarke Arbeitnehmerflügel schwor die Delegierten jedoch noch auf weitere soziale Errungenschaften ein. So sollen die Arbeiter ebenso wie die Angestellten im Krankheitsfall sechs Wochen lang ihren vollen Lohn beziehen, statt, wie bisher, nur 90 Prozent ihrer Nettolöhne. Ohne Diskussion stimmten die Delegierten zu. Dieser Beschluß dürfte Westdeutschlands Arbeitgeber — sie sollen künftig ohne Zuschüsse der Krankenkassen die Lohnfortzahlung allein tragen — jährlich rund 2,7 Milliarden kosten.


Blank

Unabhängig von der Höhe ihres Verdienstes sollen auch die Kriegsopfer mehr Geld erhalten als ihnen zunächst zugedacht war. Nachdem der von Theo Blank vorgeschlagene Reformentwurf — Mehrkosten von 550 Millionen Mark jährlich — zugunsten eines optisch verheißungsvolleren Fraktionsentwurfs mit 1,1 Milliarden Mark zusätzlichem Aufwand gestrichen worden ist, sollen die Kriegsopfer nunmehr mindestens für 1,2 Milliarden Mark höhere Renten erhalten. Bis zur endgültigen Fertigstellung des Gesetzes stehen überdies noch weitere Verbesserungen auf der Tagesordnung des sozialpolitischen Bundestagsausschusses. Die Auszahlung der Mehrbeträge erfolgt rückwirkend, jedoch nicht vor Herbst dieses Jahres, damit der Zeitraum zwischen der Rentenaufbesserung und den Wahlen nicht zu groß wird.

Auf dem Karlsruher Parteitag tat sich auch ein Politiker hervor, der, gerade weil ihm sein Ministeramt nicht mehr als gelegentliche Sonntagsreden abverlangt, für den Dienst an der christlichen Soziallehre besonders prädestiniert erscheint: Familienminister Franz-Josef Wuermeling.


Wuermeling

Minister Wuermeling offerierte in Karlsruhe eine Arbeitsunterlage, die lebhafte Erinnerungen an den Nazi-Biologismus weckt. Künftig soll das zweite Kind seine Eltern zum Empfang einer monatlichen Staatsprämie berechtigen, obwohl laut Kabinettsbeschluß vom Herbst 1958 die Zahlungen erst dann einsetzen sollten, „wenn die Familienlast überdurchschnittlich groß ist, was von drei Kindern an angenommen wird".

Bisher erhielten die Eltern denn auch nur für das dritte und jedes weitere Kind 40 Mark monatlich als Kindergeld. Diese Zuschüsse werden von den Arbeitgebern aufgebracht, und zwar müssen sie 1,1 Prozent der Lohnsumme an ihre Berufsgenossenschaft abführen.

Eine Ausweitung des Kindergeldes auf Kosten der Gewerbetreibenden hätte den Wahleffekt jedoch zunichte gemacht, da der Mittelstand mit Sicherheit gegen neue finanzielle Belastungen rebelliert hätte.

Ermuntert durch seinen Kanzler, der in Karlsruhe unter dem „Hört, Hört" der Delegierten die geringe westdeutsche Geburtenquote* beklagte, sann Wuermeling auf einen Ausweg. Er trug dem Kanzler einen Plan vor, wie man die Kindersubvention ohne den unerwünschten Mittelstands-Affront über die Bühne ziehen könne: Wuermeling will die benötigten Mittel aus dem Bundeshaushalt haben.

Finanzminister Etzel jedoch ziert sich ein wenig, da ihn die Prämiierung des zweiten Kindes, wenn man die alte Berechnung zugrunde legt, jährlich 1,5 Milliarden Mark kosten würde. Der Propagandist christlicher Volksvermehrung wollte die einmalige Chance, einen Coup zu landen, indes nicht vorübergehen lassen. Wuermeling schlug alternativ vor, wenigstens für das zweite Kind sozial schwächerer Eltern das Kindergeld zu gewähren.

Danach sollen mindestens alle diejenigen Einkommensempfänger, die weniger als 400 Mark monatlich verdienen, für das zweite Kind künftig vom Finanzamt 28 Mark monatlich in bar erhalten. Arbeitnehmer mit Einkünften zwischen 400 und 600 Mark sollen, so Wuermelings Mindestforderung, gestaffelte Beträge zwischen 28 und einer Mark pro Monat einstreichen. Immerhin würden auch diese Mindestprämien Franz Etzel jährlich 600 Millionen Mark kosten. Obwohl derartige Vermehrungshonorare selbst aus der Bibel schwerlich begründet werden können, spendeten die Karlsruher Delegierten dem Franz-Josef Wuermeling Beifall.

Unter dem starken Eindruck der bevorstehenden Wahlen mußte das am wenigsten populäre Gesetzesprojekt, nämlich die Reform der Krankenversicherung, naturgemäß zurückstehen. Theo Blanks Krankenversicherungsentwurf, der eine Beteiligung der Versicherten an den Krankenkosten vorsieht, wurde scharf attackiert. Ausgerechnet Blanks Vorgänger Anton Storch zeterte über die „Beleidigung der Arbeiter".

Neuerdings verlegen sich einige der christdemokratischen Mitglieder des sozialpolitischen Bundestagsausschusses, dem die weitere Beratung des Blank-Entwurfs obliegt, aufs Trödeln. Die Marschroute liegt fest: Die Abschlußarbeiten sollen bis in Wahlnähe hinausgezögert werden; dann nämlich erledigt sich Blanks unpopuläre Selbstbeteiligung von selbst.

Der Vorsitzende des CDU-Arbeitsausschusses, Heinrich Scheppmann, nannte für derlei Störmanöver einen stichhaltigen Grund: „Die Arbeitnehmer-Delegierten fühlen sich (zum Protest) berechtigt, und ich möchte sagen, geradezu verpflichtet, um das große Vertrauen der breiten Arbeitnehmerschichten der CDU zu erhalten, wenn es darum geht, die Stimmen an der Wahlurne wieder abzugeben."

Trotz derart eindeutiger Bekundungen ereiferte sich Bundesausgleicher Heinrich Krone: „Ich wehre mich gegen das Märchen, die Fraktion sei ein Haufen von Interessenten." Er hatte nicht einmal so unrecht. Es war keine Wählergruppe bevorzugt worden; sie hatten alle etwas bekommen. Nur Bundesfinanzminister Etzel muckte auf: „Ich bin der Mann, der das alles bezahlen soll."

* Jährlich etwa 18 Lebendgeborene auf 1000 Einwohner; USA: jährlich etwa 25 Lebendgeborene.

RETTET-DIE-FREIHEIT

Mit Swimmingpool

Am Donnerstag dieser Woche werden in Bad Godesberg die leitenden Männer des Komitees „Rettet die Freiheit" (RdF) zur wichtigsten Sitzung ihres knapp 15 Monate währenden Retter-Lebens zusammentreten. In einem ebenso vertraulichen wie kategorischen Ultimatum hat „Rettet die Freiheit"- Schatzmeister Dr. Hans B. Heil, zugleich Prokurist des die Möglichkeit besteht, daß die Räume sofort durch Institutionen der Wehrmacht übernommen werden können." Nur aufgrund dieser Zusage und Absprachen, erklärt Heil, habe man sich damals in solches Risiko gestürzt.

Major Sagner, der vor Jahresfrist dem Hausbesitzer als honoriger Bürge vorgestellt wurde, ist zwar noch einer der drei Vereinsvorsitzenden und Mitglied des Ständigen Ausschusses beim RdF-Komitee; aber seinen einflußreichen Platz im Ministerbüro Strauß mußte er mit einem Truppenkommando in einer Provinzgarnison vertauschen.

Da Major Sagner -- fern von Strauß -- für „Rettet die Freiheit" kein Fürsprecher mehr sein kann, wandte sich RdF-Geschäftsführer Kanngießer an den ersten Vorsitzenden des Vereins, den CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Rainer Barzel. Aber Barzel ließ sich mehrfach verleugnen und tat im kleinen



CDU-Prominenz in Karlsruhe: Parteitag des Zahlens

Düsseldorfer Bankhauses Poensgen, Marx und Co. KG, gefordert, die Godesberger Zentrale von RdF und die Dienststelle München unverzüglich zu liquidieren.

„Unter Hinweis auf die äußerste Not bei RdF" teilte Schatzmeister Heil dem Komitee-Geschäftsführer Wolfgang Kanngießer mit: „Wenn bis zum 10. Mai dieses Jahres keine Gelder eingegangen sind, ist das Personal bis auf einen Notdienst, der aus Ihnen und einer Schreibkraft (Frau Kreisel) bestehen soll, sofort zu entlassen, um das Inventar dann nach diesem Zeitpunkt bestmöglichst zu verkaufen und einen Mieter schnellstens zu suchen."

Eigentlich haben die Freiheitsretter ihre komfortable Büro-Etage (mit Swimmingpool im Garten) in der Godesberger Mittelstraße auf zwei Jahre fest gemietet. Schatzmeister Heil hat aber schon Vorstellungen entwickelt, wie man dieser Zwangslage entrinnen könnte. Er erinnert sich daran, daß „im Zeitpunkt der Anmietung dieser Räume Herr Major Sagner vor dem Vorstand erklärt hat, daß bei frühzeitiger Mietkündigung

Kreise kund, daß er aus dem Freiheits-Geschäft aussteigen wolle.

So werden zwei Bonner Persönlichkeiten hinfort auf ein scheinbar überparteiliches Instrument verzichten müssen, mit dem sie Großes vorhatten:

- Bundesverteidigungsminister Strauß wollte das Komitee zu einer „Koordinierungsstelle für psychologische Verteidigung" machen, die von Amts wegen einzurichten ihm bisher nicht gelungen ist.
- CDU-Abgeordneter Barzel hielt RdF für das rechte Mittel, sich selbst eine beachtenswerte Hausmacht zu schaffen, die ihm Ruhm und Ansehen bringen und die Tür zu Höherem öffnen helfen sollte.

Anfang vorigen Jahres hatte der Major im Straußschen Ministerbüro, Alfred Sagner, mit den Staatssekretären Globke (Kanzleramt), Ritter von Lex (Innenministerium) und Thedieck (Gesamtdeutsches) den Entschluß gefaßt, ein solches Komitee zu gründen, und schon war auch der CDU-Abgeordnete Rainer Barzel zur Hand, den Vorsitz

eines derart wohlgelittenen Vereins zu übernehmen.

Barzel, 1924 in Ostpreußen geboren und katholischer Konfession, Fliegerleutnant des Zweiten Weltkrieges, stand seit 1949 im nordrhein-westfälischen Staatsdienst, stieg mit knapp 30 Jahren zum jüngsten Ministerialrat der Bundesrepublik auf und erfreute sich besonderen Wohlwollens beim Düsseldorfer Ministerpräsidenten Karl Arnold, der ihn als Adjutanten, „Ghostwriter“ und Berater anheuerte, weshalb dem intelligenten Mann eine weiterhin glänzende Karriere prophezeit wurde.

Indes, im Februar 1956 wurde die Regierung Arnold gestürzt, und der Sozialdemokrat Steinhoff bildete in Düsseldorf eine SPD/FDP-Koalition. Unglücklicherweise war Barzel kurz zuvor in die CDU eingetreten und hielt es auf eine entsprechende Frage Steinhoffs für gut, um unbezahlten Urlaub zu bitten.

Mit der Parole „Knieschlottern findet nicht statt!“ stürzte sich Barzel, der sich keinesfalls wegen seiner politischen Haltung, wohl aber ob seines jugendlichen Ungestüms den Beinamen „Barzel von Schirach“ sicherte, in die Landesparteiarbeit und zog neben Karl Arnold in den dritten Bundestag ein. Im Juni 1958 wurde Karl Arnold vom Tode dahingerafft. Barzel, nun ohne Mentor, hielt es für gut, sich neben der parlamentarischen Pfründe noch eine Stellung zu schaffen, die ihn der Partei unentbehrlich machen und den nächsten Wahlkampf bestreiten helfen würde. Er setzte sich an die Spitze des heute 17köpfigen RdF-Vereins.

Um die anfangs angestrebte äußere Überparteilichkeit zu dokumentieren, trat neben den Ersten Vorsitzenden Barzel als Nummer zwei des Bundesverteidigungsministers Vorzimmer-Major Sagner, der zugleich die Finanzierung verbürgte. Als Nummer drei fungierte der kurz danach aus der SPD ausgeschlossene Rundfunkredakteur Otto Stolz.

SPD, FDP und Gewerkschaftsbund distanzierten sich bald von der Straußschen Zweckgründung, die — so die FDP — „nur der Zusammenschluß der seit einem Jahrzehnt von der Bundesregierung ausgehaltenen CDU-Propagandaorganisationen sein“ werde.

Nichtsdestotrotz suchten Strauß, Sagner und Barzel ihrer Gründung einen überparteilichen Anstrich zu geben. Als „Instrument zur Durchsetzung seiner Ziele“ wünschte der „Verein“ sich ein „Komitee“ gleichen Namens anzugliedern, das — mit hochvermögenden Mitgliedern — die notwendige seriöse Folie abgeben sollte. Vereinsvorsitzender Barzel rief zur Gründung dieses Komitees auf, und mit ihm unterzeichneten 36 prominente Bundesbürger den Appell, darunter die Bundesminister Erhard, von Merkatz, Schröder und Strauß, die Professoren Emil Dovifat, Paseual Jordan und Theodor Litt.

Am 20. Februar 1959 trat die Gründungsversammlung in der Kölner Industrie- und Handelskammer zusammen, 150 von 800 Eingeladenen waren gekommen, Konrad Adenauer hatte ein Grußtelegramm geschickt. Nato-Generalsekretär Spaak hielt die Festrede und riet zur atomaren Bewaffnung.

Der Verein hatte seine Arbeit gerade begonnen, da gab es die erste ärgerliche Panne. Ein Mitglied der RdF-Gründungsgruppe, Wolfram von Hanstein, Vizepräsident und Generalsekretär der „Liga für Menschenrechte“, entpuppte sich nach Ermittlungen der Bundesanwaltschaft als „höchstbezahlter DDR-Agent in der Bundesrepublik“. Er wurde verhaftet.

Bald hatte Barzel das ungute Gefühl, daß ihn Major Sagners Vormachtstellung bei „Rettet die Freiheit“ nicht recht zur Entfaltung kommen ließ. Die unter dem Patronat des Generalleutnants a. D. Erich Schneider und bei aktiver Mitwirkung eines Majors Bauer vom Bundesverteidigungsministerium gegründete RdF-Arbeitsgruppe „Wehrfragen“ entfaltete ein reges Eigenleben. Ihre Mitglieder durften jederzeit Unterlagen des Ministeriums anfordern und sogar die Schreibkräfte des Ministerbüros in Anspruch nehmen, und das Bundespresseamt finanzierte durch das Referat Küffner eine kostspielige Paris-Reise.



Vereins-Chef **Barzel**
Knieschlottern findet nicht statt

In dieser Situation beschloß Barzel unter Assistenz von Otto Stolz, sich finanziell von offiziellem Geld etwas unabhängiger zu machen und stärker als bis dahin die Industrie um Geld anzugehen.

Spenden für „Rettet die Freiheit“ waren nämlich als staatspolitisch wertvolle Ausgaben steuerlich abzugsfähig. Die Industrie jedoch zeigte sich äußerst reserviert. Dabei mochte mitspielen, daß man Barzel als „linken Flügelmann“ der nordrhein-westfälischen Landesbehörden in Erinnerung behalten hatte, wozu unter der Hand bekanntwurde, daß der Freiheitsretter sogar Mitglied der Gewerkschaft „Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr“ ist.

Während sich Barzel vergeblich mühte, seinen Konkurrenten Sagner bei RdF finanziell zu überspielen, stolperte der Major — ohne Barzels Zutun — aus dem Bonner Gesichtskreis.

Sagner kannte eine Journalistin namens Susanne Sievers gut. Die Dame, die bei „Rettet die Freiheit“ in eine wichtige Stellung bei der Arbeitsgruppe für Wehrfragen gerückt worden war, hat bereits mancherlei Berührung mit dem kommunistischen Totalitarismus gehabt, den sie nun bekämpfen sollte.

Schon Ende Juni 1952 wußten Westberliner Zeitungen von dem Abenteuer einer Bonner Sekretärin — Susanne Sievers — zu berichten, die am 25. Juni jenes Jahres mit eigenem Auto und einer Tasche voller Geheimpapiere durch die Zone nach Berlin gefahren war.

Indessen trafen nur das Auto und Susanne Sievers vor dem Roxy-Hotel am Kurfürstendamm ein, die Papiere — unter anderem „Informationsmaterial“ über leitende Regierungsbeamte und Parteiführer — müssen zwischen Babelsberg und Dreilinden aus dem Auto gefallen sein.

Sofort telephonierte Susanne Sievers mit Bonn und erhielt von einem damaligen Freund den Rat, sich mit dem Zonenjustizminister Fechner in Verbindung zu setzen. In der Zwischenzeit hatte jedoch ein aus Westdeutschland kommender Fernfahrer auf unbegreiflich wundersame Weise die Dokumente wiedergefunden und den Westberliner Behörden übergeben.

Susanne Sievers aber, die von dieser glücklichen Fügung nichts wußte, fuhr zweimal hintereinander in den Ostsektor, aus dem sie am 27. Juni 1952 nicht mehr wiederkam. Augenzeugen wollen sie im November 1952 im Garten einer Villa in Schmöckwitz (Ostsektor) gesehen haben, wo sie Passanten ihren Namen zuzurufen versuchte.

Als Susanne Sievers wiederkam, war sie um beinahe sieben Jahre älter geworden. Dennoch ging sie am 26. Mai 1959 wieder in den Ostsektor, wobei sie von zwei Verfassungsbeschützern heimlich beobachtet wurde. Sie wollte dort — wie sie später erklärte — eine alte Gefängniskameradin anrufen.

Nach ihrer Rückkehr aus Berlin trat der „Militärische Abschirmdienst“ (MAD) an Barzel heran, um ihn über Frau Sievers aufzuklären. Barzel glaubte jedoch keine Verdachtsmomente zu besitzen und beließ die Sievers — weil ihm auch der Verfassungsschutz keine konkreten Beschuldigungen vorbringen konnte — im vereinsinternen Wehrausschuß.

Hohe Offizierssoldaten hielten es aber mit Rücksicht auf die moralischen Prinzipien der Bundesrepublik für opportun, den Major Sagner von Susanne Sievers räumlich zu trennen.

Sagner wurde nach Rücksprache mit Strauß aus dem Ministerium endgültig entfernt und als stellvertretender Bataillonskommandeur nach Westfalen versetzt, auch im Hinblick auf ein anderes Mißgeschick, das ihm den Beinamen „Milchflaschen-Sagner“ eingebracht hatte (SPIEGEL 40/1959).

Die Freude des Dr. Barzel über die unverhoffte Ausbootung Sagners wich jedoch bald der Einsicht, daß mit dem Mitarbeiter des Franz-Josef Strauß auch ein Freund und Förderer von „Rettet die Freiheit“ ausgeknockt worden war. Das Komitee, von der Industrie nur äußerst spärlich mit Geld bedacht und auch von offizieller Seite immer kürzer gehalten, weil es


Der Mann, der Lincoln raucht
Sein Urteil zählt. Sein Wort hat Gewicht. Der Mann, der Lincoln raucht, ist gern gesehen. Er bringt den Duft eines köstlichen Tabaks mit und verbreitet um sich eine Atmosphäre besonnener Ruhe und männlicher Behaglichkeit.
Er weiß es
Fünf Sterne führen zu Lincoln
* Lincoln ist mild-aromatisch und bekömmlich (weil er nach dem Cavendish-Verfahren vollfermentiert und veredelt ist)
* Lincoln schmeckt so gut, wie er duftet
* Lincoln quillt nicht über den Pfeifenrand hinaus
* Lincoln glimmt gleichmäßig durch (denn Lincoln ist eine Shag-Mixture im Internationalen Schnitt - 1mm)
* Lincoln brennt in der Pfeife und nicht auf der Zunge
Die "Prince of Wales" gehört dazu
Zum guten Tabak - die gute Tabakspfeife: "Prince of Wales", London made, sandgeblasen. Sechs Modelle. Preis je 12.- DM.
Lincoln - überall dabei
Der handliche 50-g-Frischbeutel trägt nicht auf. Er hat in jeder Anzugtasche Platz - und er bewahrt das Lincoln-Aroma in ganzer Fülle.
Superior Quality
Ready for the Pipe
American Shag Mixture
LINCOLN
›CAVENDISH‹
Tobacco Suppliers Inc. Kinston, North Carolina
50 g
2.-
Tobacco Suppliers Inc., Kinston, North Carolina/USA
332

keineswegs die an seine Gründung geknüpften Hoffnungen erfüllte, kam in zunehmende Finanzschwierigkeiten.

Um diese Kalamität zu beheben, beschloß man, Ende März dieses Jahres auf dem zweiten Jahreskongreß von „Rettet die Freiheit“ in Frankfurts Palmengarten und Paulskirche die öffentliche Meinung mit einem Donnerschlag zu wecken.

Bereits Ende 1959 waren die Vorarbeiten zu einem „Rotbuch gegen die kommunistische Untergrundarbeit in der Bundesrepublik“ weit gediehen, das ein Journalist namens Hans Hartl aus München verfaßt hatte.

Das Rotbuch mit dem Titel „Verschwörung gegen die Freiheit“ enthielt Namen von Institutionen und Persönlichkeiten, die sich vornehmlich gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr ausgesprochen hatten und nach Hartls Ansicht damit zu Steigbügelhaltern für die apokalyptischen Reiter aus dem Osten geworden waren.

Hartl, dem offenbar selbst nicht ganz wohl bei der Sache war, gab das „Rotbuch“ dem Dr. Rainer Barzel drei Wochen vor Veröffentlichung zur Durchsicht, mit der Bitte, etwa anstößige Formulierungen zu reklamieren. Barzel überflog das unübersichtliche 175-Seiten-Pamphlet mit raschem Zug. Am 25. März, auf dem Frankfurter RdF-Kongreß, freute er sich: „Meine Damen und Herren, wir haben das Rotbuch herausgebracht als eine ganz große Sache ...“

Am nächsten Morgen ließ er sich durch den Hotelboy die Morgenzeitungen bringen und las eine Passage des Rotbuchs im Nachdruck der „Frankfurter Rundschau“: „Wenn auch wahrscheinlich in keinem direkten Kontakt mit dem Osten, so doch in einem bedenklichen geistigen Verwandtschaftsverhältnis zu ihm steht der Außenseiter der CDU, der Bundestagsabgeordnete Peter Nellen ...“

Bleich stöhnte Barzel: „Ich bin ruiniert, meine Karriere ist aus!“ Er schrieb einen flehentlichen Brief an seinen Parteifreund Nellen und suchte den Fraktionsvorsitzenden Dr. Krone auf, um sich zu entschuldigen. Barzel beschloß, Komitee und Verein mit Rücksicht auf seine Karriere fortan zu schneiden.

Ende April sagte der Chefideologe des Komitees, der Journalist Ernest J. Salter alias Henry Johannsen, der wegen seiner Komitee-Mitarbeit aus der SPD ausgeschlossen worden war, jede weitere Mitarbeit bei „Rettet die Freiheit“ auf.

Das Rotbuch wurde eilends durch eine Neufassung ersetzt, die den CDU-Atomgegner Nellen ungeschoren ließ. Dennoch war „Rettet die Freiheit“ am Ende. Leichtfertig angeschuldigte Bundesbürger erstatteten Dutzende von Strafanzeigen gegen „Rettet die Freiheit“; die Kasse war — nach Abbuchung der Unkosten für die Frankfurter Veranstaltung — leer.

Einen allerletzten Strohhalm für den bankrotten Verein hat Schatzmeister Dr. Heil allerdings noch im Auge: Schrieb er an Geschäftsführer Kannengießer: „Ich habe nichts dagegen, wenn Sie die verschiedenen Briefe und Anordnungen, die ich getroffen habe, Herrn Minister Strauß zur Einsichtnahme vorlegen, um Herrn Strauß beziehungsweise Herrn Globke die ernste Situation bei RdF vor Augen zu führen.“

Was den Vereinsmitgliedern unbekannt ist, las Prokurist Dr. Heil aus der RdF-Satzung heraus: „Ich muß Sie darauf hinweisen, daß entstehende Schulden — wenn sich nach dem 10. Mai dieses Jahres die Notwendigkeit ergeben sollte, daß ein Konkurs angemeldet werden muß — laut Satzung nicht vom Komitee, sondern von Mitgliedern des Vereins getragen werden müssen.“



Freiheits-Funktionär **Sagner**
Ein Verein geht baden

Erstmalig laufen Vereinsmeier und Gschaftlhuber Gefahr, für ihre leeren Ideale ein persönliches Opfer bringen zu müssen.

AKTIENRECHT

Umwandlungs-Richter

Die Geschäftsstelle des Düsseldorfer Oberlandesgerichts legte dieser Tage letzte Hand an eine Urteilsbegründung, die — unter dem Aktenzeichen 6U 26/60-18Q 88/59 I — deutlich macht, was die Lieblingskinder der Bonner Wohlfahrtspolitik, die Kleinaktionäre, künftig von Gericht und Gesetzgeber zu erwarten haben. Das Urteil gestattet einem Großaktionär, die Minderheitsaktionäre zu einem von ihm gewählten Kurs abzufinden und ihnen ihre Beteiligungsrechte zu nehmen.

Diese Erkenntnis verdanken Westdeutschlands Effektensparer dem Bremer Holz- und Aktien-Kaufmann Hermann D. Krages, der Ende vergangenen Jahres den Aktienmilliardär Friedrich Flick durch eine Einstweilige Verfügung daran hindern wollte, ihn, Krages, und eine Reihe anderer Aktionäre mit Hilfe des sogenannten Umwandlungsgesetzes aus der Feldmühle AG hinauszumanövrieren. Laut Umwandlungsgesetz vom 12. November 1956 kann ein Aktionär, falls er mehr als 75 Prozent des Grundkapitals sein eigen nennt, die Gesellschaft in eine andere umwandeln und die Minderheitsaktionäre abfinden, einerlei, „ob andere Gesellschaften der Umwandlung widersprechen oder zustimmen“.

Feldmühle-Großaktionär Flick — ihm gehörten etwa 80 Prozent des Firmenkapitals — wollte das Papier-Unternehmen in eine flugs gegründete „AG für Papier- und Zellstoffinteressen“ umwandeln. Alleiniger Zweck dieser Prozedur war es, wie der Feldmühle-Generaldirektor Dr. Herbert Rohrer freimütig eingestand, die freien Aktionäre von einer weiteren Mitsprache an dem lukrativen neuen Zellstoffkonzern auszuschließen. Flick und Rohrer erschien ein Abfindungskurs von 770 Punkten — 7700 Mark pro 1000-Mark-Papier — ausreichend, obwohl die Aktien seit Mitte vergangenen Jahres, von geringen Unterbrechungen abgesehen, an der Börse mit 1200 bis 1300 Punkten bewertet werden.

Hermann D. Krages, der nominell etwa zwei Millionen Mark Feldmühle-Aktien besitzt, sowie eine Reihe anderer Aktionäre weigerten sich, der Umwandlung zuzustimmen, und verlangten, auch an der neugegründeten Gesellschaft beteiligt zu werden. Zumindest aber wollten sie einen höheren Abfindungskurs, der nach Berechnungen des bremischen Aktionärs mindestens bei etwa 2500 Prozent liegen müßte. Den von der Verwaltung vorgeschlagenen Kurs stellte ein Aktionär als „Parteigutachten“ hin.

Auf einer außerordentlichen Hauptversammlung am 22. Dezember vergangenen Jahres hielt es der Feldmühle-Generaldirektor Rohrer indes nicht einmal für erforderlich, den Minderheitsaktionären darüber Aufschluß zu geben, nach welchen Gesichtspunkten der Abfindungskurs von 770 Prozent ermittelt worden war. (Rohrer: „Ich bin hier nicht im Kreuzverhör.“) Mit den Stimmen Flicks und einiger Banken wurde die Umwandlung kommentarlos genehmigt.

Opponent Krages reagierte mit einer Einstweiligen Verfügung gegen die Eintragung der neuen Gesellschaft ins Handelsregister. Wenn nämlich die Eintragung vorgenommen würde, so argumentierte die Krages-Anwältin Jutta Engler vor dem Düsseldorfer Landgericht, würde automatisch die Firma Feldmühle gelöscht; mithin würden die alten Aktionäre ihrer Mitgliedschaftsrechte an der Feldmühle verlustig gehen.

Der Vermerk im Handelsregister käme folglich einer Enteignung gleich. Die einschlägigen Bestimmungen des Umwandlungsgesetzes, fuhr Jutta Engler fort, verstießen also gegen Artikel 14 des Grundgesetzes, der die Unantastbarkeit des Eigentums garantiere. Infolgedessen sei die Umwandlung nichtig.

Am 22. Januar dieses Jahres hatte das Landgericht die Argumente Jutta Englers als „keineswegs unvernünftig“ beurteilt und die Eintragung des Umwandlungsbeschlusses in das Handelsregister durch eine Einstweilige Verfügung blockiert. Flick legte Berufung ein.

Von dem Oberlandesgericht in Düsseldorf mußten sich nun Hermann Krages und mit ihm alle Minderheitsaktionäre bescheinigen lassen, daß die Zwangsabfindung zu einem von Flick gewünschten Kurs nicht als Enteignung anzusehen sei. Dieser Begriff, so urteilten die Oberlandesgerichtsräte Müller, Speitkamp und Nebel, sei nur auf einen „staatlichen Verwaltungsakt“ anwendbar, hingegen nicht auf die von Flick kraft Gesetzes betriebene Privatenteignung.

Die Richter verwiesen auf die amtliche Begründung zum Umwandlungsgesetz,

in der es heißt: „Für solche Umwandlungen können wirtschaftliche und steuerliche Gründe, aber auch die persönlichen Verhältnisse der Gesellschafter maßgebend sein."

Bei der naheliegenden Vermutung, daß der Inhalt des Umwandlungsgesetzes mit dem Grundgesetz unvereinbar und mithin nichtig sei (Artikel 14), hielten sich die urteilenden Richter nicht lange auf: „Es muß (nach Artikel 14) die durch das Wort ‚Eigentum' gekennzeichnete freiheitliche Wirtschaftsordnung bestehen bleiben. Das Eigentum als Rechtsinstitut wird (durch das Umwandlungsgesetz) nicht ausgehöhlt." Eine einleuchtende Begründung für diese Theorie erhielt Krages nicht.

Nach dem Düsseldorfer Urteil müssen Westdeutschlands Aktionäre darauf gefaßt sein, daß zwischen Sacheigentum und den Eigentumsrechten eines Aktionärs „ein wesentlicher Unterschied besteht". Hieß es in dem Urteil weiter: „Wenn man den Aktionär zuweilen als ‚wirtschaftlichen Eigentümer' des Gesellschaftsvermögens bezeichnet, so darf daraus nicht gefolgert werden, daß jede Beeinträchtigung der Aktionärsrechte durch ein Gesetz eine Beschränkung oder gar Entziehung des ‚Eigentums' im



Industriekurier

Die Großen im Töpfchen, die Kleinen ins Kröpfchen

Sinne des Artikels 14 des Grundgesetzes darstellt ... Der eintretende Verlust des Aktienrechts liegt also im Rahmen dessen, was ein Aktionär hinnehmen muß."

Im übrigen wirft das Oberlandesgericht Hermann Krages vor, er habe sein schutzwürdiges Interesse, das er mit der Einstweiligen Verfügung bekundet hatte, nicht glaubhaft nachgewiesen. Dem Großaktionär Flick hingegen bescheinigt das Gericht, daß die Umwandlung, über deren Motive Generaldirektor Rohrer keinen Zweifel gelassen hatte, „im Rahmen einer großen unternehmerischen Konzeption" notwendig gewesen sei.

Künftig können Westdeutschlands Aktionäre auch nicht darauf pochen, daß die im Umwandlungsgesetz verankerte unterschiedliche Behandlung von Groß- und Kleinaktionären etwa den Gleichheitsgrundsatz der westdeutschen Verfassung (Artikel 3) verletze. Laut Urteilsspruch des Oberlandesgerichts Düsseldorf ist der Artikel 3 verletzt, „wenn ein vernünftiger und sachlich zureichender Grund für die gesetzliche Differenzierung nicht zu finden ist".

Für die Zwangsabfindung hatte jedoch Flick nach Meinung der Düsseldorfer Richter einen solchen zureichenden Grund: „Die Umwandlung dient einem echten wirtschaftlichen Bedürfnis ... Es sollen unter anderem klare Verhältnisse geschaffen und mögliche Interessenkonflikte zwischen Mehrheit und Minderheit beseitigt werden." Nach dieser Lesart stehen Kleinaktionäre den wirtschaftlichen Bedürfnissen eines Unternehmens im Wege; ein interessanter Aspekt des Bonner Volkskapitalismus.

Nachdem die Düsseldorfer Richter die Verfassungsmäßigkeit des Umwandlungsgesetzes ausdrücklich bejaht hatten, muß es überraschen, daß es an anderer Stelle des Urteils heißt: „Ob der Gesetzgeber eine zweckmäßige, in jeder Hinsicht befriedigende und gerechte Lösung gefunden hat, ist nicht zu untersuchen."

Für alle jene Aktionäre, die sich künftig einem übermächtigen Großaktionär gegenübersehen, halten die Düsseldorfer Oberlandesrichter einen beachtlichen Trost bereit: „Er (Krages) hätte ... genauso wie jeder andere Aktionär die rechtliche Möglichkeit gehabt, allein oder zusammen mit anderen Aktionären die Mehrheit in der Hauptversammlung zu gewinnen und von den entsprechenden Gestaltungsmöglichkeiten des Umwandlungsgesetzes Gebrauch zu machen."

ABGEORDNETEN-VERMEHRUNG

Schicken Sie sich drein

Auf der Fahrt zum Begräbnis des Schatzministers Lindrath — am 2. März dieses Jahres in Heidelberg — ließ Konrad Adenauer zum ersten Male durchblicken, daß er für die nächste Bundestagswahl eine Änderung des Wahlgesetzes anregen wolle. Seinem Begleiter, dem Bundestagspräsidenten Gerstenmaier, vertraute er in ein paar vagen Sätzen an, er denke an die Schaffung einer sogenannten Bundesliste, einer neuen, dritten Möglichkeit, die westdeutschen Volksvertreter zu bestimmen. Bisher wurden die Abgeordneten entweder direkt im Wahlkreis oder über eine Landesliste gewählt.

Seit der vorvergangenen Woche weiß nun auch die bundesrepublikanische Öffentlichkeit von der Absicht des Kanzlers, wieder einmal — wie bisher vor jeder Bundestagswahl — am Wahlgesetz zu manipulieren.

Auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe warb der Kanzler um Verständnis für seinen Plan: „Stellen Sie sich die Aufstellung der Kandidaten zum Bundestag bei uns vor. Ich habe das Trauerspiel mehrfach mitgemacht. Es ist ein Trauerspiel. Ich glaube, an die Interessen des Bundes denkt man dabei nicht an erster Stelle, sondern an der soundsovielten Stelle. Daher glaube ich, daß der Gedanke, auch über eine Bundesliste Abgeordnete in den Bundestag zu schicken, ein guter Gedanke ist."

Der Gedanke ist keinesfalls neu: Schon als 1956 die bisher letzte Wahlgesetzänderung im Bundestag beraten wurde, erwogen Experten der Regierungskoalition mittels einer Bundesliste — also einer bundesunmittelbaren Kandidatenaufstellung — sichere Plätze für willfährige Kanzlerdiener zu schaffen, beispielsweise für den seinerzeitigen Vizekanzler Blücher, der nach seinem Austritt aus der FDP zwar keinen Rückhalt in nennenswerten Parteikreisen mehr besaß, dafür aber das Wohlwollen des Bonners Regierungschefs.

Die Möglichkeit, unabhängig von niederen Parteigremien Kandidaten für die Bundestagswahl aufstellen zu können, ließ den Kanzler nicht ruhen: Im vergangenen Herbst, als einschlägige CDU-Kreise Änderungen am Parteistatut austüftelten, fragte Adenauer in der Bundesgeschäftsstelle seiner Partei an, ob bei dieser Gelegenheit endlich auch ein Paragraph ausgearbeitet werden könnte, der dem Bundesvorstand mindestens ein Mitspracherecht bei der Kandidatenauswahl einräumen würde.

Der Kanzler wurde von der Geschäftsführung seiner Partei dahin beschieden, daß der Selektionsmodus, nach dem die Aspirantenschaft auf einen Parlamentssitz bestimmt wird, vom Wahlgesetz geregelt wird und nicht von der Parteisatzung. Im derzeit gültigen Wahlgesetz aber ist eine Mitwirkung der Bundesparteivorstände bei der Vorentscheidung im Kampf um einen Platz im Bundestag nicht vorgesehen.

Paragraph 22 Absatz 1 des Bundeswahlgesetzes bestimmt über die Direktkandidaten in den Wahlkreisen: „Als



Bewerber einer Partei kann ... nur benannt werden, wer in einer Versammlung der wahlberechtigten Mitglieder der Partei im Wahlkreis oder in einer Versammlung der von den wahlberechtigten Mitgliedern der Partei im Wahlkreis aus ihrer Mitte gewählten Vertreter in geheimer Abstimmung hierzu gewählt worden ist."

Für die Mandatsbewerber auf Landesliste gilt diese Bestimmung entsprechend: Sie werden von einer Vertreterversammlung auf Landesebene ausgewählt, wobei die Landesvorstände der Parteien zwar einige Einflußmöglichkeiten haben, aber eifersüchtig darüber wachen, sich nicht vom Bundesvorstand in die Kandidatenaufstellung hineinreden zu lassen.

Das Wahlgesetz erfüllt mit diesen Bestimmungen eine demokratische Forderung, die von der Bonner Professorenkommission für ein Parteiengesetz so begründet worden ist: „Besonderes Gewicht (muß) darauf gelegt werden, daß ... der Anhängerschaft, wenigstens aber den Mitgliedern einer Partei, tatsächlich ein bestimmender Einfluß auf die Auswahl der (Kandidaten-)Persönlichkeiten eingeräumt bleibt. Liegt die Nominierung der Kandidaten für Wahlen überwiegend in den Händen ... der Leitung ... zentraler Parteiverbände, so entsteht die Gefahr, daß das Vertrauen in die Auswahl der Kandidaten beeinträchtigt wird und darüber hinaus die repräsentative Legitimation des gesamten Parlaments verringert wird."

Den Kanzler bedrücken derlei Sorgen um eine möglichst volksverbundene Auswahl der Parlamentarier jedoch nicht. Nachdem Adenauer von der CDU-Bundesgeschäftsstelle erklärt worden war, daß er nicht mittels eines Tricks — durch eine Änderung der Parteistatuten nämlich — die Kandidatenaufstellung zu einem Vorrecht des Kanzleramtes machen könne, begann er über eine entsprechende Wahlgesetzänderung nachzusinnen.

Als dringend zu erledigende Aufgabe aber sieht es der Kanzler seit vergangenem Sommer an, den Einfluß der Parteizentrale innerhalb der föderalistisch aufgebauten CDU und ihrer Bundestagsfraktion zu verstärken.

Seit er bei seinem Kronprinzen-Mordversuch an Wirtschaftsminister Ludwig Erhard erkennen mußte, wie unbotmäßig Fraktion und Landesverbände der Partei gelegentlich werden können, sucht er für sich und seinen Nachfolger nach einer Möglichkeit, eine parlamentarische Schutzstaffel aufzustellen, deren Ehre Treue heißt: Seinem Nachfolger als Parteivorsitzenden — Adenauer denkt dabei an Heinrich Krone — soll die Erfüllung der Hauptaufgabe: Ludwig Erhard vom Kanzleramt fernzuhalten oder ihm wenigstens straffe Zügel anzulegen, nicht durch einen Abfall der Fraktion unmöglich gemacht werden. Mit Hilfe der Bundesliste sollen bundesvorstandstreue Parlamentarier in das Hohe Haus einziehen.

Mißtrauisch haben CDU-Vertreter in der vorigen Woche schon darauf hingewiesen, daß es keiner Bundesliste bedürfe, „um Herrn von Eckardt ins Parlament zu bekommen". Tatsächlich haben es die Bundesvorstände der westdeutschen Parteien in den meisten Fällen immer noch geschafft, den für die Kandidatenaufstellung zuständigen unteren Parteigremien ungediente Experten als Wahlkreis- oder Listenbewerber aufzudrängen, wenn die Vorstände geltend machen konnten, daß diese dem Parteivolk weithin unbekannten Fachleute für die Sacharbeit im Parlament notwendig seien.

Dem Bundeskanzler gelang es 1953, wenn auch unter sehr großen Schwierigkeiten, seinem Staatssekretär Otto Lenz einen sicheren CDU-Wahlkreis in Rheinland-Pfalz zu verschaffen. Die CDU-Fraktionsführung im Bundestag konnte 1957 den niedersächsischen Landesverband überreden, Professor Pascual Jordan als Atomsachverständigen auf die Landesliste zu setzen.

Mit dem bisherigen Mittel des sanften Drucks von oben würde also auch bei der Bundestagswahl 1961 ein Platz für Pressechef von Eckardt, Bankier Abs, Industriepräsident Berg und Ernährungs-Staatssekretär Sonnemann — CDU-Kandidaten, die Adenauer im nächsten Bundestag sehen will — zu finden sein.

Intern begründen CDU-Vertreter die Einführung einer Bundesliste denn auch nicht so sehr mit der Notwendigkeit, Fachleute für einen Parlamentssitz nominieren zu können, die erst zum Zwecke ihrer Aufstellung ein Parteimitgliedsbuch erwerben. Für die als CDU firmierende neudeutsche Bürgerbewegung hätte eine Bundesliste vor allem den Nutzen, eine zusätzliche Möglichkeit zu bieten, Vertreter aller jener Schichten, Gruppen und Stände nominieren zu können, die nach dem Wunsch der CDU unter dem christlichen Hut gesammelt werden sollen. Bei der Spannweite des CDU-Programms reichen die bisherigen Landeslisten dafür allein noch nicht aus.

In welche schwierige Lage CDU-Vorstände geraten können, deren Wünsche von den Ortsgruppen gänzlich unberücksichtigt bleiben, zeigte sich jetzt in Südbaden: Vergebens versuchte der süd-


Eckardt


Sonnemann

badische CDU-Vorsitzende Anton Dichtel, wenigstens *einen* evangelischen Christen als direkten Wahlkreisbewerber nominieren zu lassen.

In allen südbadischen Wahlkreisen hörten sich die zuständigen CDU-Ortsgruppen die von Ort zu Ort immer flehentlicher werdende Bitte ihres Landesvorsitzenden geduldig an, um dann doch einen Katholiken für die bevorstehende badisch-württembergische Landtagswahl aufzustellen. Solche Pannen sollen bei Bundestagswahlen künftig nicht nur mittels Landeslisten, sondern auch noch mit der Bundesliste repariert werden.

Allerdings hat auch die SPD, die weniger ausgleichsbedürftig ist als die CDU, Verständnis für die Schaffung einer Bundesliste bekundet. Der stellvertretende Sozialistenführer Waldemar von Knoeringen erklärte sich namens seiner Partei bereit, Adenauers Anregung zu erörtern. Für die Vorstände aller Parteien hätte die Bundesliste nämlich den Vorteil, nicht mehr zu Gegenleistungen für die unteren Parteigremien — beispielsweise besondere finanzielle Wahlunterstützungen — genötigt zu sein, um einen vom Vorstand gewünschten Kandidaten durchdrücken zu können.

Der politische Wissenschaftler Theodor Eschenburg hat in der „Zeit" mit der



Berg



Abs

schönen Unschuld des Professors dargelegt, welche Motive Adenauer veranlassen, für eine Bundesliste einzutreten. Schrieb Eschenburg: „Wahrscheinlich denkt er (der Kanzler) dabei an jene Abgeordneten, die den eigentlichen Kern des Fraktionsstabes bilden und daher möglichst von lokalen Interessenbindungen unabhängig sein sollen."

Die Unabhängigkeit von lokalen Bindungen ist zwar ein gutes, sachliches Argument für die Bundesliste, doch ist dem Kanzler nach vorherrschender Bonner Meinung bei seinem Plan die Abhängigkeit der Bundeslisten-Parlamentarier wichtiger als ihre Freiheit: die Abhängigkeit vom Parteivorstand nämlich, in der sich diese Politiker nach der Wahl befinden würden.

Während die Abgeordneten, die im Wahlkreis oder über Landeslisten gewählt worden sind, einen Rückhalt in ihrer jeweiligen Parteiorganisation besitzen und — um ihn sich zu erhalten — den Wünschen dieser Gremien Gehör schenken müssen, ist die einzige Stütze für die bundesunmittelbaren Mandatsträger der Bundesvorstand. Wenn sie ein zweites Mal zur Wahl nominiert werden wollen, so können sie sich bei ihrer Parlamentsarbeit den Luxus von Gewissensentscheidungen nur leisten, wenn ihr Gewissen mit dem des Bundesvorstands im Einklang steht.

Adenauer stellt sich vor, daß rund 50 Abgeordnete via Bundesliste gewählt werden sollten. Einzelheiten, ob die Wähler für die Stimmabgabe zur Bundesliste der einzelnen Parteien eine dritte Stimme* erhalten oder ob die für die Landeslisten abgegebenen Stimmen auf Bundesebene noch einmal verrechnet werden sollen, sind bisher weder im Kanzleramt noch im zuständigen Bundesinnenministerium noch innerhalb der CDU erörtert worden.

Geläufig ist einschlägig interessierten Kreisen jedoch bereits, daß bei Zugrundelegen der letzten Wahlergebnisse (1957) von den 50 Bundeslistenplätzen etwa 25 auf die Kanzler-Partei entfallen wären: 25 vorstandseigene Korsettstangen zum Zusammenhalten eigenwilliger Fraktionskollegen.

Um diese Zelle abhängiger Vertrauensleute aufbauen zu können, ist der Kanzler entschlossen, sich über den Rat altgedienter Parlamentarier aller Fraktionen hinwegzusetzen, die jeder Vergrößerung des Bundestags widersprechen, weil sich gezeigt hat, daß die Erhöhung der Abgeordnetenzahl (von 410 im ersten Bundestag auf 519 im jetzigen dritten) der Arbeitsqualität nicht dienlich war. Der Kanzler will die Zahl der Abgeordneten dennoch erhöhen.

Warnte der Bundestagsvizepräsident Jaeger (CSU) gelegentlich der letzten Wahlgesetz-Debatte im Bundestag vergebens: „Die Arbeitsfähigkeit des Parlaments (wird) durch Zunahme der Zahl der Abgeordneten nicht erhöht ... Es ist eine alte Erfahrung, daß kleine Ausschüsse die verschiedenen Gesichtspunkte genauso gut zu berücksichtigen wissen wie große, aber wesentlich schneller arbeiten."

Derlei Einwände gedenkt der Kanzler unberücksichtigt zu lassen. Auf dem Karlsruher CDU-Parteitag entspann sich wegen dieser Frage eine Diskussion zwischen Adenauer und Parlamentspräsident Gerstenmaier, der schon seit 1953 für ein kleineres, „stromlinienförmiges" Parlament ficht.

Adenauer über die geplante Bundesliste: „Wenn insgesamt 50 Damen und Herren mehr (in den Bundestag) kämen, wäre es kein Unglück." — Zwischenrufer Gerstenmaier: „Ohne Erhöhung." — Adenauer: „Ich würde ruhig die Zahl der Bundestagsabgeordneten um 50 erhöhen ... Man muß sich in manches schicken; ich habe es auch getan, und so wird sich der Bundestagspräsident auch darin schicken müssen."

In Bonn wurde in der vorigen Woche als sicher angenommen, daß sich Bundestagspräsident Gerstenmaier tatsächlich — wie schon so oft — dem Willen seines Kanzlers werde fügen müssen.

Der Parlamentspräsident machte sich zwar stark: „Auch nicht zehn Abgeordnete mehr will ich im Hause haben." Auch Christdemokrat Majonica und Sozialist Menzel, Abgeordnete seit der ersten Wahlperiode, sprachen sich gegen eine Erhöhung der Abgeordnetenzahl aus.

Menzel: „Adenauer will den Anteil der über Listen gewählten Abgeordneten an der Gesamtzahl erhöhen, weil ihm die Wahlkreisabgeordneten zu selbstbewußt sind." Majonica: „Daß ich direkt gewählt bin, verschafft mir die nötige Gelassenheit für die Parlamentsarbeit."

Der Hiwi des Kanzlers, Innenminister Schröder, aber erläuterte schon, mit hochmütigem Lächeln unter dem glatten Scheitel, daß die Bundesliste, auf die Adenauer nicht verzichten will, tatsächlich nur bei Erhöhung der Abgeordnetenzahl durchzusetzen ist: Ohne Erhöhung würden sich die Wiederwahlchancen der Abgeordneten um rund zehn Prozent vermindern. „Mit einer Zustimmung zu der Wahlgesetzänderung wäre unter diesen Umständen nicht zu rechnen."

* Zur Zeit verfügen die westdeutschen Wähler bei der Bundestagswahl über zwei Stimmen: eine für die Direktwahl, eine für die Landesliste.

RUHR

MONTAN-UNION

Phoenix in der Asche

In der Gästeschar, die zum Zehnjahres-Jubiläum der Montan-Union am Montag dieser Woche in Luxemburg erwartet wurde, fehlten zwei der gewichtigsten Montan-Industriellen: Dr.-Ing. E. h. Hans Günther Sohl, Vorsitzender der westdeutschen Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, und Dr.-Ing. E. h. Helmuth Burckhardt, Vorsitzender der Unternehmensverbände Ruhrbergbau und Aachen, zeigten keine Lust, sich Lobreden auf die älteste der europäischen Gemeinschaften anzuhören.

Beide hatten vielmehr am Vorabend des Jubiläums die Montan-Union scharf kritisiert. Sohl attestierte ihr, daß sie „der europäischen Wirtschaftsentwicklung keinen Dienst" erwiesen habe. Zechenchef Burckhardt erklärte sogar, die Luxemburger Politik schade Europa.

Das Aufflackern der schwelenden Animosität zwischen Ruhr und Luxemburg zu offener Feindseligkeit hatte naheliegende Gründe. Kurz zuvor hatte nämlich die neunköpfige Hohe Behörde der Montan-Union bewirkt, daß

▷ die beiden westdeutschen Stahlkonzerne August Thyssen-Hütte AG (ATH) und Phoenix-Rheinrohr AG ihren Antrag auf Genehmigung eines gegenseitigen Aktientausches zurückzogen;

▷ die Ruhrzechen ihren Antrag auf Billigung eines gemeinsamen Kohlenverkauf-Syndikats ebenfalls zurückzogen.

In beiden Fällen glaubten die Antragsteller unanfechtbare Gründe für ihre Konzentrationspläne zu haben.

Die Stahlkonzerne — Generaldirektor der ATH ist Hans-Günther Sohl — entstammen dem Industrie-Imperium Fritz Thyssens. Seine 82jährige Witwe Amélie Thyssen wollte ihre Phoenix-Beteiligung von rund 52 Prozent an die ATH abgeben, wo sie zwölf Prozent und ihre Tochter Anita Gräfin de Zichy 40 Prozent Beteiligung besitzen. Erläutert Sohl: „Das ist nur die Wiederzusammenfassung der industriellen Beteiligungen der Familie Fritz Thyssen. Es ist eine Maßnahme innerorganisatorischer Natur."

Außer dieser Eigentumskonzentration sollten durch den Aktientausch eine stärkere technische und kaufmännische Rationalisierung erzielt und das Produktionsprogramm erweitert werden.

Der Aktientausch bedurfte jedoch der Luxemburger Zustimmung. Nach Artikel 66 Paragraph 2 des Montan-Vertrags müssen alle nach Zusammenschluß aussehenden Firmenprojekte von der Hohen Behörde genehmigt werden. Die Behörde prüft, ob das neue Unternehmen „auf einem bedeutenden Teil des Marktes ... die Preise ... bestimmen" kann.

Nun zeigte sich zwar bald, daß die Hohe Behörde keine Handhabe zur Verweigerung des Aktientausches besaß: Nirgends hätte die neue Thyssen-Gruppe einen Anteil von mehr als zwölf Prozent der Produktion im Gebiet der Montan-Union erreicht. Die Thyssen-Quote für Rohstahl lag bei neun Prozent*, für Bleche von drei und mehr Millimeter Stärke bei 7,5, für Warmbreitband bei 7,3 und für Formstahl bei 5,6 Prozent. Bei Stab- und Breitflachstahl sowie Blechen unter drei Millimeter Stärke betrug der Anteil weniger als fünf Prozent.

Auch ein Vergleich mit der Größenordnung anderer Unternehmen der Montan-Union ließ das Thyssen-Projekt nicht als marktbedrohend erscheinen. So hatte die Hohe Behörde beispielsweise das Entstehen der belgischen Gruppe Cockerill-Ougrée mit einer Rohstahl-Produktion von 4,9 Millionen Tonnen genehmigt — die Thyssen-Gruppe brachte es auf 5,1 Millionen Tonnen.

Die Hohe Behörde konnte auch feststellen, daß demnächst die Rohstahlkapazität der vereinigten Thyssen-Unternehmen von anderen Firmen allein durch Investitionen übertroffen werden wird. So plant der italienische



Hyper-Montane **Malvestiti, Hellwig, Spierenburg:** Komplexe

* Alle Produktionszahlen gelten für 1957, da die Untersuchungen der Hohen Behörde auf den Ergebnissen dieses Jahres basieren.

Staatskonzern Finsider bis 1965 eine Kapazitätsausweitung auf 7,2 Millionen Tonnen Stahl je Jahr, die französische Firma Usinor auf sechs Millionen Tonnen.

Trotzdem ging die Behörde zunächst nicht daran, die Genehmigung zu erteilen. Seit Sohls Antrag im Herbst 1958 gestellt worden war, suchte sie nach Ausflüchten, verschob die Beratungen um Monate und erklärte sich für überlastet. Erst kurz vor Ende vergangenen Jahres widmeten sich die Luxemburger zögernd dem Antrag. Es zeigte sich schnell, welche Chancen die Genehmigung hatte: Drei Mitglieder der Hohen Behörde, die Deutschen Dr. Hellwig und Dr. Potthoff und der Unions-Präsident, der Italiener Malvestiti, waren für eine Genehmigung; vier Mitglieder, der Belgier Finet, die Franzosen Lapie und Roger Reynaud und der Holländer Spierenburg waren dagegen; der belgische Professor Coppé und der Luxemburger Wehrer zeigten sich unentschlossen.

Die Widerstandskämpfer hatten sich um Dirk Spierenburg geschart, der in der Hohen Behörde seit ihrem Bestehen sitzt und dessen Ruhrfeindlichkeit in den Montan-Zirkeln des Sechser-Europas bekannt ist. Spierenburg war im Kriege Vorsitzender der niederländischen, mit den Deutschen kollaborierenden „Reichsstelle für Metalle", und an der Ruhr argwöhnt man, daß er mit seinen Anti-Ruhr-Kampagnen jene Zeit vergessen machen wolle.

Schließlich machte Luxemburg den Vorschlag, die Thyssen-Gesellschaften sollten vor dem Aktientausch ihre 50prozentige Beteiligung am Handelskonzern Handelsunion AG und die ATH ihre etwas mehr als 25prozentige Beteiligung an der Stahl- und Walzwerke Rasselstein/Andernach AG auf je 25 Prozent abbauen. Außerdem solle die ATH ihr Paket von 35 Prozent des Aktienkapitals der Hüttenwerk Siegerland AG verkaufen. Sohl erklärte sich zu Verhandlungen über diese Auflagen bereit.


Gräfin Zichy

Nun aber kam die Forderung, die den Thyssen-Chef rebellisch machte: Der belgische Nationalökonom Albert Coppé schlug vor, daß die vereinigte Thyssen-Gruppe sich auch noch einer Investitions-Kontrolle unterwerfen solle. Auf die Dauer von drei Jahren wollte er alle Thyssenschen Ersatzinvestitionen und alle Erweiterungsinvestitionen von einer Genehmigung der Hohen Behörde abhängig machen. Luxemburg sollte später selbst entscheiden, ob die Kontrolle verlängert werden solle oder nicht.

Jetzt zog Sohl seinen Antrag mit Eklat zurück, denn „eine solche Investitionskontrolle kann das Ende eines Unternehmens sein". Grollte der gebremste Thyssen-Verflechter: „Durch die Zurücknahme unseres Antrags haben wir unsere Handlungsfreiheit wiedergewonnen. Man darf glauben, daß wir von dieser Freiheit den rechten Gebrauch machen ... Unseren Aktionären können wir jedenfalls schon jetzt versprechen, daß wir auch ohne die Verflechtung weiterhin eine Aufwärtsentwicklung nehmen werden, die hinter der des letzten Jahres nicht zurückstehen wird."

Noch erregter äußert sich Sohls Kohlenkollege, der Zechenchef Dr. Burckhardt, über die Montan-Union. Die Zechen führen nämlich ihr ungelöstes Absatzdilemma — mitten in der Hochkonjunktur liegen 16,4 Millionen Tonnen Kohle und Koks auf Halden, Zechen werden stillgelegt, während das Heizöl weiter vordringt — nicht zuletzt darauf zurück, daß die Hohe Behörde dem Ruhrkohlenverkauf Ungelegenheiten bereitet. Burckhardt behauptet, die Montan-Union sei nicht in der Lage, „die entstandenen Schwierigkeiten zu erleichtern und zu mindern".


Amélie Thyssen

Um die Marktstellung der Ruhrkohle zu stärken, hatten die Zechen vor Weihnachten vergangenen Jahres einen Husarenstreich geplant. Obwohl die Hohe Behörde die Auflösung der drei bestehenden Kohlen-Verkaufsgesellschaften zugunsten vieler kleiner Verkaufsfirmen fordert, die dann untereinander einen Wettbewerb bis aufs Messer austragen sollen, beschlossen die Ruhr-Manager die Bildung eines einzigen Verkaufskonzerns, des neuen Ruhrkohlensyndikats.

In Luxemburg betrachtete man den zur Genehmigung eingereichten Antrag der Syndikats-Zechen als Majestätsbeleidigung, und der Ruhr blieb nichts anderes übrig, als den Antrag zurückzuziehen. Statt dessen schlug die Behörde einen Kompromiß vor, den nun wieder die Ruhr als lächerlich empfand: Die Zechen sollten zwar ein Syndikat bilden dürfen, aber „potente Außenseiter" sollten daneben bestehenbleiben.

Die Zumutung eines von vornherein durchlöcherten Verkaufskartells empörte an der Ruhr um so mehr, als die Hohe Behörde Verkaufssyndikate in den anderen Unions-Ländern bis heute nicht aufgelöst hat. So verkaufen die Franzosen ihre Kohle ausschließlich über die staatliche Gesellschaft „Atic", die Belgier über die Vereinigung „Cobéchar".

Auf Burckhardts Frage, was die Ruhr nach Ablehnung ihres Syndikats-Antrags unternehmen solle, meinte sogar Unions-Präsident Piero Malvestiti, sie solle ruhig einen neuen Vertrag einreichen, der werde „in jedem Fall" abgelehnt werden.

Damit sind die noch nie sehr herzlichen Beziehungen zwischen Westdeutschlands Schwerindustrie und ihrer Luxemburger Gouvernante vollends ruiniert. Helmuth Burckhardt will nicht nur die Hohe Behörde beim Gerichtshof der Montan-Union wegen Diskriminierung verklagen, er hat auch zum erstenmal die diplomatische Reserve der bundesdeutschen Montan-Manager aufgegeben und eine Revision des Unions-Vertrages gefordert. Jede Revision würde aber voraussichtlich das Ende der Montan-Union als selbständige Europa-Gemeinschaft bedeuten.

Resümierte die „Welt": „Trotz Nato und EWG — die Montan-Union bohrt weiter im alten Ruhrkomplex herum."

HEILSKÜNDER

SCHLAMM

Chuzpe

(siehe Titelbild)

Kurzen Schritts hastet der kleine Mann ans Katheder, zum zwölften Male an diesem Abend. Empört reckt er sich, hebt sich auf die Zehen, stemmt den Oberkörper über den Pultrand nach vorn, die Lippen berühren beinahe das Mikrophon, und mit Tribunen-Gebärde, die das Opfer fixiert, schleudert er den Arm wie einen Speer am Mikrophon vorbei nach vorn, den Zeigefinger dorthin ausgestreckt, wo im Saal der letzte — elfte — Debattant eben Deckung sucht.

Das Publikum fiebert, in der Mehrzahl Studenten, durch den ideologischen Phrasenzauber des Kleinen — „Der Antichrist springt uns an, der Kommunismus will die Welt!" — längst neurotisiert.

Eben noch haben diese Bürger der universitas litterarum den Kommilitonen, der ihnen „Nüchternheit" zu empfehlen wagte, mit „Schluß"-, „Raus"- und „Runter"-Gebrüll niedergeschrien. Gierig warten sie nun, wie der wortstarke Mann am Katheder mit dem schwächlichen Zweifler im Parkett abfahren wird; ihre Gesichter sind verzerrt, starr hängen die Blicke an den Lippen des Heilsboten — ein akademisches Auditorium wie im Banne biblischer Verheißung: „Du hást Worte des ewigen Lebens."

Und der Redner, vollkommenes Medium seiner Zuhörer, weiß, was er ihnen bieten darf: „Was glauben Sie denn, mein junger Freund? Warum sollte der Mann in Chicago atomare Konsequenzen auf sich nehmen? Warum sollte er Ulbrichts wegen in Berlin zu kämpfen beginnen? Warum denn? Weil Berlin eine schöne Stadt ist? Weil Ihre Augen schön sind?"

Es ist ganz sicher, daß der Attackierte nichts dergleichen glaubt. Das Publikum jubelt desto wilder.

So anspruchslos geht es in den Hörsälen westdeutscher Universitäten und den Biersälen älterer Herren zu, in denen sich seit dem Herbst vergangenen Jahres mit wiedertäuferischem Ernst eine neue Erweckungsbewegung deutscher Nation formiert.



Schlamm auf Erweckungs-Tournee: „Auch wir ...

Der studentische und bürgerliche Pöbel rast rauschhaft begeistert. Wer sich mit ihm nicht identifiziert, wird um der bloßen Differenz willen ausgezischt, geschmäht, bedroht.

Es triumphiert der bebrillte Tribun, der Austro-Amerikaner William S. — laut Amtsregister: Siegmund — Schlamm aus Przemysl in Galizien, zeit seines Lebens in selbstgewebte „Erlösungsvorstellungen" aller Art verstrickt, aggressiver Advokat jeweils der Ideologie oder politischen Tendenz, die sich seiner „Sehnsucht nach einer moralischen Aufforderung" gerade anbietet, durch vier Jahrzehnte in Wien, Prag, New York und Zürich nacheinander

▷ Stalinist,
▷ Sozialist,
▷ Pazifist,
▷ McCarthyist,
▷ Kriegspropagandist

und überdies seit neuestem in der Bundesrepublik eine Kaffeehaus-Version des nationalen Erlösers mit — nach eigenem Zeugnis — „kriegschürenden Äußerungen" gen Osten.

Auf einer Versammlungs-Kampagne quer durch Westdeutschland hat dieser Schlamm in bisher 35 Versammlungen sein Standard-Thema „Hat Deutschland noch eine Zukunft?" abgehandelt. Seine Antwort fiel positiv aus — sofern die Deutschen nicht „zu bequem" sein würden, „bei den Sowjets anzuecken" und sich mit ihnen zusammen für die Freiheit der Welt in die Luft zu sprengen.

Arrangiert wurden diese Götterdämmerungs-Aufführungen von den Allgemeinen Studenten-Ausschüssen der Universitäten, christ-demokratischen







. . . heben den Arm, um sie zu zermalmen!"

Hochschulgruppen, christ-katholischen Jugendbünden, Evangelischen Akademien, der CDU-nahen Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit e. V., dem Kuratorium Unteilbares Deutschland, dem Rhein-Ruhr-Klub e. V., der Europa-Union und den Kriegsdienstverweigerern.

Die stolze Zwischenbilanz dieser Tournee aber zieht der „Katheder-Recke Schlamm" („Süddeutsche Zeitung") auf die Frage, warum er nicht eine Partei gründe, mit dem selbstbewußten Satz: „Die Fünf-Prozent-Klausel (des Wahlgesetzes) ist für mich jedenfalls kein Hindernis."

Sein — vorläufig — letztes Glaubensbekenntnis: „Aus der Entspannung kommen alle Kriege. Die blödsinnigen Abrüstungsvorstellungen führen in die Katastrophe. Denn es gibt keinen Status quo; wer nicht aufsteigt, geht unter." Sein Rezept für die Deutschen: „Nach einem Jahrzehnt der selbstauferlegten Blindheit und der würdelosesten Ausflüchte . . . (mußte) eine deutsche Regierung endlich dieses Volk im Bündnis mit der mächtigsten Demokratie der Welt (Amerika) zu einem nationalen Auftrag der Entscheidung aufrufen, dem Auftrag, die Rückgabe der vergewaltigten Gebiete Deutschlands zu erzwingen und damit das Gewissen der Nation zu erlösen."

Schlamm hat nicht immer so gesprochen. Aber nicht, daß er früher anderes gesagt hat, ist von Belang, sondern daß er in ebenso übersteigerter Hysterie das pure Gegenteil verkündete. Zu den ersten stalinistischen Prozessen schrieb der 24jährige: „Warum soll der proletarische Staat, den tausend Feinde umlauern, nicht das tun dürfen, was den augenblicklichen Interessen des Proletariats entspricht?"

1928 erklärte er „die Verschärfung des Kampfes gegen die internationale Sozialdemokratie aller Schattierungen zur unabweisbaren Notwendigkeit für alle kommunistischen Parteien".

1934, nach dem blutigen Putsch der Wiener Sozialdemokraten gegen das diktatorische Dollfuß-Regime: „Wenn es noch eine Zukunft, wenn es noch Sozialismus geben wird — aus dem Wiener Heldentum werden sie erwachsen, dessen würdig zu sein der einzige Sinn unseres Lebens bleibt" — so schrieb der 30jährige. Dagegen der 55jährige: „Der Bundeskanzler (Adenauer) hat vollkommen recht, wenn er mit allen überhaupt nur möglichen Mitteln die Sozialdemokraten madig macht und sie mit aller Gewalt von der Macht fernhält."

1934 proklamierte Schlamm: „Die Deutsche Republik (nach Hitlers Sturz) verzichtet für alle Zeiten auf den







Krieg als Instrument der Außenpolitik". Dagegen 1959: „Die Entscheidung einer Regierung, Kriege als undenkbar zu erklären, schließt die Entscheidung ein, auf jegliche Außenpolitik zu verzichten." Als Kriege noch denkbar waren, hielt Schlamm sie für undenkbar. Nun sie undenkbar geworden sind, fordert er den Krieg als unerläßliches Mittel der Politik: „Der Westen, wenn er am Leben bleiben will, muß glaubhaft entschlossen sein, Krieg zu führen. Denn auf den Krieg bloß vorbereitet zu sein, ist nicht genug."



Kamenjew

Nach Hitlers Machtergreifung schrieb der 30jährige Schlamm: „Parlamentarische Demokratie? Große Mehrheiten lassen sich durch große Vermögen erzeugen." Derselbe Mann, der von seinem Wiener Katapult aus dem Österreicher Hitler geholfen hatte, die Republik Stresemanns und Brünings zu zermahlen, höhnt 1959 in ekligstem Pamphletdeutsch: „Die Weimarer Republik hatte den Stil des Masochisten — immer auf verstohlenen Rückzügen, immer auf den Knien, immer entblößt. Aber es besteht, und nicht nur in der Politik, eine absolut unwiderstehliche Anziehung zwischen Masochisten und Sadisten."

Aus dem „Sadisten" der Vorhitlerzeit wurde nach der Machtergreifung des Eroberers ein Pazifist — bis Hitler Europa zusammenschlug.

Schlamms bizarre Bocksprünge auf der Weide der Ideologien hatten schon immer einen in seiner Person begründeten Sinn. Voller Übereifer suchte er mit jeder seiner Verwandlungen zweierlei: Bewegungsfreiheit und Anschluß. Je und je übersteigerte er die Bewegung und blieb ausgeschlossen.

Fast wehmütig in der Erinnerung an das eigene revolutionäre Erlebnis schrieb er 1937 in seinem ersten Buch — „Diktatur der Lüge, eine Abrechnung" (mit Stalin) — den auf Stalins Geheiß hingerichteten Genossen Sinowjew und Kamenjew den Epilog: „Was in diesen gespenstischen Schauspielen der Menschenvernichtung geschehen ist, kann nur fassen, wer sehr legitim weiß, daß diesem Typus des Berufsrevolutionärs die Beziehung zur Partei schlechthin die Liebesbeziehung war, das ganze Leben lang. Mit allen Ekstasen, Leidenschaften, Perversionen, Hingaben, Vernichtungen, mit allem Taumel, allem Ekel und aller Unlösbarkeit."

Den hitzigen Liebhaber Schlamm verschmähten auch die Kommunisten. Wieder und immer aufs neue kompensierte er das Mißverhältnis zwischen seinem Ehrgeiz und der sozialen Wirklichkeit mit ideologischem Lustgewinn, mit der immer reineren, strengeren Lehre, derer die Arrivierten, ob links oder rechts, nicht teilhaftig waren.

Die Ursprünge dieser Entwicklung liegen im Knabenalter, als Schlamms Leben schon beschädigt, der Alp seiner Kindheit drückend wurde.

Der Kölner Domvikar Monsignore Hoster schrieb im Januar dieses Jahres: „Schlamm ist Dreck, und Dreck beschmutzt." Konterte Schlamm: „Dieser Monsignore ist unchristlicher als die kleinen Buben, die mich vor fast fünfzig Jahren, in der ersten Klasse der Dorfschule von Purkersdorf bei Wien, mit der Roheit von unwissenden Kindern wegen meines Namens quälten."

Am 10. Juni 1904 in der polnisch-galizischen Kreisstadt Przemysl geboren, neuntes Kind jüdischer Eltern, öffnete sich Schlamm bereits als Gymnasiast in Wien den Verlockungen der Weltrevolution. Der „blöde" Erste Weltkrieg hatte ihn enttäuscht, die soziale Deklassierung empört; von den Kommunisten erhoffte er Anerkennung und Geltung: „Die Antikriegs-Politik der russischen Revolutionäre zog mich an. Außerdem hatte auch ich das Verlangen nach einer gerechten Gesellschaftsordnung."

1919 — im benachbarten Ungarn wütete der Genosse Bela Kun — erwarb Schlamm mit fünfzehn Jahren das Mitgliedsbuch der Kommunistischen Jugend-Internationale (KJI). Seine Beziehungen zur Kaderspitze waren — wenn man Schlamm glauben darf — schon 1920 so intim, daß der Sechzehnjährige nach Moskau pilgern durfte. Dort, in der Funktionärs-Absteige „Lux", nahmen seine Ideale — so weiß Schlamm es heute — erstmals Schaden; der Hotel-Kommandant fragte den jugendlichen Wallfahrer abends: „Welches Mädchen willst du haben, Genosse?"

Den Wiener Genossen scheint Schlamm diese Geschichte nie erzählt zu haben. Die Überlebenden können sich ihrer jedenfalls nicht erinnern. Sicher ist aber, daß Schlamm seinen amtlich eingetragenen Vornamen Siegmund zu Beginn seiner politischen Karriere gegen Willi eintauschte.

Und ebenso sicher ist, daß Willi Schlamm 1922 zum Redakteur und 1925 zum Chefredakteur des Zentralorgans der Kommunistischen Partei Österreichs „Die Rote Fahne" avancierte. Schon vom ersten Tage an — erzählen die Altgenossen — habe er mit „wildem Ehrgeiz, exzentrischer Eitelkeit, Überheblichkeit und Rechthaberei" die Kollegen sämtlich verärgert.

Heute noch läuft in der Redaktion der Wiener KP-„Volksstimme" ein „Schlammismus" um. Redakteur Schlamm zum Redakteur Zucker-Schilling: „Wenn ich mich ins Bett gelegt habe, muß ich mir immer erst den Polster selbst zurechtrücken, sonst kann ich nicht schlafen." Zucker-Schilling: „Ja, ja, ich weiß, dir hat ja noch nie einer etwas recht gemacht."



Sinowjew

Sein labiles, sprunghaft wechselndes politisches Urteil irritierte die Genossen. Von einem Jahr zum anderen verlangte er von seiner Partei, sie möge sich mit den österreichischen Sozialisten zur Einheitsaktion gegen die Bourgeoisie zusammentun, dann wieder, sie müsse ihre Energien ausschließlich gegen den „internationalen Menschewismus" — sprich: Sozialdemokraten — richten.

Die Genossen murrten und verwarfen die von Schlamm für Parteitage formulierten Resolutions-Anträge fast einstimmig. Die Kaderspitze degradierte ihn vom Chefredakteur zum Redak-

teur; 1929 schloß sie ihn aus der Partei aus — wegen Linksabweichung, sagen die Genossen heute; wegen Rechtsabweichung, sagt Schlamm.

Urteilt der Redakteur Dr. Fritz Glaubauf, jetzt beim Wiener KP-Pressedienst, über seinen früheren Gesinnungsfreund: „Schlamm ist ein Mensch, dem man nie Qualitäten inneren Halts nachsagen konnte. Sicherlich hat er nie darunter gelitten, daß er selber nichts von sich halten konnte."

Ruth Fischer, einst in der Spitze der KPÖ tätig, seit ihrem Abfall vom Kommunismus renommierte Kreml-Astrologin: „Die KPÖ war in der Internationale das Letzte, und in der KPÖ war Schlamm das Letzte."

Und Schlamms Selbstkommentar heute: „Ich war damals der frechste, der unverschämteste junge Mann, den Sie sich vorstellen können. An Chuzpe* war ich von niemandem zu übertreffen."

Das ist die nahezu vollkommene Umschreibung des Entwicklungsstandes, über den Schlamm im Grunde genommen nicht hinausgekommen ist. Alles ist heute justament noch so, wie damals bereits ausgebildet: Dialektik, Schreibe, Methode der Kritik, Tricks, Bluffs, das Talent zur Chuzpe und nicht zuletzt eine Grobheit des Ausdrucks, bei der Verunglimpfungen die Norm sind.



Ruth Fischer

Allerdings legte sich Schlamm auf seinem ideologischen Rutsch nach rechts Attitüden zu, die ihm vorher noch abgegangen waren, so die des quasi-religiösen Heilskünders.

Selber durchaus glaubenslos, verwischte er die Qualitätsunterschiede zwischen Ideologie und Religion und gab ideologische Zweckwerte als den Inhalt religiösen Glaubens aus. Mit wohlfeiler Methode vollzog er sodann den Umschlag der abstrakten Ideologie in die konkrete Politik. Den ideologischen Wertbegriff Freiheit, mit „Erlösungs"-Qualität ausgestattet, münzte er in einen politischen Fetisch um, dem erforderlichenfalls einzelmenschliche Existenzen in beliebiger Zahl zu opfern seien.

Die Ideologie — keineswegs die Politik — ist denn auch das seit Hitlers Ende für unwirksam gehaltene Narkotikum, mit dem William Schlamm die westdeutschen Jungakademiker sicherer, als ein Dompteur die Meute in seiner Gewalt hält, bis an die äußersten Grenzen des Herdenrausches treibt.

In einem Erfolgsrapport umschreibt er die von ihm entfesselten Affekte mit idealistischen Kategorien: „Ich habe im Verlauf der letzten vier oder fünf Monate — ich würde sagen — ungefähr 15 000 deutsche Studenten getroffen, und ich würde sagen, daß die Generation, die ich da traf, eine Generation ist, die darauf wartet, angesprochen zu werden, eine Generation, die darauf wartet, Ideen fassen zu dürfen und an Ideen glauben zu dürfen. Diese Sehnsucht nach der Idee, die merke ich in der deutschen Jugend."

In Wahrheit sieht der Befund — nach Schlamms Versammlungen zu urteilen — noch weit schlimmer aus. Der akademische Nachwuchs von heute, dem die Stipendien - Propagandisten gern bescheinigen, daß er mit dem Entschluß zu studieren das Wagnis der autonomen geistigen Entscheidung und Verantwortung auf sich genommen habe, ist noch leichter verführbar als die Generation von Oberlehrern, Pastoren und Staatsanwälten, die den Weimarer Staat ruiniert und das halbe Reich verloren hat. Und der emotionale Konsumbedarf der Studenten, denen es — wie je — an politischer Erziehung, nicht an politischer Leidenschaft, gebricht, ist heute zumindest nicht geringer als zur Zeit der Reichsgründungsfeiern und Führergeburtstage.

Allerdings, Schlamms politisierende Alchimie, der die Studenten widerstandslos erliegen, steht auch keineswegs den Künsten nach, denen einst die Vernunft der Väter zum Opfer fiel.

Niemand sonst vor Schlamm wußte in Deutschland seit Hitler und Goebbels so dreist und geschickt mit den Reizmitteln nationaler Massenhysterie zu hantieren. Die Rabauken der Sozialistischen und der Deutschen Reichspartei erreichten noch nicht einmal das Format biederer Gauredner. Die Agitprop-Sekretäre der Kommunisten drehten ihre monotonen Dogmen-Mühlen ohne Resonanz.

Demagoge Schlamm hingegen versteht es mit der hypnotischen Wirkung dessen, der auch nicht den Schimmer eines Zweifels läßt, die Massenseele am Portepee zu fassen, verkümmerte Instinkte anzuregen und Gefühle zu bedienen, die für abgestorben galten.

Mal glatt, geleckt, mit einem Stich ins Oberkellnerhafte, mal giftig, rabiat, mit ordinärem Beiklang reduziert der Mann mit der Fliege die Urteilskraft der Teilnehmer an seinem „Seminar für Demagogie" („Stuttgarter Zeitung") auf jenen neutestamentlichen Satz, mit dem früher vorwiegend lutherische Theologen das demokratische Institut des Kompromisses zu diffamieren suchten: „Wer nicht für mich ist, der ist wider mich."

Anfangs freilich tarnt er dieses Freund-Feind-Prinzip, um sich Zwischenrufer vom Halse zu halten: „Wir werden nicht dulden, daß dies hier eine Versammlung wird. Ich werde einen Vortrag halten, und wir werden darüber sprechen, kritisch, sachlich." Der Trick glückt fast immer; die Zuhörer wähnen sich im akademischen Kolloquium, die Opponenten bleiben stumm, so daß Schlamm ungestört darangehen kann, das Publikum einzustimmen, die Distanz zwischen sich und dem Saal aufzuheben.

Zu diesem Zweck schlägt er Frömmler-Töne an. Einem Zeitungsmann hat er Monate vorher gesagt: „Spirituell tendiere ich ohne Frage zum Christentum", woraus geschlossen werden darf, daß sein Gott kaum mehr als ein Reflex seiner Ideologie ist. Aber in seinen Erweckungs-Versammlungen säuselt er sanft mit umflorter Stimme: „Ich bete zu Gott." Ein Kleriker hat gegen ihn Partei genommen; Schlamm spreizt die Finger auf der Brust: „Ich verehre die Kirche, die große Kirche, aber ich schäme mich; meine Damen und Herren,

* Sinngemäße Übersetzung dieses hebräischen Wortes: raffinierte Frechheit.

schämen wir uns dieses geistlichen Herrn!" (Hinterher: „Der Kerl ist mir völlig schnuppe.")

Gefügig schämt sich das Publikum, und schon spürt Schlamm, daß er dröhnendere Register ziehen darf. Unentwegt spricht er von sich selber, seiner Unfehlbarkeit, seinem Leid, seinen Tugenden. Einer leeren, nichtssagenden Floskel wie: „Es gibt keine defensive Politik in einer Welt, in der es sich um die Entscheidung handelt", hängt er den beschwörenden Unfehlbarkeits - Kommentar an: „Das ist genau die These, die völlig unsensationell ist wie alle einfache, wahre, schlichte Geschichte. Ohne jede Sensation. Es ist einfach wahr. Darum handelt sich's eben. Es ist die geschichtliche Wahrheit, die Wahrheit der Geschichte."

Das Publikum nimmt willig die Göttin-der-Geschichte-Pose des Mystagogen Schlamm an, der an einem Abend in Rede und Debatte — gezählt — achtundzwanzigmal die Vokabel „redlich", sechsundzwanzigmal die Vokabel „manierlich" gebraucht und gleichwohl mit weitem Abstand die am wenigsten manierliche Figur der deutschen Öffentlichkeit abgibt.

Schlamm: „Ich akzeptiere jeden Opponenten, sofern er manierlicher Diskussion fähig ist." Aber er selber, der noch nicht einmal zuhören kann, diskutiert keineswegs; er macht den Opponenten zum Popanz, dem gegenüber das Publikum nur noch die Zähne fletschen kann.

Dem Diskussionsredner werden vier, fünf Minuten zugebilligt; Schlamm nimmt sich für jede Einzelreplik zwanzig, dreißig Minuten. Durchaus unredlich, weil er es mit Sicherheit besser weiß, entstellt er die Argumente des Widersachers bis zur Unkenntlichkeit, verfälscht sie zu blanken Torheiten, bis das Publikum vor Vergnügen jauchzt. Alsdann offeriert Schlamm seine Gegenargumente — Argumente gegen Meinungen, die niemand vorgebracht hat — und drischt den Kontrahenten mühelos zusammen.

Das Vokabular seines Verdikts umfaßt Abend für Abend die gleichen Rüditäten. Der Gegner ist „unsäglich dumm" oder „unsagbar dümmlich", jedenfalls ein „Tor", „linkisch", „kokett", „zynisch", „verächtlich", „albern", „grotesk", „blöde", „vertrocknet" und zudem ein „Selbstmörder".

Einem Studenten, der Widerpart gehalten hat, unterstellt Schlamm, er habe für „diesen kleinen Sozialistischen Studentenbund" gesprochen.

Der Student, Parteigänger Adenauers, sucht sich zu legitimieren: „Erlauben Sie, daß ich etwas klarstelle?"

Schlamm: „Nein, nein."

Student: „Ich habe nicht gesprochen . . ."

Schlamm: „Ich erlaube nichts!"

Student: „Ich habe nicht gesprochen für . . ."

Schlamm: „Ich erlaube nichts, ich erlaube nichts!"

Eine Dame sagt in unbeholfener Sprache: „Mister Schlamm, Sie haben einen ausgezeichneten Stil, ich meine journalistisch." Um so behutsamer aber, meint die Frau, müsse er deshalb von diesem Talent Gebrauch machen.

Schlamm: „Ich hoffe, gnädige Frau, daß der Vorwurf des guten Stils nicht zu ernst gemeint war. Und wenn es etwas gäbe, was dem guten Stil überlegen wäre, wäre es Ihr Charme. Aber ich fürchte, Sie haben mich nicht überzeugt. Sie müßten wohl besseren Stil entwickeln."



Autor **Kuby**
„Rechnet mit Menschen-Millionen ...

Den vehementesten Effekt bei rauschsüchtigen Jungakademikern erzielt Schlamm, indem er mit Bluffs jäh schockiert. Er sagt: „Sie sind unterwandert, und zwar in einem ganz hohen Maße." Oder: „Die Amerikaner werden Sie verkaufen." Zu Amerikanern sagt er einen Tag später: „Seien Sie vorsichtig, Millionen Deutscher hassen Sie."

Den lautesten Applaus aber entfacht er, wenn er — mit kaltem Kalkül — in der Rolle des sensiblen Nashorns agiert. Von einer Minute zur anderen vertauscht er die Maske des Propheten, den das Gewissen zwingt zu bekennen, mit der des Erniedrigten, dem der Feind nach der Ehre trachtet.



Makler **Ferenczy**
... wie unsereiner mit Hellern"

Ein Berliner Diskussionsredner moniert Schlamms „komische Aggressivität". Widerstand gegen den Kommunismus sei „selbstverständlich nach den Erfahrungen in Berlin" und bedürfe nicht „dieses Theaters"; so habe er es jedenfalls auch schon am 17. Juni 1953 auf dem Ostberliner Alexanderplatz gegen Sowjet-Panzer gehalten. „Mister Schlamm, Sie hätte ich gern dabei gehabt."

Schlamm: „Wozu diese kleinen, dummen, schiefen, persönlichen Angriffe? Wozu? Ich habe nicht Sie beschuldigt, daß Sie ehrlos sind. Ich habe nicht Ihre Ehre in Frage gestellt. Warum halten Sie es für nötig, die Ehre eines Mannes in Frage zu stellen, der Ihr Gast ist? Ich würde es mir dreifach überlegen, mein Herr, dreifach überlegen! Tun Sie das ruhig — Sie werden dem deutschen Namen, der in der Welt fraglos noch sehr viel Säuberung braucht, keineswegs Ehre antun, wenn Sie Gäste Ihres Landes so behandeln."

Derselbe Berliner hat Schlamm vorher ermahnt, deutschen Belangen gegenüber mehr Takt zu wahren, wie es sich für einen Ausländer geziemt — und siehe da, auf einmal ist Schlamm nicht mehr der Gast aus der Fremde:

„Ich bin als erwachsener Mensch nach Amerika gezogen, aber in diesem Teil der Welt (in Mitteleuropa) bin ich geformt und in diesem Teil der Welt bin ich kulturell und spirituell geformt worden. Ich bin Europäer geblieben, weil ich es mir nicht von den Amerikanern einreden ließ, daß ich plötzlich Amerikaner bin. Hier ist das Land, in welchem ich nicht nur meine Muttersprache spreche, sondern in welchem ich auch Dinge fühle, die ich in Amerika vielleicht nicht so klar fühlen kann."

Es war klar, der Diskussionsredner aus Berlin hatte eine der schwachen Stellen Schlamms getroffen, der gern vorgibt, er sei „zurückgekehrt", obschon er vor seiner Emigration nach Amerika nie in Deutschland zu Hause war. Nach seinem Abgang aus der KPÖ politisch heimatlos, aber noch links, hatte er von Wien aus für den „Simplicissimus" und die „Jugend" in München geschrieben, sein Zeichen: kat. 1931 fand er Kontakt zur Wiener Nebenausgabe der Berliner „Weltbühne" des Pazifisten Carl von Ossietzky; das Hauptangriffsziel seiner zerfetzenden Polemik blieb der Weimarer Staat.

Bundesverteidigungsminister Strauß, von Schlamm als gefährlicher Opportunist auf die Hörner genommen: „Dieser Asphaltjournalist hat doch schon mitgewirkt, als die Weimarer Demokratie kaputtgemacht wurde."

1933 setzten die NS-Herren in Deutschland ohne Verzug den Chef der „Weltbühne", Carl von Ossietzky, fest und verboten das Heft; in Österreich zog die christlich-autoritäre Regierungspartei gegen die Roten zu Felde. Willi Schlamm exilierte nach Prag, die Wiener „Weltbühne" — nun „Neue Weltbühne" — nahm er mit.

In Prag hielt Schlamm noch jahrelang die alte pazifistische Generallinie durch, wiewohl ihm Hitlers Rüstungspolitik keineswegs verborgen blieb. Seine merkwürdigste Produktion

in dieser Zeit war das deutsche Verfassungsprojekt „So wollen wir Deutschland“ — nach Hitlers Sturz:

> Deutschland ist eine sozialistische Republik. Alle Vorrechte der Abkunft, des Standes, des Geschlechts, der Konfession und der Rasse sind aufgehoben.
>
> Deutschland verwirklicht die Selbstherrschaft seines Volks. Das Berufsbeamtentum wird grundsätzlich abgeschafft.
>
> Innerhalb der politischen und Strafjustiz wird das Berufsrichtertum ausnahmslos abgeschafft. An seine Stelle treten gewählte Volksgerichte.
>
> Für öffentliche Tätigkeit wird ein monatliches Höchsteinkommen von 60 Mark festgesetzt.
>
> Berufsheer und Berufspolizei werden abgeschafft. Die deutsche Republik bekennt sich zur absoluten Abrüstung. Für eine Übergangszeit, deren Dauer von der inneren und äußeren Entwicklung abhängt, wird eine Volksmiliz geschaffen.
>
> Die deutsche Republik verzichtet für alle Zeiten auf den Krieg als Instrument der Außenpolitik. Sie ist zur umfassenden und endgültigen Abrüstung bereit.
>
> Die Berufsdiplomatie wird abgeschafft. Die Außenpolitik der deutschen Republik gründet sich auf den Frieden und auf die Solidarität der arbeitenden Menschen aller Länder, Nationen und Rassen.



Schlamm-Gattin **Stefanie**
Farm in Vermont

Dreißig Jahre alt war Schlamm, als er diese Abstrusitäten zu Papier brachte. Daß er auch noch die Artikel Leo Trotzkis in die Spalten der Prager „Neue Weltbühne“ einrückte, brachte ihn Anfang 1934 um Stellung und Heft. Die Stalinisten manövrierten ihn hinaus.

Schlamm stieg in die Redaktion der Prager Emigranten-Wochenschrift „Europäische Hefte“ um, in der er die Leitartikel ungeachtet der deutschen Aufrüstung konsequent auf pazifistischem Kurs hielt. Alle jene, „die vom nächsten Krieg tatsächlich immer noch den Sturz des Faschismus ... erwarten“, verhöhnte er. Heute: „Ich war nie ein Pazifist.“

Erst aus dem zweiten Buch Schlamms, seiner Morgengabe an die neue Heimat Amerika: „This Second War of Independence“, tönten seine ersten Kriegsrufe gegen Hitler — 1940, anderthalb Jahre vor Hitlers Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten. Schon mit diesem Buch gab sich der Autor — wie heute — als ein apolitischer Phantast zu erkennen, der die Grenze des Möglichen souverän mißachtet: Hitler werde — so prophezeite Schlamm damals allen Ernstes — Amerika, nicht die Sowjet-Union überfallen, weil Amerika zivilisatorisch weiter entwickelt und deshalb leichter auszubeuten sei.

1941, unmittelbar bevor die Amerikaner offiziell in den Krieg eintraten, fand Schlamm Anschluß an die „Herren der öffentlichen Meinung Amerikas“, die republikanische Zeitschriftengruppe „Life“, „Time“ und „Fortune“. Schlamm: „Von 1943 bis 1950 war ich Assistent des Chefredakteurs Luce.“ Andere Luce-Leute haben ihn damals freilich nur in Redaktionsstuben gesehen, in denen vier, fünf, sechs Kollegen zusammenhockten. 1951 trennte sich Schlamm von den Luce-Blättern. Ein Farmbesitz im Staate Vermont — nahe der Klitsche Carl Zuckmayers —, den Schlamm-Gattin Stefanie beaufsichtigte, machte ihn beweglicher, auch finanziell.

Heutzutage reagiert Schlamm auf die Frage nach seinen Finanzquellen wie auf einen Tarantelstich. Zum Geld hat er offensichtlich schon von früh an ein äußerst aktives, wennschon etwas ekliges Verhältnis unterhalten. In seinen Publikationen älteren Datums gibt es kaum eine Seite, auf der Schlamm seinen Angriffsobjekten — gleichviel ob rechts oder links — nicht Lenin-getreu ankreidet, daß sie „korrupt“, „käuflich“, „schmierigste Geschäftemacher“ seien, „den Wegpfennig zusammengebettelt“, sich „verkauft“ hälten, „gegen ein kleines Entgelt“ zu jedem Betrug bereit.

1934, nach dem blutig zusammenkartätschten Aufstand der Wiener Sozialisten, verfertigte er — in Prag fernab vom Schuß — den Aufruf „Unsere Pflicht“. Darin stand: „Der Verfasser dieses Aufrufs wird bis an sein Lebensende oder bis zum Sieg des österreichischen Sozialismus monatlich auf jenen Teil seines Einkommens verzichten, der zwei Arbeitstagen entspricht.“

Seine „Offensive“ heute gegen den Kommunismus muß solch eines herzigen Opfers allerdings entbehren. Der Kreuzzügler Schlamm fordert pro Vortragsabend Honorare bis zu 1500 Mark, läßt sich jedoch im Interesse der Sache bis auf 400 Mark Honorar zuzüglich 200 Mark Spesen herunterhandeln.

Nicht belauscht, prahlt er: „Ich verdiene dieses Geld, ich verdiene viel Geld, ich kann gut leben, ich kann mir vieles leisten. Ich verdiene mit einem Artikel in Amerika so viel wie Herr Erler (stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender) im ganzen Monat.“

Öffentlich hingegen nach dem Zusammenhang zwischen Geld und seiner Opfer heischenden „Erlösungs“-Kampagne gefragt, entrüstet er sich: „Wenn ich so etwas höre, bin ich erschüttert über den Tiefstand solcher Angriffe und über den kalten Zynismus, mit dem sie geritten werden.“

1937 schrieb Schlamm: „Kommt euch einer mit Dialektik, dann habt keine Angst, sondern fragt ihn geradeheraus:

Was zahlt man Ihnen dafür?“ 33 Jahre war er alt, als er diesen klebrigen Satz niederschrieb.

Mit eben jener Frage aber — wörtlich: „Was kriegen Sie eigentlich dafür?“ — unterbrach Anfang dieses Jahres ein Zwischenrufer die Suada Schlamms in der großen Hörsaal-Baracke der Kölner Universität. Die Jungakademiker brüllten „Pfui“, der Saal erbebte in ohrenbetäubendem Lärm, der Versammlungsleiter — Kulturreferent des Asta — war ohnmächtig.

Schlamm, wie immer sofort im Bilde, mit einem Satz an der Rampe, geiferte: „Sie kommen jetzt sofort hier herauf.“ Der Zwischenrufer parierte unter dem Druck drohender Gesten rechts und links. Wie hypnotisiert, einer Marionette gleich stand er auf, stelzte auf den Podest, stotterte unverständliche Wortfetzen. Der kleine Schlamm packte den baumlang Aufgeschossenen an der Krawatte, zerrte ihn hin und her: „Schamloser Verleumder!“ Frenetischer Beifall. „Feiger Lausejunge!“ Frenetischer Beifall.

Die Gefahr war evident. Mit halber Kraft hätte der Lange den Kleinen bequem auf die Bretter wischen können. Doch das Publikum stand sprungbereit. (CDU-Bundestagsabgeordneter Nellen, Zeuge in der Mitte der ersten Stuhlreihe: „Ich hatte richtige Angst. Nur eine Bewegung des Studenten, und es wäre zum ersten politischen Totschlag seit 1945 gekommen.“)

Der Lange rührte sich nicht, aber Schlamm, der das Zeug hat, Attentäter zu produzieren, zog ihn an der Krawatte nach vorn: „Immer, wo dieser junge Mann auftritt, soll man ihm zurufen: Schamloser Lausejunge!“ Tosende „Pfui“-Chöre.

Nach dem Schlußwort Schlamms strahlten ihn die Studenten, bis ans Katheder vorgerückt, gläubig an, klatschten minutenlang Beifall, unter ihnen, nicht minder verzückt, der 57jährige CSU-Bundestagsabgeordnete, Volljurist und Gutsherr Dr. Georg Graf Henckel von Donnersmarck — dicht daneben der Korrespondent des sowjetischen Tass-Nachrichtendienstes, der die eindringliche Manifestation deutsch-nationalen Irrsinns auf seinen Notizblock bannte.

Die Einzelgänger, die Schlamms „Zirkusnummer des Kalten Krieges“ (SPD-Pressedienst) kalt läßt, hatten sich inzwischen hinausgestohlen, von den Schlamm-Fans mit Grobheiten, wie „Schweine“, „Verräter“, „Kommunisten“, verabschiedet. Die Ekstatischen waren unter sich, sie konnten ihren Rausch ungestört genießen, der Verstandeskräfte beraubt — ein Vorgang, den Schlamm so begreift: „Denkprozesse beginnen heute mit einem Krampf des Willens, mit emotionalen Schwingungen; und dann erst wird das intellektuelle Vakuum mit flüchtigen, irrelevanten oder auch gar keinen Beweisen gestopft.“

In der Tat, dem Betrachter der wüsten Szene drängte sich die Frage auf, die wiederum Schlamm — zieht man seine Selbstgefälligkeit ab — trefflich formuliert: „Ich bin ein kleiner Privatmann, doch woher kommt die Unruhe um einen kleinen Mann wie mich?“

Der Wirbel, den er — unter politisch immerhin interessierten Akademikern — anzublasen vermag, erstaunt nicht zuletzt deshalb, weil Schlamm in keiner


Schlamm-Adept **Baron Guttenberg**
Komödie in Bonn

seiner Pulverfaß-Reden irgend etwas Neues sagt. Er zitiert und variiert lediglich Konfektionsware, die alten Thesen aus seinem im Vorjahr auf den Markt gekommenen dritten Buch, dem Erfolgsthriller „Die Grenzen des Wunders“* (SPIEGEL 25, 32, 35/1959), dessen theoretische und praktische Unzulänglichkeiten offen zutage liegen: eine Maische aus

▷ inkompetenten, zu beweiskräftigen Tatsachenbehauptungen zurechtfrisierten Meinungen,

▷ erweislich unrichtigen Tatsachenbehauptungen,

▷ falschen Daten,

▷ verbogenen Geschichtsparallelen,


Schlamm-Adept **Graf Henckel**
Ekstase in Köln

▷ exzentrisch verpackten, im Kern sinnlosen Über-Pointen,

▷ magisierten Schlagwörtern,

▷ ideologischem Schwulst und

▷ blutdürstendem Kommunistenhaß.

Die Nationalökonomie, wie Schlamm sie versteht, ist dabei sein Steckenpferd, speziell der Handelsaustausch zwischen West und Ost. Das magische Stichwort, repräsentativ für Schlamms Zwangsvorstellung, daß der Westen sich durch seinen Handel mit den Sowjets schwäche und die Sowjets konsequenterweise stärke, heißt Krupp, den „am Ende die Sowjets erwischen“. Den Stahl-Chef Alfried Krupp, den Unterchef Berthold Beitz, die Direktoren, Werk-, Abteilungs- und Verkaufsleiter hat Schlamm nie gesprochen, die Geschäftsbücher des Unternehmens nie gesehen. Statt dessen hat er sich ans „Unterbewußte“ gehalten, und das sieht — auf fünf Buchseiten — so aus:

Die Amerikaner, von den Sowjets schlau verführt, haben Krupp junior gleich nach dem Krieg stellvertretend für Krupp senior zu Unrecht eingesperrt. Seither leidet der unschuldig Verfolgte an „nervösem Pazifismus“, entlehnt seine Sprache dem „modischen Links-Wörterbuch“, spürt Widerwillen gegen die Amerikaner und treibt infolgedessen „eine Geschäftspolitik, die dem Westen nicht nützen konnte“ — sondern den Sowjets.

In „Diktatur der Lüge“ 1937 schrieb Schlamm, der sich heute öffentlich und sogar von guten Freunden ohne Widerspruch mit dem Doktor-Grad, den er nicht hat, titulieren läßt: „Der Libertiner, der vom Mangel an Beweisen lebt, hat sie immer zur Hand.“

In den „Grenzen des Wunders“ 1959 hält Freigeist Schlamm für seinen tiefenpsychologischen Krupp-Befund folgenden „Beweis“ parat: Krupp-Generalbevollmächtigter Beitz habe „mit kaum verhaltenem Triumph“ berichtet, „daß Krupp (mit den Sowjets) zunächst Lieferungen für 55 Millionen Mark abgeschlossen habe. ... Krupp war in Wirklichkeit auserwählt worden, den wesentlichen Teil der Kapitalgüter zu liefern, die Chruschtschow zur Vollendung seines ehrgeizigen Sieben-Jahres-Planes der sowjetischen Industrie braucht. Es dürfte der entscheidende Teil aller Chruschtschowschen Planung sein ...“

Die Wahrheit: Die Bundesrepublik lieferte im Jahre 1958, dem Stichjahr der Schlammschen Analyse, an den Ostblock insgesamt für 1,847 Milliarden Mark; Krupps Anteil betrug 0,52 Prozent. Die Sowjet-Union allein bezog westdeutsche Güter im Werte von 303 Millionen Mark; Krupp war daran mit 0,45 Prozent beteiligt. Das Unternehmen Krupp lieferte an das gesamte Ausland für 495 Millionen Mark, 0,3 Prozent davon an die Sowjet-Union.

Offenbart Schlamm in den „Grenzen des Wunders“ mit seinem volkswirtschaftlichen Feuilleton lediglich Schaumschlägerei, so setzt er sich mit seinen kulturpolitischen Reflexionen dem Verdacht aus, ein Faschist gewor-

* William S. Schlamm: „Die Grenzen des Wunders“. Europa Verlag, Zürich; 256 Seiten; 12,80 Mark.

den zu sein, dem die ganze Richtung nicht paßt, weil sie nicht konzentriert und schnurgerade gegen die Kommunisten führt: „Ich lehne den Begriff der Toleranz im Geistigen ab."

Absurd schließlich muten Schlamms Vorstellungen von der Beschaffenheit und Virulenz der intellektuellen Bazillen an, die den Nationalcharakter der Deutschen infizieren, den deutschen Wehr- und Widerstandswillen lähmen und mithin den Bolschewisten im „strategischen Entscheidungsfeld" ein sieches Volk überantworten.

Die giftigste Sorte dieses Ungeziefers, das sich mit Vorliebe auf westdeutschen Kasernenhöfen und Truppenübungsplätzen tummelt, hat Schlamm bei dem

▷ Spanier Pablo Picasso („nicht der Maler, sondern der Denker") und dem

▷ Anglo-Amerikaner Kenneth Tynan, Redakteur der Zeitschrift „The New Yorker",

entdeckt, zwei Bazillenträgern, die vermutlich deshalb so gefährlich sind, weil kaum jemand in Deutschland den einen (den „Denker" Picasso) oder den anderen kennt. Um so gründlicher haßt Schlamm die beiden, den hierzulande völlig unbekannten Theaterkritiker Tynan noch besser als den Maler-Töpfer Picasso.

Im Grunde genommen aber zählen schlechthin alle liberalen Geister — Schriftsteller, Journalisten, Künstler — zu den „lauwarmen" Verderbten, die auf Deutschland, den Mittelpunkt der Welt, immerzu „Asche regnen" lassen: „Der Westen kann nicht ohne Deutschland überleben. Und Deutschland kann nicht den zynischen Aschenregen überleben, der aus dem Westen niedergeht. Es ist dies eine Art von ‚fallout', die zweifellos tödlich ist — viel tödlicher als alle atomare Strahlung."

Schwer zu sagen, was „tödlicher" als „tödlich" ist, aber eindeutig ist Schlamms Begehren, daß künftig nur noch derjenige die Leier schlagen darf, der Kommunistenhaß anstimmt und dem deutschen Volk den hochmoralischen Nationalauftrag einhämmert: Wiedergeburt im Atomfeuer.

Schlamm: „Was es in der Welt normalerweise an Bereitschaft zum Extremismus gibt, wird immer wieder in zwei Hauptkanäle gesogen — was man mit erheblicher Vergröberung Faschismus und was man Kommunismus nennt."



Simplicissimus

„Sofern das Ganze kein Mißverständnis meinerseits ist, Herr Schlamm, glaube ich als Pg. Nr. 3712 richtig zu handeln, wenn ich mein Ehrenzeichen an Sie weiterreiche."

Es hat den Anschein, als ob der Ex-Kommunist Schlamm jene Extremisten-Bereitschaft, die er bei den Kommunisten immer noch schätzt, nun seinen neuen Spießgesellen auf der Rechten nach unduldsamer Faschistenart einzubleuen wünscht. Schon die Prämisse Nummer 1 für seinen deutschen Fahrplan in die Apokalypse gibt zu erkennen, wieviel Schlamm in seiner neuen Rechtsaußen-Position von dem vermißt, was ihn in seiner alten Linksaußen-Position faszinierte.

Der Kommunismus — so lautet der erste der willkürlichen, ungeprüften Vordersätze, denen Schlamm logisch anmutende Schlüsse anhängt — ist eine „Idee der Erlösung, eine wilde, elementare, überschäumende Kraft, aus der Geschichte geboren, scharf und dynamisch, unabdingbar, zukunftsgläubig, zutiefst optimistisch, wissenschaftsgläubig, von einer heiligen Mission durchdrungen".

Mit dieser Naturgewalt ist es allerdings nicht mehr weit her: „Der Kommunismus hat noch in keinem Land der Welt die Macht erobert auf dem Wege der ideologischen Überzeugung eines Volkes. Der Kommunismus siegt nicht dadurch, daß er Sie überzeugt; der Kommunismus siegt dadurch, daß er Ihnen Angst macht, der Kommunismus bekommt Sie in den Doppelnelson-Griff der Angst. Ideologisch ist er ohnmächtig. Er ist widerlegter, ohnmächtiger denn je."

Aber der wissenschaftlich fundierte Erlösungsglaube, der Endsieg-Mechanismus der Kommunisten funktioniert dennoch. Eben deshalb lieben die Kommunisten den Frieden, in dem sie gläubig gedeihen, und fürchten den Krieg, der alles durcheinander bringen könnte: „Die kommunistischen Bosse wissen ganz genau, daß sich im Krieg nicht alles durchorganisieren läßt. Selbst die verrückteste Wissenschaftsgläubigkeit und der verwegenste Aberglaube, alles voraussetzen, voraussehen und vorausplanen zu können, der kommt hier an eine Grenze."

Prämisse Nummer 2: „Die Kommunisten ziehen sich vor jeder ernsthaften Konfrontation zurück." Der Schluß: „Ich schlage eine Politik vor, die der Sowjet-Union glaubhaft nur diese Alternative läßt: Ihr zieht euch auf die Grenzen von 1938 zurück oder ihr steht vor dem Dilemma der Konfrontation."

Denn: „Da der Bolschewismus an einem Krieg nicht interessiert ist, ihn sogar unter möglichst allen Umständen vermeiden möchte, müssen wir darauf antworten, indem wir den Bolschewismus ultimativ pressen und ihn zwingen, unseren ultimativen Forderungen nachzugeben."

Das Ziel — die Freiheit, der ewige Friede, das „brüderliche Zusammenleben in göttlichem Auftrag" — ist zum Greifen nahe: „Deutschland und die mit ihm verbündeten Vereinigten Staaten haben einen unabdingbaren Anspruch an die Sowjet-Union. Hier ist nicht mehr ein hilfloses Streben nach einem unmöglichen Kompromiß. Hier ist der Entschluß zu einer Lösung ... Deutschland ist die einzige Nation, außer den USA, vor der die Sowjet-Union militärisch Respekt hat."

Vorerst freilich zeigt der amerikanische Schaft der deutschen Stahlspitze noch „Isolationistische" Tendenzen. Dem ist indes leicht abzuhelfen. Die Deutschen brauchen bloß, bevor sie gemeinsam mit den Amerikanern die Sowjets erpressen, die Amerikaner ihrerseits unter Druck zu setzen. Die zur Welt-Vorhut auserwählten Germanen dürfen eben den Rest der Welt und den Tod nicht fürchten. Sie haben „es in der Hand, den Amerikanern klarzumachen, daß ohne die deutsche Nation eine Politik des Nachgebens nicht möglich ist. Sie müssen klarstellen, daß sie moralische Ansprüche haben."

Jene „moralischen Ansprüche" aber sind „unteilbar"; sie erstrecken sich nicht nur auf die „Rückgabe" der deutschen Sowjetzone und Oder-Neiße-Gebiete, sondern auch auf die „Befreiung" der von den Westmächten durch Friedensvertrag und diplomatische Beziehungen völkerrechtlich bestätigten kommunistischen Länder Polen, CSR, Ungarn, Rumänien und Bulgarien — weil nämlich der Amerikaner „zumindest Warschau so sehr braucht, wie er Berlin braucht, was Ihnen jeder Stratege erklären wird! Und da braucht er Prag so sehr, wie er Berlin braucht! Wenn der Amerikaner am Leben bleiben will, braucht er das ganze Europa! Oder er ist verloren! Der Amerikaner

ist nämlich verloren, wenn er den Anspruch auf Osteuropa aufgeben sollte."

Die Sowjets sind nach Schlamms Programm nicht gar so schnell verloren. Die Sowjet-Union bleibt nämlich in den Vorkriegsgrenzen (August 1939) von den „unteilbaren moralischen" Befreiungsansprüchen verschont. Schlamm bietet den Sowjets — mit denen es laut Schlamm „zu keiner Zeit keinerlei Koexistenz gibt" — sogar eine „feierliche, deutliche, unmißverständliche Verpflichtung des Westens" an, „die (Vorkriegs-) Grenzen der Sowjet-Union niemals zu überschreiten".

Augenzwinkernd fügt der sich „feierlich" verpflichtende Schlauberger Schlamm hinzu, daß „die Sowjetvölker, wie ich hoffe, wenn der Westen seine Stärke und seine Entschlossenheit bewiesen hat, Mut und Kraft genug aufbringen werden, um der eigenen gräßlichen und unmenschlichen Revolution Herr zu werden".

Diese Wagner-Oper — auch nur ein Anflug Schlammschen Geistes in der amtlichen Politik Bonns würde Ost und West zur Super-Entente gegen die Bundesrepublik zusammenfügen — wäre kaum der Rede wert, wenn nicht

- Studenten und ausgewachsene Parlamentarier in Westdeutschland sich daran berauschten und
- die Sowjets daraus Kapital schlügen.

Um seiner verwegensten Prämisse — „Seit Lenin haben die Sowjets sich



Schlamm-Verteidigerin **Gerstenmaier**, Gatte
Tee-Gespräch geplatzt

immer zurückgezogen, wenn ein ernsthafter Krieg drohte" — wenigstens den Schein eines Beweises zu leihen, verfälscht er die einschlägigen Daten der Geschichte und Zeitgeschichte, die genau das Gegenteil beweisen. Auf die Frage, warum die Sowjets 1941 der „Konfrontation" mit Hitlers Wehrmacht nicht auswichen, grinst er hurtig: „Gott ja, die Sowjets haben eben schon seit 1939 eine dumme Politik gemacht."

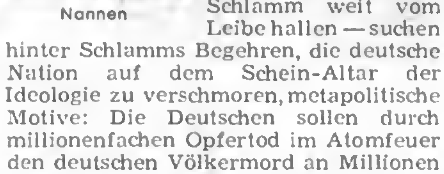
Schlamm: „Ich selbst halte den Präventivkrieg weder für eine moralische, noch für irgendeine Art von Lösung. Ich lehne den Präventivkrieg ab."

Aber derselbe Schlamm: „Wenn ich genau wüßte, daß die Sowjet-Union einen Angriff mit Raketen für den 7. Februar vorbereitet, dann würde ich dafür eintreten, daß man ihr am 2. Februar zuvorkommt. Aber ich weiß es nicht." Praevenire heißt „zuvorkommen".

Den Sowjets mag Schlamm soviel Entschlußkraft nicht zutrauen: „Im übrigen kann ich mich natürlich irren." Für den Fall, daß er mit seiner Prämisse — Die Sowjets weichen! — wirklich irren sollte, hat Schlamm eine „moralische" Kostenrechnung aufgemacht, die — Wort für Wort von ihm für den öffentlichen Gebrauch formuliert — so heißt:

„Wenn es moralisch richtig war, Hitler um den Preis von 100 Millionen vernichteter Menschenleben zu bekriegen und zu besiegen — und ich glaube, daß es moralisch richtig war —, dann ist es moralisch richtig, dem Kommunismus die Welt auch dann zu verweigern, wenn die Verteidigung des Westens (und des westlichen Anspruchs auf Osteuropa) sogar 700 Millionen Menschenopfer kosten sollte." Die „Befreiung" Osteuropas darf also 700 Millionen Tote kosten.

Mit dieser phantastischen Verlustziffer, die Schlamm auf Konto „Freiheit" vorbucht, hat er den entferntesten Gegenpol zu jenem Standpunkt erreicht, den er 1935 einnahm, als der Krieg noch vorstellbar und gegen Hitlers Expansionsgelüste ein taugliches Mittel war: Damals hetzte Schlamm gegen kriegsbereite Demokraten, die „mit Menschenmillionen rechnen wie unsereins mit Hellern".



Nannen

Katholische Theologen — die sich übrigens im Gegensatz zu Protestanten den Kriegsapostel Schlamm weit vom Leibe halten — suchen hinter Schlamms Begehren, die deutsche Nation auf dem Schein-Altar der Ideologie zu verschmoren, metapolitische Motive: Die Deutschen sollen durch millionenfachen Opfertod im Atomfeuer den deutschen Völkermord an Millionen Juden nutzbringend sühnen.

Dagegen spricht der ideologische Haß, den Schlamm in Amerika nach seiner Arbeit im noblen Luce-Konzern glaubhaft kultivierte. Mit Hingabe widmete er sich der antikommunistischen Hetze, zu welchem Zweck er die „National Review" gründete, die dem bornierten Kommunisten-Jäger Senator McCarthy Schutz und Schützenhilfe lieh.

Schlamm heute: „Ich bin innenpolitisch nie zu McCarthy gestoßen, den ich wohl gut kannte und dem ich gegen eine wüste kommunistische Verleumdungskampagne in Amerika und Europa gern beistand."

Im Mai 1957 — nach dem Tode McCarthys — schrieb Schlamm unter der Balkenzeile „Über McCarthys Grab vorwärts!" diesen Fanfaren-Nachruf: „Wir haben in dieses Grab nach Gottes Ratschluß einen noch jugendlichen Mann gelegt, der in fünf grausamen Jahren von vornehmen Herren bis zur Verzweiflung gemartert worden ist. Wir sehnen uns nicht nach seinem Schicksal, wir fürchten es. Aber wir sind entschlossen, es auf uns zu nehmen. Auch wir haben schon die feuerspeienden Blicke und den Spott erfahren. Aber auch wir heben den Arm, um sie zu zermalmen! Wir meinen es ernst! Wir sind McCarthyisten!"

Und in „The Week" würdigte Schlamm Frau Jean McCarthy, die Witwe des toten Heros: „Es ist die Rede davon, ihr den Weg in den Senat zu ebnen, damit sie das Werk ihres Mannes fortsetze. Sie hat die Fähigkeiten, und sie würde das Ansehen des Hauses mehren. Aber wir zweifeln daran, daß sie jene Arena (den Senat) zu betreten wünscht, in der — so glaubt sie es und wir mit ihr — ihr Mann zu Tode gehetzt wurde."

Schlamms „National Review" ließ sich schlecht verkaufen. Das Blatt suchte reputierliche Mitarbeiter, aber der deutsch-

Die Grenzen des Wunders

Ist das des Deutschen Vaterland?

Der STERN beginnt auf diesen Seiten mit dem Abdruck des Deutschland-Berichts „Die Grenzen des Wunders" von dem Amerikaner William S. Schlamm

Bild-Türke im „Stern": Gegen den Raketenputzer Schlamm

amerikanische Professor Henry Kissinger, Theoretiker des „Begrenzten Krieges“, blieb reserviert: Er pflege keinen Verkehr mit Leuten, die aus dem kommunistischen Apparat stammen.

Kissinger in Bonn: „Ich verstehe nicht, wieso Schlamm in Deutschland überhaupt eine Rolle spielen kann. In Amerika nimmt ihn niemand zur Kenntnis.“ So auch — fast gleichlautend — Kolumnist Sulzberger von der „New York Times“.

Schlamms Grusel-Pamphlet „Die Grenzen des Wunders“ hat in Amerika denn auch nur eine verkaufte Auflage von knapp 5000 Exemplaren erreicht; die großen New Yorker Blätter brachten keine Zeile Buchrezension. Die deutsche Ausgabe schnellte dagegen innerhalb eines halben Jahres auf eine Auflagenhöhe von 102 000 Exemplaren hoch, die 55 000 Bertelsmannschen Volksausgaben eingerechnet.

Die wesentliche Ursache dieser unterschiedlichen Resonanz zweier Gesellschaften auf das Getöse eines Demagogen, der die Potenzen beider zu einem monströsen, die Welt beherrschenden Machtphantom zusammenzukitten verspricht, liegt in der politischen Stimmungslage des westdeutschen Staatsvolks: Diese halbe Nation hat länger als ein Jahrzehnt vergeblich die Hoffnung genährt, sie könnte mit Hilfe amerikanischer Dollars und Kanonen den Krieg Hitlers gegen die Sowjet-Union am Ende doch noch hintenherum gewinnen.

Um so bereitwilliger betäuben die deutschnationalen Studenten und Spießbürger ihren Katzenjammer mit den Rauschmitteln Schlamms, der ihnen weismachen will, daß es nur ihrer zu oft schon strapazierten Energie bedürfe, um eine glorreiche Zukunft zu haben — daß Deutschland mit bloßer Willensanstrengung, einem Quentchen Courage und den Mitteln des 19. Jahrhunderts die Summe der politischen, ökonomischen, militärischen und psychologischen Realitäten des Jahres 1960 betrügen könne. Ausgerechnet die Studenten und nicht zuletzt die Leutnants der Bundeswehr in ihrer politischen Halbbildung stehen solchen Tönen offen.

Abgesehen aber von dieser Disposition jüngerer Bundesrepublikaner für Schlamms Rattenfänger-Melodie, ist der sensationelle Verkaufserfolg seiner „Grenzen des Wunders“ in Westdeutschland auch auf kommerzielle Umstände zurückzuführen.

Henri Nannen, Chefredakteur der Illustrierten „Stern“ im Verlag des CDU-Bundestagsabgeordneten Bucerius, las Schlamms Manuskript „in einer Nacht“ und fand: Noch ehe die Buchausgabe auf dem Markt sei, müsse im „Stern“ mit einer Schlamm-Serie „die Deutsche Frage zur Diskussion gestellt werden“. Offenbar, um stilgetreu in Schlamms Publizisten-Manier zu verfahren, machte der „Stern“ das erste Kapitel des Schlamm-Abdrucks, in dem die Legende vom Sowjet-Freund Krupp aufgetischt wurde, mit einem Photo-Türken auf: Ein Leichen-Luxuswagen — vom „Stern“ für diese Photoaufnahme gechartert — beim Camping-Ausflug, garniert mit sommerlich leichtgekleideten Picknick-Gästen.

Der Publikumserfolg rechtfertigte den Aufwand doppelt: Schlamms Buch verkaufte sich dank der „Stern“-Propa-

ganda rasch, die Auflage der Illustrierten stieg. Autoren-Makler Ferenczy in München, der die Produktion von rund fünfzig Roman- und Kolportage-Schreibern an Illustrierte vermittelt, kassierte für die Schlamm-Serie das für „Stern"-Maßstäbe lächerliche Honorar von 8000 Mark, von denen Schlamm 6000 Mark bekam.

Makler Ferenczy war es auch, der Schlamm mit „Stern"-Chef Nannen zusammenbrachte und dem Chefredakteur nahelegte, wöchentlich eine Kolumne aus der Feder Schlamms zu drucken. Nannen, von Schlamm hingerissen, unterschrieb den Kolumnen-Vertrag — Laufzeit: ein Jahr, Honorar: 26 000 Mark, je Woche und Kolumne 500 Mark, 25 Prozent dieser Summe erhält Makler Ferenczy, fünfzehn Prozent vom „Stern", zehn Prozent von Schlamm.



Schlamm-Krawall in Köln: Dankbar ...

Mittlerweile hat Nannens Begeisterung für den „unvergleichlichen Monomanen" Schlamm allerdings merklich nachgelassen. In Schlamms „Stern"-Kolumnen steht, alles in allem, Woche für Woche das gleiche: Schlagt die Kommunisten, wo ihr sie trefft. Geht nicht in Stücke von Bert Brecht! Habt keine Angst vor atomarer Verseuchung! Keine Zeile der Manuskripte darf umgeschrieben werden; Schlamm zu Nannen: „Sie haben als Chefredakteur lediglich abzudrucken, was ich als Kolumnist geschrieben habe."

Also hütet sich der Leiter des „Stern"-Ressorts für „Aktuelles", Redakteur Krüger, der für den Umbruch der Schlamm-Kolumne verantwortlich zeichnet, auch nur ein Tüttelchen zu ändern. Seine Devise: „Der Mann soll sich selber erledigen."

Krügers Kollegen neigen zu einer aktiveren Spielart der Resistenz. „Stern"-Chefreporter Heldt, der sich mit Rußland- und China-Reiseberichten einen Namen gemacht hat, schrieb seinem Blatt einen Leserbrief gegen den „Raketenputzer" Schlamm. Zeichner von Bülow (Loriot alias Pirol), der den „Stern" mit der Serie „Reinhold, das Nashorn" bedient, münzte einen Beitrag auf Schlamm; der Begleittext lautete:

> Happla, Reinhold fliegt ganz stramm
> in den zähen, schwarzen Schlamm.
>
> Scham erfüllt das stolze Tier:
> Häret da, man reinigt hier.
>
> Sechs Mark fünfzig, au, verdammt,
> aber Reinhold ist entschlammt!
>
> Hier zeigt die Moral sich pur:
> Dreck gehört zur Konjunktur.

Die Zeichnung erschien zwar, aber mit einem anderen Text. Auf gerechten Ausgleich bedacht, hat Nannen freilich auch Schlamm den Druck bislang eines der Kolumnen-Texte ausreden können; ein zweites Manuskript Schlamms konnte nicht veröffentlicht werden, weil es in der Redaktion verlorengegangen war.

Auch Nannen hofft, die Schlamm-Kolumne werde sich totlaufen, da der „unerhört schwierige Autor" Schlamm nur über Themen schreiben könne, bei denen er persönlich engagiert sei.

Beinahe jedoch hätte Nannen seinem Kolumnisten im Haus des „Stern"- und „Zeit"-Verlegers Bucerius zu einer dauerhafteren Tätigkeit verholfen: in der Redaktion des Nachrichten-Magazins MOMENT, das als Projekt heute noch in den Schubladen des Bucerius-Verlags west.

Gelegentlich einer der schier endlosen Debatten über Thema und Inhalt der „Stern"-Kolumne gab Schlamm von seinen Erfahrungen im amerikanischen Magazin-Konzern Luce zum besten. Nannen glaubte zu erkennen, Schlamm sei der rechte Mann für das Nachrichten-Magazin, das Verleger Bucerius gemeinsam mit dem Pariser Verlagskaufmann Revay in zwei Ausgaben, einer deutschen und einer französischen, vorbereitete.

Schlamm zeigte sich gleichermaßen interessiert und bescheiden: „Der Chefredakteur eines neuen Nachrichten-Magazins darf nicht William S. Schlamm heißen."

Bucerius beauftragte Schlamm, zunächst ein Bild des geplanten Blatts zu entwerfen — eine Aufgabe, die Schlamm, was das technische Detail anlangt, mit dem Raffinement der amerikanischen Schule brillant löste.

Zum Beispiel: „Der gute MOMENT-Satz ist kurz, plastisch und überraschend. Sein Witz kommt nicht so sehr aus dem Wortspiel wie aus der kühnen Metapher und dem geistvollen Kurzschluß: Zwei Gedanken kreuzen sich — und es gibt einen Funken. Das Adjektiv ist nie Zierat, sondern immer Träger einer bildhaften Mitteilung. Das Zeitwort beherrscht den Satz: Es handelt sich ja in MOMENT um eine Erzählung des Geschehens. Das Hauptwort ist der Anker der Information. Die geschilderte Sache muß eindeutig sein. Das Adverb wird wie Gewürz verwendet: um den Geschmack deutlicher zu machen, nie um die Aussage abzuschwächen" — goldene Worte für die Verleger von Nachrichten-Magazinen in aller Welt.

„Und wohin gehen wir?", fragte Schlamm. Die Universal-Antwort muß bestechen: „Wir sind (auf der elementarischen Stufe politischer Meinungsbildung) antitotalitär, antikommunistisch und antifaschistisch. Wir sind (auf der nächsthöheren Stufe) Verfechter eines abendländischen, geeinigten Europas, das den Nationalstaat nicht einfach (und unorganisch) vereint, sondern in eine höhere föderalistische Organisationsform des Westens einfügt. Wir sind endlich (auf der höchsten Stufe politischer Verpflichtung) gläubige Anhänger der hellenisch-judäisch-christlichen Konzeption von der menschlichen Person, ihrer Bestimmung und ihrer Beziehung zu Gott."

Aber kaum ein Blatt der von Schlamm geschmähten deutschen Lizenzpresse möchte diese Bestätigung der verflossenen Jahrtausende nicht als Leitspruch für sich reklamieren. Schlamm selber hingegen nebst seinen bereitwillig konzedierten 700 Millionen Atomkriegs-Toten nimmt sich in jenem abendländischen Panorama fremd aus.

Schlamms Mitarbeit in der vorbereiteten MOMENT-Redaktion kam nicht über den Streit hinaus, wie die MOMENT-Themen zu rubrizieren seien. Alle Redakteure — außer Schlamm — wünschten Rubrikzeilen wie „Amerika", „Europa" und „Deutschland", deren letzte auch über Artikeln aus der DDR stehen sollte. Schlamm dagegen bestand darauf, die Rubrik „Sowjet-Imperium" einzuführen, unter der Geschichten ebenso aus Belgrad oder Warschau wie aus Magdeburg eingeordnet werden müßten.

Sechs Tage währte der komische Zank — bis Schlamm endlich aus dem MOMENT-Team verschwand: „Gleich zu Beginn meiner Zusammenarbeit mit der Redaktion stellte sich ein Mißverhältnis heraus. Es war, als sollte die Callas mit dem Winterhuder Kirchenchor musizieren."

Der MOMENT-Arbeit ledig, fand Schlamm nun Muße für seine ausgedehnte Versammlungstour, um den Verkauf seines Buches und den Angriffskrieg gegen die Sowjets öffentlich zu propagieren. Seine unverhüllte Kriegspropaganda brachte alsbald Liberale sowie Sozialisten einerseits und Christdemokraten andererseits gegeneinander auf.

Der pfälzische SPD-Vorsitzende Bögler verlangte, „Kriegshetzer" Schlamm müsse des Landes verwiesen werden. Freidemokratische und sozialdemokratische Parlamentarier in den Landtagen zu Düsseldorf, München und im Bonner Bundestag wünschten zu wissen, wie die Regierungen Schlamms verfassungswidriges Kriegstreiben unterbinden wollten. Die CDU-Innenminister des Bundes und der Bundesländer, von Amts wegen Hüter der Verfassung, wichen aus.

Die von CDU-Funktionären verwaltete Frankfurter Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit e.V. — die nach Schlamms Zeugnis „den größten Teil der Vorträge (acht) für mich (in Bayern und Hessen) organisiert" — warf dafür 25 000 Mark aus. Der — inzwischen vermodernde — CDU-Kader „Rettet die Freiheit" bot Schlamm Hilfe an.

Am 10. Februar — in der letzten außenpolitischen Debatte des Bundestags — warnte der SPD-Bundestagsabgeordnete Erler die Bundesregierung vor dem außenpolitischen Schaden, den die öffentlichen Schlamm-Orgien stiften: „Mich beschleicht beim Auftreten dieses Mannes die beklemmende Erinnerung an einen anderen Österreicher."

Am Abend desselben Tages warf sich der CSU-Bundestagsabgeordnete Baron von und zu Guttenberg, der als kriegsgefangener Kavallerie-Oberleutnant beim britischen „Soldatensender Calais" gedient hatte, in einer öffentlich dargebotenen Burleske zum Schein-Richter Schlamms auf. (Guttenberg ist übrigens der einzige deutsche Parlamentarier, der rechtskräftig wegen des Schimpfworts „Saujude" zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt worden ist.)

Wie in einer Justizkomödie fragte Guttenberg den Schlamm in einem Bonner Versammlungs-Saal, ob er den Angriffskrieg wolle oder nicht, ja oder nein; falls er ihn nicht wollte, sei er ein genauso guter Demokrat wie der „sehr verehrte Kollege" Erler. Er wolle nicht, so beteuerte Schlamm, zupfte an seiner obligaten Fliege und war schon rehabilitiert. Marie-Elisabeth Lüders, Alterspräsidentin des Bundestags, stöhnte: „Es ist furchtbar."

Auf Frau Brigitte Gerstenmaier hingegen, die Gattin des Bundestagspräsidenten, die im Parkett saß, verfehlte dieses Satyrspiel nicht die beabsichtigte Wirkung. Frau Gerstenmaier bat Erler und Schlamm zum Tee. Schlamm, seit langem mit Eifer auf Anschluß an die CDU-Prominenz erpicht, nahm freudig-geschmeichelt an; Erler lehnte dankend ab. Brigitte Gerstenmaier war verschnupft: Herr Erler möge dann aber auch künftig nicht mehr „wider besseres Wissen" behaupten, daß Herr Schlamm zum Krieg auffordere.

In einem Telephongespräch mit der Bonner Redaktion der „Stuttgarter Zeitung", die über die Bonner Schlamm-Versammlung angemessen berichtet hatte, gebrauchte die Zweite Dame des Staates noch sehr viel härtere Worte der Mißbilligung.

Knapp eine Woche nach diesem gesellschaftlichen Erfolg widerfuhr dem beinahe arrivierten Schlamm — wiederum in Bonn — eine Schlappe. SPD-Abgeordneter Lohmar fragte die Bundesregierung im Plenum des Bundestags, ob es „beleidigend sei zu unterstellen", daß sie „eine solche Auffassung haben könnte, wie sie von dem Publizisten Schlamm vertreten wird". Außenamts - Staatssekretär van Scherpenberg antwortete, es sei „beleidigend, der Bundesregierung zu unterstellen", sie wolle ihre Ziele nicht „ausschließlich auf dem Wege einer friedlichen Verständigung verwirklichen".

Lohmar: „Herr Staatssekretär, darf ich das als eine klare Absage an die von mir zitierte These des Herrn Schlamm betrachten?"

Scherpenberg: „Das können Sie, Herr Abgeordneter."

Schon am nächsten Tag reiste Schlamm in Bonn an, entschlossen, in einer Pressekonferenz den Gang mit Scherpenberg zu wagen. Seine CDU/CSU-Freunde hielten ihn davon ab. 31 Abgeordnete der Bonner Staatspartei unterzeichneten, ohne Er-



... für Ideale: Heilskünder Schlamm

ler zu fragen, eine „dringende Bitte" an den Westdeutschen Rundfunk, Erler mit Schlamm zu einem Fernseh-Disput zu paaren. Schließlich durfte sich Schlamm in aller Öffentlichkeit intimster Verbindungen zu einflußreichen Freunden brüsten, die mehr Macht hätten als der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes: „Ach, der gute Herr van Scherpenberg hat ja keine Ahnung. Er vertrat nicht die Ansicht der Bundesregierung; eine Äußerung wie die seine wird sich in der deutschen Politik nicht wiederholen."

Fraglich bleibt dennoch, worauf sich der Bundesinnenminister und dessen Länder-Fachkollegen bei Schlamm-Anfragen künftig hinausreden wollen, nachdem Erich Kuby, des „Wirtschaftswunders liebstes Kind", seinem Disputpartner Schlamm am 6. April im Wuppertaler Zoo das unmißverständliche Bekenntnis zum Angriffskrieg abluchsen konnte.

Sorgfältige Leser der Schlammschen „Grenzen des Wunders" hatten nie daran gezweifelt, daß Schlamm — sollten seine Worte einen Sinn haben — die Sowjets aus Osteuropa hinausschießen will, falls sie sich nicht hinausdrohen ließen.

Im Dezember vorigen Jahres dozierte Schlamm: „Der Bundeskanzler ist überhaupt der einzige, der glaubhaft von Verteidigung in dem allein möglichen ultimativen Sinne einer scharfen Forderung an die Sowjet-Union sprechen kann. Wenn es ihm jetzt nicht gelingt, den Weg zur Abrüstungskonferenz, den Weg zum Gipfel, ich sage bewußt: zu blockieren, es den Herren Eisenhower und Herter unmöglich zu machen, überhaupt zum Gipfel zu kommen, wenn es ihm nicht gelingt, wenn die Herren sich auf dem Gipfel treffen, die Gipfelkonferenz erfolglos zu machen, wenn es ihm nicht gelingt, diese blödsinnigen Abrüstungsvorstellungen, denen auch er leider Gottes anhängt, aus der Welt zu schaffen, dann wird er 1961 vor einer restlosen Katastrophe seiner Politik stehen."

Anfang April dieses Jahres in Wuppertal wollte Kuby noch einmal präzise wissen, was der Westen tun sollte, falls er hochgerüstet „glaubhaft kriegsbereit" an der Demarkationslinie stünde und die Sowjets sich dennoch nicht rührten, weder zum Rückzug noch zum Präventivschlag.

Schlamm: „Darauf will ich Ihnen offen antworten, soweit ich darauf antworten kann: Wenn wir nach einigen Jahren von Vorbereitung, von politischer, psychologischer Vorbereitung in diese Situation kommen, dann, Herr Kuby — und da haben Sie mich ganz recht verstanden —, kann die Politik nur gemacht werden, wenn wir bereit sind, im anderen Fall zu marschieren."



Simplicissimus

... die Deutschen folgten ihm, und er führte sie gen Osten. Sie kamen nie wieder.

Die Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg — fügte Schlamm noch hinzu — sei eine „legalistisch-bürokratische Eselei". Denn: „Wer das Recht und die Freiheit auf seiner Seite hat, muß dafür einfach Krieg führen."

Mit diesem freimütigen Kriegsruf hat Schlamm auf den i-Punkt genau das im Grundgesetz-Artikel 26 verankerte Verfassungsgebot verletzt: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen."

Zwar fehlen dieser Verfassungsvorschrift noch die strafrechtlichen Sanktionen, weil der Bundestag, der die Gebote des Grundgesetzes offenbar weniger ernst nimmt, als er es von seinen Wählern verlangt, den verbindlichen Verfassungsbefehl bislang mißachtet und keine entsprechende Strafvorschrift erlassen hat. Gleichwohl ist der Grundgesetz-Artikel 26 unmittelbar wirksames Recht, Bestandteil der Verfassungsordnung, deren Wahrung den Vorzug vor allen Einzel-Grundrechten hat, und zudem eines jener „allgemeinen Gesetze", die nach Grundgesetz-Artikel 5 das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken.

Es ist denn auch nicht einzusehen, warum die Polizei, der es obliegt, die Verfassungsordnung zu schützen, Schlamms Versammlungen nicht ohne strafrichterlichen Spruch verbietet — zumal sich derjenige, der Verfassungsordnung und „allgemeine Gesetze" verletzt, schlechterdings nicht auf das Grundrecht der Redefreiheit berufen kann.

Dem Massenhysteriker Schlamm kann dieses Grundrecht um so weniger zugebilligt werden, als er seine Kriegsreden ohne Skrupel mit diffamierenden Ausfällen gegen den „albernen" Bundestag, „alberne" Bundestagsabgeordnete, die parlamentarische Immunität und die Parteien anreichert. Den Effekt, den Schlamm damit bei Jungakademikern und Alten Herren erzielt, hat der Münsteraner Manfred Kriele in den „Frankfurter Heften" so analysiert:

- ▷ Totales Freund-Feind-Denken.
- ▷ Mythos vom ewigen Kampf.
- ▷ Lust am Risiko.
- ▷ Verständnislosigkeit für moralische und rechtliche Kategorien.
- ▷ Leichte Verblüffbarkeit.
- ▷ Verachtung der Progressisten (Liberalen und Sozialisten).

An der Universität Göttingen firmiert bereits ein Schlamm-Club als „Akademische Aktionsgruppe für Wehrfragen". Ihr Programm: Wehrpflicht für jeden Abiturienten, der studieren will, ideologischer Drill „in unseren christlich-freiheitlichen Grundvorstellungen", Schlamms Philosophie als Maxime der Militärpolitik und — mit faschistischer Forsche — „Verbot aller destruktiven Organisationen".

Angesichts solcher von Schlamm bewerkstelligter Restaurationserscheinungen in Westdeutschlands Jugend haben amerikanische Zeitungsleute die Beamten der Deutschen Botschaft in Washington und des Deutschen Generalkonsulats in New York nach Zusammenhängen zwischen Schlamms nationaler Erweckungs-Bewegung und den Hakenkreuz-Pinseleien an Gotteshäusern und Friedhöfen gefragt.

William Siegmund Schlamm selber räumt ein, daß ihn vierzig bis fünfzig der rund 300 Briefe, die er monatlich erhält, ob der Denkweise ihrer Schreiber ängstigen. Er findet sie „entsetzlich blöde".



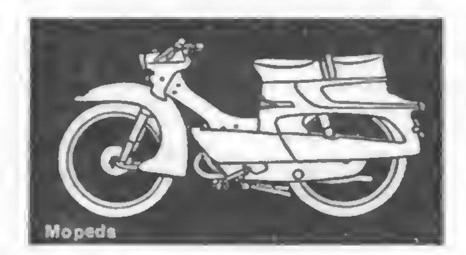
Herr Direktor, Ihre Prima ist gesattelt!

Bitte, steigen Sie ein, oder besser gesagt: Schwingen Sie sich auf – in den Sattel! Machen Sie den Prima-Sport zu Ihrem neuen Steckenpferd! Wenn Ihnen der Fahrtwind den letzten Nikotinduft aus den Kleidern bläst, werden Sie plötzlich die Freuden und Vorzüge des Prima-Sports entdecken:

- Schluß mit dem chronischen Frischluftmangel! Der natürliche Lufthunger wird endlich gestillt –
- Mühelos entwischen Sie dem Getriebe der Großstadt –
- Parknöte kennt die Prima nicht –
- Die Prima wird Ihr „zweites Auto" für schnelle Besorgungen, für erholsame Touren ins Grüne. Sie sparen Benzin und schonen Ihren Wagen –
- Komfort, Federung und Zubehör entsprechen – wie die Praxis zeigt – sogar den Forderungen junggebliebener Generaldirektoren!

In Ihrer Garage ist noch ein Plätzchen frei – für die schicke PRIMA, die praktische QUICKLY oder die starke SUPERMAX von NSU.
Ihr NSU-Händler wird Sie gern beraten.

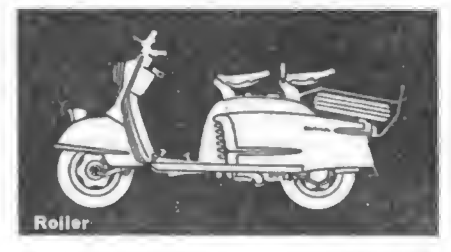
Sie erhalten auf Wunsch kostenlos die interessante NSU-Informationsmappe!
Karte genügt an NSU Werke AG, Abt. DW 25
Neckarsulm / Württ.



Quickly-N Standard-Modell ab DM 528.–

Quickly-TT Sport-Modell DM 812.–

Quickly-T Luxus-Modell mit Soziaausrüstung DM 838.–



Prima III K robuster Sportroller mit Kickstarter ab DM 1249.–

Prima III eleganter Reiseroller 150 ccm DM 1648.–

Prima V mit allem Komfort 175 ccm DM 1798.–



Maxi 175-ccm-Viertakter 12,5 PS DM 1648.–

Supermax 250 ccm, 18 PS Viertakter DM 2076.–

von NSU, dem größten Zweiradproduzenten des Kontinents

Auf zwei Rädern bleibt man jung!



SOWJETZONE

LUMPENSAMMLUNG

Mit der Losung „Jedes Gramm Altstoff — ein Schlag gegen die Kriegstreiber" rief die sowjetzonale Nationale Front die Bürger des Stadtbezirks Berlin-Pankow zur Sammlung von Lumpen, Knochen, Altpapier, Metall, Eisen, Gläsern und Flaschen auf. „Bringen Sie alles, was Sie in Ihrem Haushalt an Altstoffen vorfinden", heißt es in dem Aufruf, „Sie helfen dadurch mit, unseren Wirkungsbereich zu einem Bollwerk des Friedens zu machen."

ZITAT

„Nach westlichen Agenturberichten hat ein Sprecher des britischen Außenministeriums ein besonderes englisches Interesse für die Entwicklung der Landwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik zum Ausdruck gebracht. Dieses Interesse ist verständlich, zumal in England die Hauptmasse der Bauern schon vor langer Zeit durch die kapitalistische Entwicklung von Grund und Boden vertrieben wurde." (Das DDR-Außenministerium zur amtlichen britischen Kritik an der Zwangskollektivierung in der DDR.)

AUFMARSCHPLÄNE

Blitz vor dem Gipfel

Wenn die Polit-Propheten der Sozialistischen Einheitspartei (SED) recht behalten, wird sich SED-Chef Walter Ulbricht genötigt sehen, zu Beginn der Gipfelkonferenz am 16. Mai im Luftschutzbunker Unterschlupf zu suchen. Zu diesem Zeitpunkt nämlich soll sich nach den Prognosen der Pankower Wahrsager vollziehen, was seit einigen Wochen in unzähligen DDR-amtlichen Propagandasprüchen angekündigt wird: der aus schierer Lust nach Blut und Boden von der Bundeswehr gegen die „friedliebende Deutsche Demokratische Republik" entfesselte atomare Blitzkrieg.

Schrieb „Neues Deutschland", das Zentralorgan der SED, schon am 12. März: „Bonn nimmt Kurs darauf, die fortschreitende internationale Entspannung, die bevorstehende Gipfelkonferenz und die dort möglichen friedlichen Vereinbarungen zwischen den Großmächten mit dem Atomkrieg im Herzen Europas in die Luft zu sprengen und einen Weltkrieg zu entfesseln."

Mit dieser kühnen Vorhersage komplettierte „Neues Deutschland" den ohnedies schon 18 Seiten langen, von Walter Ulbricht am 23. Januar an Bundeskanzler Adenauer abgeschickten Brief, in dem es nach „An den Vorsitzenden der CDU/CSU, Herrn Dr. Konrad Adenauer, Bonn" und im übrigen anredeloser Eröffnung auf Seite 8 hieß: „Wenn Sie Verhandlungen mit der DDR ablehnen, so geschieht das nur deshalb, weil Sie sich die Hände freihalten wollen für eine militärische Aggression . . . Uns sind die Pläne Ihres Kriegsministers bekannt, die Atomrüstung zu beschleunigen, um durch einen Blitzkrieg die DDR zu überfallen."

Seither ist das Stichwort „Blitzkrieg" in Pankows Propaganda-Garküche zum beliebtesten Gewürz geworden. Nachdem es gleich löffelweise dem zähflüssigen Eintopf der DDR-Presse zugesetzt worden war, diente es auch der geschmacklichen Verfeinerung der jüngsten Ostberliner Einheits-Speise: dem von der SED zu Ostern vorgelegten „Deutschlandplan des Volkes".

In diesem umfänglichen Schriftstück — Unterzeichner: Walter Ulbricht — soll zum erstenmal auch dem westdeutschen Leser zur Kenntnis gegeben werden, was sich die SED inzwischen als Beweis für ihre Blitzkriegsthese anzubieten gewöhnt hat. Suggeriert der als offener Brief an die „lieben westdeutschen Arbeiter und Arbeiterinnen" adressierte SED-Plan schon in der Einleitung: „Ihr kennt die Tatsachen . . . Eure Söhne werden ja schon von den alten Hitler-Generalen gedrillt, um morgen im Bruderkrieg auf die Werktätigen der DDR zu schießen . . . Ihr kennt das Manöver ‚Winterschild' und die Stabsübung ‚Side Step', bei denen Blitzkrieg gegen die DDR geübt wurde."

Diese eher mageren, dennoch zu „Tatsachen" ernannten Hinweise vervollständigt die DDR-Presse seit Wochen mit einer Fülle erstaunlicher Berichte. Kartenskizzen und Tabellen: Sie sind nach Meinung Ulbrichts und seiner SED schlüssige Beweise für die Blitzkriegsabsichten der Bundeswehr. Clou der Material-Sammlung war eine von einem flinken Partei-Zeichner des in Halle erscheinenden SED-Organs „Freiheit" angefertigte Karte, auf der die West-Manöver der Jahre 1958 bis 1960 als einheitlich geplanter Zangenangriff gegen die DDR eingetragen sind.

Größter Beliebtheit als Demonstrationsobjekt bundesdeutscher Heimtücke erfreut sich bei den sowjetzonalen Blitzkriegs-Propheten das Nato-Manöver „Winterschild"*. Schrieb das Soldatenblatt „Die Volksarmee": „Von Anfang an

* Das Manöver „Winterschild" fand vom 1. bis 7. Februar 1960 in der Oberpfalz statt.



DDR-Verteidigungsminister **Staph**
„Westdeutschlands Militaristen blasen ...

hatten die verantwortlichen Militärs und Politiker keinen Zweifel daran gelassen, daß die Übung der Vorbereitung eines atomaren Überfalls dienen sollte ... Der Angriff wurde von Süden nach Norden, also in Richtung auf die DDR vorgetragen."

Um die liebgewordene Blitzkrieg-Parole nicht zu gefährden, verschwieg das Blatt seinen Lesern zwei nicht ganz unerhebliche Punkte:

- den vergleichsweise bescheidenen Anteil deutscher Truppen an diesem Manöver und
- die zu Beginn der Übung angenommene militärische Lage.



... zur Revanche": **Blitzkrieg-Karte** aus der „Freiheit" (SED)

Tatsächlich waren nur 6000 der rund 65 000 eingesetzten Soldaten Angehörige der Bundeswehr. Das Gros stellten die Einheiten der 7. US-Armee. Ferner: Öffentlich erklärter Zweck des Manövers war nicht die Probe eines „Angriffs auf die DDR", sondern vielmehr die Abwehr eines Angreifers gegen die Nato, der denn auch erst nach tagelangen Kämpfen auf die Grenze zurückgeworfen werden konnte. Auch die von den Kommandeuren angenommene Ausgangslage aller übrigen Manöver, an denen die Bundeswehr beteiligt war, ging von einem zuvor begonnenen feindlichen Angriff aus.

Um ihre betrübliche Lage als unschuldig vom Blitzkrieg Bedrohte glaubwürdig zu machen, münzt unterdessen die Einheitspartei nicht nur Nato-Abwehrmanöver in Angriffsübungen der Bundeswehr gegen die DDR um, sondern verkürzt auch auf eigene Faust die Aufbaupläne der westdeutschen Armee. Hatte Walter Ulbricht noch am 23. Januar in seinem Brief an Konrad Adenauer — „Sie haben wohl vor, Ende 1961 oder etwa 1962 fertig zu sein ..." — zwei bis drei Aufbaujahre zugestanden, reduzierte die Parteipropaganda diese Frist am 12. März auf zwei Monate, nämlich bis zum Beginn der Gipfelkonferenz Mitte Mai. Kommentierte die ob solch unerwarteten Tempos aufgeschreckte „Junge Welt", die Zeitung der „Freien Deutschen Jugend": „Und so jagt in Bonn eine Maßnahme die andere ... Bonn will Krieg, die deutschen Militaristen blasen zur Revanche."

Indes, dem von Walter Ulbricht sorgfältig inszenierten Ausbruch der Blitzkrieg-Hysterie blieb bislang der rechte Effekt — eine weltweite Angst-Psychose vor dem dritten Weltkrieg — versagt. Der Grund dafür ist in einem Umstand zu suchen, der freilich in Pankow nur schwerlich Verständnis finden wird: Die Blitzkrieg-These ist politisch wie auch militärisch absurd.

Nach gängiger Ostberliner Lesart wollen die Bundesregierung und die Bonner Militärs „ihre Pläne durchsetzen, auf Biegen oder Brechen, wobei sie so größenwahnsinnig sind, es sogar im Alleingang zu versuchen" („Junge Welt"). Allerdings: Mit Hilfe welcher Truppen dieser „Alleingang" unternommen werden soll, bleibt offen. Tatsächlich sind alle sieben vorerst einsatzbereiten Bundeswehr-Divisionen der Nato unterstellt.

Der Blitzkrieg könnte also lediglich mit den vier noch in der Aufstellung begriffenen Divisionen veranstaltet werden, die ihrerseits — ohne Atomwaffen — folgende östliche Streitkräfte zu überrennen hätten:

- 110 000 Mann der „Nationalen Volksarmee",
- 70 000 Mann Bereitschafts- und Grenzpolizei,
- 300 000 Mann der in der DDR stationierten sowjetischen Truppen.

Erläuterte Reserveoberleutnant und SPD - Bundestagsmitglied Helmut Schmidt: „Das militärische Kräfteverhältnis gestattet der Bundeswehr keinen Angriff; sie kann froh sein, wenn ihre Manöver und Planspiele auf dem Papier die Fähigkeit erweisen, einen östlichen Angriff abzuwehren oder aufzuhalten. Die Theorie vom Blitzkrieg Richtung Osten ist deshalb bloße Propaganda."

Dieser Hinweis wird freilich Walter Ulbricht nicht davon abhalten, sich demnächst als Sieger im Kampf gegen sein selbstgebasteltes Angriffskriegs-Gespenst feiern zu lassen, zumal ihm dieser Taschenspielertrick noch einen ganz persönlichen Erfolg eingebracht hat: Mit Assistenz des ergebenen Parteigenerals Willi Stoph, des DDR-Verteidigungsministers, ließ sich der spitzbärtige Blitzkrieg-Erfinder flugs auf den Sessel des Vorsitzenden des „Nationalen Verteidigungsrats der DDR" heben.

Von dort aus kann er jetzt nach der Einheitspartei unmittelbar auch die zweite Stütze seines Staates — die Volksarmee — regieren.



Ideen gewinnen Gestalt auf dem Reißbrett von Franz Dunsche, 51, Konstrukteur im Chassisbau. Vor 8 Jahren kam er zu Ford. Seither arbeitet er im Konstruktionsbüro an der laufenden Verbesserung von Vorder- und Hinterachse. Mit seinem Spezialwissen und seiner reichen Berufserfahrung als Ingenieur leistet er einen wesentlichen Beitrag zur Fahrsicherheit des Taunus. Abseits von den kniffligen Problemen seiner Berufsarbeit befaßt sich Herr D. gern mit Sozial- und Wirtschaftsfragen. Seine Mußestunden gehören der Musik.



Funken beleuchten die Präzision, mit der Heinrich Berg, 60, auf der Schleifmaschine die gehärteten Werkstücke auf Form und Maß bringt. Vor 24 Jahren kam er als Werkzeugmacher zu Ford. Jetzt weist er als Vormann im Werkzeugbau jüngere Kollegen ein. Spezialarbeiten, bei denen Endmaße mit einer Genauigkeit von 1/1000 mm eingehalten werden müssen, erledigt er mit Vorliebe selbst. Gemeinsam mit seiner Tochter, die auch bei Ford tätig ist, fährt Herr B. abends nach Hause. Manchmal setzt er sich dann noch ans Klavier.



Kritisches Auge und ruhige Hand – beides braucht Paul Koch, 56, wenn er die hohlgegossene Kurbelwelle des Taunus inspiziert. Als Inspektor in der Qualitätskontrolle (Kurbelwelle) obliegt ihm außerdem die Prüfung der Pleuel- und Hauptlager auf Passungstoleranzen. Die Erfahrung dafür hat sich der gelernte Modellschreiner in 23 Ford-Jahren erworben. Heute kommt sie der Lebensdauer des Taunus-Motors zugute. Herr K. schätzt die kollegiale Atmosphäre in seinem Arbeitsbereich. Privat ist er als begeisterter Sportkegler bekannt.

Menschen die den TA



Niemand bremst mit solchem Druck wie Dietrich Fiegener, 25, wenn er die Bremsleitungen auf Dichtigkeit prüft. Gewissenhaft achtet der ehemalige Schmied aus Köln-Ostheim darauf, daß die Manometeranzeige über 5 atü bleibt. Er weiß, wieviel von seinem I. O.-Vermerk auf der Laufkarte für die Sicherheit des Taunusfahrers abhängt. Seit 4 1/2 Jahren ist Herr F. bei Ford, zuerst in der Produktion, jetzt in der Endmontage als Fertigmacher. Als eifriger Fotoamateur geht er am Wochenende mit seiner Spiegelreflex-Kamera auf Motivsuche.



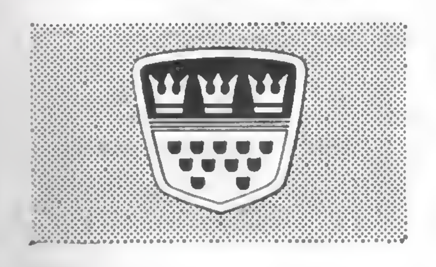
Mit Geschick und spitzem Pinsel zieht Emil Wolff, 53, Konturen nach, die keine Spritzpistole so genau absetzen kann. Nach seinen Wanderjahren arbeitete er erst in einem Kölner Karosseriewerk und kam dann vor 14 Jahren zu Ford. Als Vormann ist er in der Lackiererei für Arbeitseinteilung und -überwachung verantwortlich. Gern greift Herr W. auch selbst zum Pinsel, wenn er abends in seiner modernen Wohnung in der Niehler Ford-Siedlung Kunst- und Urkundenschriften malt. Darüber vergißt er aber nicht den Mittwochabend im Schachklub.

Diese Inspektions-Laufkarte ist die Geburtsurkunde eines Taunus. Als ein Symbol der Sorgfalt und der Verantwortung begleitet sie den werdenden Wagen durch das Werk.

UNUS bauen

Wir haben uns daran gewöhnt, in einem modernen Automobil zu allererst die imponierende **technische** Leistung zu sehen. Das trifft zwar zu, aber es ist doch nur die halbe Wahrheit. Ein Streifzug durch das große Werk am Rhein zeigt den Taunus in einem neuen Licht. In erster Linie ist es doch die **menschliche** Leistung, die für seinen Wert entscheidend ist. In jeder Phase der Fertigung setzt einer der 17000 Mitarbeiter seine Erfahrung, sein Können und seine Sorgfalt dafür ein, daß der Taunus zu dem wird, was er ist: ein Stück solider Wertarbeit.

Sollte Sie Ihr Weg einmal über Köln führen, so besuchen Sie bitte auch unser Werk. Überzeugen Sie sich selbst von dem Geist der Menschen, die den Taunus bauen.



FORD WERKE AG KÖLN

RECHT

ENTSCHEIDUNGEN

Lösen sich zwei Fernfahrer in der Lenkung eines Lastzuges ab, damit wechselweise einer von ihnen ausruhen kann, so ist jeder von ihnen aufgrund der sie verbindenden Fahrgemeinschaft — ohne Rücksicht auf ein bestehendes Über- oder Unterordnungsverhältnis — verpflichtet, im Rahmen des ihm Möglichen und Zumutbaren darauf zu achten, daß sein Fahrtgenosse die Ruhepausen zur Erholung, insbesondere zu ausreichendem Schlaf, ausnutzt. Vernachlässigt er diese Pflicht, so macht er sich an einem von dem anderen infolge Übermüdung verursachten Unfall mitschuldig, wenn er dessen Zustand bei genügender Sorgfalt hätte erkennen können und ihm gleichwohl die Führung des Lastzugs überlassen hat (Bundesgerichtshof).

Ein vor einem Bahnübergang bestehendes Überholverbot verbietet einem Kraftfahrer nicht, an den vor der geschlossenen Schranke wartenden Fahrzeugen bis zur Schranke vorbeizufahren (Oberlandesgericht Düsseldorf).

Auch auf anderen Straßen als Autobahnen kann für Verkehrsteilnehmer, die einen anderen überholen oder zur Vorbeifahrt an einem Hindernis nach links hinüberbiegen wollen, die Pflicht bestehen, sich vorher Gewißheit darüber zu verschaffen, daß kein schnelleres Fahrzeug von rückwärts naht, das durch die beabsichtigte Richtungsänderung gefährdet wird (Bundesgerichtshof).

BUNDESLÄNDER

BHE

Lemmers Gegenstelle

Der jähe Aufstieg eines bislang unbekannten Verwaltungsangestellten zum Regierungsdirektor im niedersächsischen Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte hat in der hannoverschen Regierungskoalition, zu der sich Sozialdemokraten, Gesamtdeutscher Block/BHE und Freie Demokraten vor Jahresfrist zusammengeschlossen haben, einen Zwist hervorgerufen.

Streitobjekt sind der über Nacht zum leitenden Beamten avancierte 42jährige Diplomvolkswirt Hans Beske und das Amt, das er nach dem Willen des BHE-Landesvorsitzenden Hermann Ahrens („Hermann der Entrechtete") übernommen hat: Beske steht dem eigens für ihn geschaffenen „Referat für gesamtdeutsche Aufgaben" vor.

Die Erfinder dieses Referats hatten sich freilich eher parteitaktische als gesamtdeutsche Aufgaben gestellt. BHE-Regierungsdirektor Beske — so verkündete BHE-Vertriebenenminister Schellhaus auf einer Pressekonferenz — sollte auf Landesebene alle in den einzelnen Ressorts auftauchenden Fragen gesamtdeutscher Art „koordinieren" und eine „Gegenstelle zum Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen" bilden.

Die Gefahr, der „niedersächsische Lemmer" könne auf diese Weise den BHE-Einfluß auch auf die von SPD und FDP verwalteten Ministerien ausdehnen, rief die anderen Ressortminister auf den Plan. Sie pochten auf den Geschäftsverteilungsplan der Landesregierung, demzufolge jedes Ministerium für die in seinem Bereich auftretenden gesamtdeutschen Angelegenheiten selbst zuständig ist, während übergeordnete Fragen dieser Art von der Staatskanzlei erledigt werden. Gleichzeitig ließen die Koalitionspartner verlauten, daß ihre Konzessionsbereitschaft gegenüber dem BHE nunmehr am Ende sei.


Ahrens

Der BHE hatte nämlich bereits einen recht achtbaren Preis eingehandelt, als nach den Landtagswahlen vom 19. April 1959 die Sozialdemokraten (39,5 Prozent der gültigen Stimmen) auf der einen und Christdemokraten und Deutschparteiler (zusammen 43,2 Prozent) auf der anderen Seite um die Gunst der zu einer Regierungsbildung benötigten kleineren Partner, des BHE und der FDP, buhlen mußten. Der BHE, der nur 13 von insgesamt 157 Landtagsmandaten gewann, erhielt

- zwei von neun Kabinettssitzen (fünf SPD, zwei FDP);
- den Posten des stellvertretenden Ministerpräsidenten;
- zwei Staatssekretärposten, deren Besetzung die Opposition zu heftiger Kritik an den fachlichen Qualitäten der Kandidaten herausforderte, sowie
- die Zusicherung: Das Vertriebenenministerium solle erhalten bleiben und durch eine anderswo abgespaltene Abteilung aufgepäppelt werden. Die CDU hatte dieses vorletzte Landesflüchtlingsministerium der Bundesrepublik auflösen wollen.

Diese nicht unbeträchtlichen Konzessionen beruhten auf dem für die niedersächsische SPD schmerzlichen Umstand, daß sie zwar seit je die prozentual stärkste Partei im Lande ist, jedoch immer nur mit der Hilfe kleinerer Partner zu regieren vermag. So mußte der designierte SPD - Ministerpräsident Kopf den BHE teuer einkaufen, damit er nicht (wie vier Jahre zuvor) CDU - Koalitionspartner werde. Hermann Ahrens und seine Männer aber waren entschlossen, die Chance für ihre Partei zu nutzen, die heute nur noch in fünf Länderparlamenten*, aber nicht mehr in Bonn vertreten ist.

Schellhaus

Nachdem Beskes „gesamtdeutschem Referat" ein parteitaktischer Erfolg nicht

* Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. An der Regierung ist der BHE in den ersten vier Ländern beteiligt.

beschieden war, konnte BHE-Chef Ahrens seinen Parteifreunden ein neues Betätigungsfeld erschließen: In seiner Eigenschaft als niedersächsischer Finanzminister berief er die BHE-Landtagsabgeordneten Rudibert Schneider und Fritz Vetter zu Stellvertretern in den Verwaltungsrat der Niedersächsischen Landesbank.

Ob zwei Verwaltungsratsmitglieder in diesem Gremium genügen, dem BHE die für den Bundestagswahlkampf dringend benötigten Kredite zu beschaffen, steht freilich dahin.

ZEITGESCHICHTE

KERSTEN

Himmlers Bauchweh

Gleich nach dem Kriege werden wir ein Haus bauen, welches das größte und herrlichste Haus der Welt sein wird. Es wird auf dem Königsplatz in Berlin stehen. Die Höhe des Hauses wird 335 Meter betragen, der Durchmesser 1500 Meter. Im Keller ... wird ein Gewölbe geschaffen, das gewaltiger und großartiger sein wird, als es je die Pharaonen erträumt haben. Und das wird einmal das Grab Adolf Hitlers sein."

Am 14. Oktober 1942 notierte sich der Masseur Felix Kersten diesen Traum vom babylonischen Turm zu Berlin — geträumt von Heinrich Himmler, „Reichsführer SS" und migräne- wie bauchwehgeplagter Patient des naturheilkundigen Medizinalrats.

Sechs Jahre — von 1939 bis 1945 — diente der geborene Deutschbalte und finnische Staatsbürger Kersten dem wehleidigen Heinrich — Himmler: „Ich bin die Reinkarnation Heinrichs des Löwen" — als Leibarzt und führte Tagebuch über die vertraulichen Gespräche auf dem Massagebett.

Als „Masseur des Teufels" gelangte er jüngst auch in der Bundesrepublik zu Ehren — ein wenig verspätet allerdings. Klagte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", nachdem Kersten Mitte April einem Herzinfarkt erlegen war:

„Die Anerkennung seiner Verdienste durch die deutsche Regierung ... hat er nicht mehr erlebt. Man hat bei uns, wo man mit Orden sonst nicht gerade sparsam umgeht, gezögert, den Mann auszuzeichnen, der zwar während des Krieges eine zweideutige Position innehatte, sie jedoch in eindeutiger Weise dazu benutzte, Hunderttausenden von Menschen das Leben zu retten."

Daß diese Klage nicht unberechtigt ist, erweist ein Bericht des holländischen Reichsinstituts für Kriegsgeschichte. Nach dreijähriger Prüfung glaubte der mit den Untersuchungen über Kersten beauftragte Professor Posthumus, daß Himmlers Masseur

- die Umsiedlung von drei Millionen Niederländern nach Polen verhinderte,
- den SS-Chef zur Sabotage des Hitler-Befehls bewog, die Konzentrationslager samt ihren 800 000 Insassen beim Anrücken alliierter Truppen in die Luft zu sprengen,
- bei einer Reihe von Einzelaktionen — „Jeder Massagegriff ein Menschenleben" — rund 22 000 Menschen aus Konzentrationslagern befreite und

▷ die Zerstörung von Den Haag und Clingendael sowie die Sprengung des Nordsee-Ijsselmeer-Abschlußdeiches vereitelte.

Für das seltsame Geschäft Bauchweh gegen Menschenleben wurde Felix Kersten nicht nur mit dem holländischen Großkreuz von Oranien-Nassau ausgezeichnet. Finnland erhob den Mediziner ohne Approbation und Doktortitel in den Rang eines Medizinalrats und verlieh ihm das Komturkreuz des Ordens der Weißen Rose. Die Regierung in Helsinki honorierte damit die Tatsache, daß allein der Vermittlung Kerstens die Rettung der finnischen Juden vor dem Abtransport in das Vernichtungslager Maidanek zu danken ist.

Für das außergewöhnliche Wirken des Himmler-Masseurs weiß Achim Besgen, Autor einer soeben erschienenen Kersten-Biographie*, einen plausiblen Grund anzugeben: Kersten sei nicht nur allein in der Lage gewesen, Himmler von seinen Schmerzen zu befreien, er habe es auch verstanden, auf die „Eigenheiten seines Patienten" einzugehen. Schreibt Besgen: „In den noch erhaltenen Briefen Kerstens an Himmler muß er diesen als *großen Germanenführer* apostrophieren, an sein *germanisches Herz* appellieren ... Der Arzt Kersten wußte auch, wann er den Menschen Himmler ansprechen konnte."



Masseur Kersten (r.), Prinz Bernhard der Niederlande (1950): Jeder Griff ein Leben

Ansprechbar war Himmler, dem der Geist Heinrich des Voglers im Traum Ratschläge zur Ostkolonisation erteilte, nämlich nur dann, wenn er von Krämpfen heimgesucht wurde. Verzeichnete Kersten in seinem Tagebuch: „Wenn Himmler sich wohl fühlte, war nichts von ihm zu erlangen."

Nach und nach wurde Kersten nicht nur Himmlers „magischer Buddha, der durch Massage alles heilt", sondern auch einzig wahrer Vertrauter des großdeutschen Polizeichefs. Das Tagebuch, in dem der Masseur seine Gespräche mit Himmler notierte und auf das sich Besgen bei seiner — von Kersten autorisierten — Darstellung weitgehend stützt, liefert denn auch manchen wertvollen Hinweis, wie es um die Seele dieses „Massenmörders am Schreibtisch" bestellt war.

Himmler, erklärt Kersten, sei viel zu sensibel gewesen, als daß er jemals selbst einen KZ-Häftling hätte erschießen können. Zum Beweis dessen zitiert er eine Plauderei bei Möhreneintopf mit Schweinefleisch, in der Himmler — „weich wie Butter" — die Jagd als „reines Morden" bezeichnet und dem passionierten Jäger Kersten entgegenhält: „Wie können Sie nur ein Vergnügen daran haben, auf diese armen Tiere, die so unschuldig, wehrlos und ahnungslos am Waldrand äsen, aus dem Hinterhalt zu schießen?"

Eine zweite Jagdplauderei beendet Himmler gar mit dem Lob buddhistischer Mönche, die, wenn sie abends durch den Wald gehen, „ein Glöcklein bei sich tragen, um die Tiere zum Ausweichen zu veranlassen". Schreibt Besgen: „Himmler findet das wunderbar und ist erbost, daß bei uns auf jeder Schnecke herumgetrampelt wird. Nach dem Kriege sollen die Kinder systematisch zur Liebe zum Tier erzogen werden. Dem Tierschutzverein würde er die größten polizeilichen Befugnisse geben."

Sorgfältig registrierte Kersten nicht nur jede Äußerung Himmlers zur aktuellen Politik, er notierte auch die Wach- und Wunschträume des SS-Diktators, aus denen sich ablesen ließ, was die Welt nach einem deutschen Sieg erwartet hätte. Erste Friedenshandlung, schwärmte Paladin Himmler über einen Plan seines Führers, werde die Gründung des Staates Burgund sein. „Die Grenzen würden die früheren burgundischen Lande umschließen, im Norden das Artois, den Hennegau und Luxemburg, Französisch-Lothringen, die Franche-Comté, im Süden die Dauphiné und die Provence. Dazu kämen die Picardie mit Amiens, die Champagne mit Reims und Troyes. Als Hauptstadt waren Reims oder Dijon vorgesehen ... Dem Restfrankreich wollte man den Namen ‚Gallien' geben."

Im Dezember 1940 entwickelte er vor Kersten seine Vorstellungen über „Frauenschulen für Weisheit und Kultur", gedacht für weibliche Wesen von „hohen Geistesgaben, vollendeter Anmut und Körperbeschaffenheit sowie ausgesprochen germanischem Aussehen". Die Schülerinnen sollten nicht nur das Kochen, sondern auch Konversation, Pistolenschießen und Schachspiel üben und nach bestandenem Examen mit dem Titel „Hohe Frau" ausgezeichnet werden.

Die Produkte dieser germanischen Weisheitsschulen hatte der von Magenkrämpfen geplagte Himmler allen NSDAP-Funktionären zugedacht, deren hausbackene Ehefrauen zum Repräsentieren ungeeignet waren: „Die hohen Parteiführer suchen sich eine der ‚Hohen Frauen' aus, die alten Frauen sollen ‚in Ehren' von ihren Männern scheiden und erhalten eine Staatspension."

Für die Helden des Krieges arbeitete Himmler im Auftrage Hitlers gleich zwei Pläne aus, die ihnen Lust, dem Reich aber den dringend erwünschten heldischen Nachwuchs verhießen:

▷ Träger des Deutschen Kreuzes in Gold und Ritterkreuzträger sollten nach dem Kriege durch Einführung der legalen Bigamie — „Die derzeitigen Ehegesetze sind ein satanisches Werk der katholischen Kirche" — die Möglichkeit erhalten, Doppelehen zu führen;

▷ minder dekorierten Kriegern waren „Ehrenhäuser der Liebe" zugedacht, in denen „die besten und schönsten Frauen Deutschlands" ihrer harren sollten. Himmler: „Die daraus entstehenden Folgen übernimmt der Staat. So werden wir Millionen von Menschen bekommen, die sonst niemals geboren werden."

Auf Kerstens Liegebett ausgestreckt und ganz den schmerzlindernden Massagegriffen des kunstfertigen, in chinesischen Praktiken der manuellen Therapie geschulten Finnen hingegeben, plauderte Himmler eines Tages auch über das Schicksal, das der deutschen Aristokratie nach dem Sieg zugedacht war. Die Fürsten — „nicht viel besser als die Juden" — sollten von Reichspropagandaminister Goebbels als Spione, Landesverräter oder Sittlichkeitsverbrecher angeprangert und danach vom Volksgerichtshof zum Tod durch den Strang verurteilt werden.

In einer Konferenz mit Himmler hatte Goebbels sogar schon den Ort für die öffentliche Hinrichtung bestimmt: den Lustgarten in Berlin. Träumte Goebbels: „Die Fürsten sollten zu Fuß die Straße Unter den Linden entlanggeführt werden. Dabei würde die Arbeitsfront die Menschenmassen stellen, die am Wege stehen, die Fürsten bespucken und so die Volkswut zum Ausdruck bringen."

Da Himmler seinem Leibarzt nachgerade alles anvertraute und ihn zudem anderen Parteifunktionären empfahl, kann Kersten-Biograph Besgen

* Achim Besgen: „Der stille Befehl. Medizinalrat Kersten, Himmler und das Dritte Reich." Nymphenburger Verlagshandlung, München; 208 Seiten; 14,80 Mark.



Ermüdung am Steuer?

Jeder Kraftfahrer hat das schon erlebt!

Stundenlang haben Sie hinter dem Steuer gesessen. Plötzlich ist die Müdigkeit da, der tote Punkt! Sie sind abgespannt, Sie spüren, wie Ihre Konzentration nachläßt.

„hohes C" gegen Ermüdung am Steuer!

Wie zahllose Kraftfahrer sollten auch Sie vor Antritt der Fahrt und auch in den Pausen für Vitamin C-Erfrischung sorgen. Denn das natürliche Vitamin C fördert nachhaltig Aufmerksamkeit und Konzentration hinter dem Steuer, nachhaltiger als alle Aufputschungsmittel. In der Kombination von Vitamin C und P in „hohes C" liegt seine besondere Wirksamkeit.

Fragen Sie Ihren Arzt nach „hohes C"!

In klinischen Untersuchungen wurde festgestellt, daß sich die flüssige Apfelsine „hohes C" besonders gut als nachhaltige Auffrischung der Vitamin C-Reserven im Blut eignet. Der Vitamingehalt von „hohes C" geht sofort ins Blut. Noch nach Stunden fühlen Sie sich frisch. Jeder Kraftfahrer weiß, wie wichtig das für ihn ist. Es ist die erste Voraussetzung für Sicherheit am Steuer.

Mit „hohes C" über den toten Punkt – Durch „hohes C" Sicherheit am Steuer!

Garantie

Wir garantieren Ihnen:

- Alle natürlichen Vitamine, Spurenelemente und Wirkstoffe von 4 Pfund Florida-Orangen sind in jeder Flasche „hohes C" (0,7 l). Es werden nur vollreif gepflückte, handausgelesene Orangen verwendet, ohne Schalen zu Saft gepreßt, konzentriert, tiefgekühlt und wieder auf ursprüngliche Saftstärke gebracht.
- Jede 0,7-l-Flasche „hohes C" mit dem garantiert hohen Gehalt an Vitamin C (ca. 280 mg), Vitamin P (ca. 185 mg), mit Provitamin A und den Vitaminen B_1, B_2 und B_6 im natürlichen Nährstoffmilieu der Orange.
- „hohes C" ist ohne Zuckerzusatz, ohne jegliche Konservierungsmittel und Farbstoffe steril abgefüllt.



C 399

auch intimste Geheimnisse über Hitler, Hess und Robert Ley erzählen. Von Gallenkoliken, Magenkrämpfen und Impotenz geplagt, bat Führer-Stellvertreter Rudolf Hess Anfang 1940 um den Besuch des Wunder-Masseurs und gab sich als Anhänger des Magnetiseurs Mesmer zu erkennen: „Als Kersten einmal zu ihm kam, lag er im Bett. Fünfzig Zentimeter über seinem Körper hing ein großer, an der Zimmerdecke befestigter ‚Automagnet'. Im Flüsterton sagte er zu Kersten, er mache gerade eine magnetische Kur. Diese bestand nun darin, daß unter dem Bett von Hess zwölf starke Magneten lagen und über ihm ein Magnet hing. Ihre Aufgabe sollte es sein, alle schädlichen Stoffe aus dem Körper zu ziehen."

Arbeitsfront-Chef Robert Ley — „Es ist schön, daß Sie einem einfachen Arbeiter helfen wollen" — fand Medizinalrat Kersten in anderem Zustand vor: „Betrunken auf seinem Bett sitzend", bedachte der leberkranke Ley seine Frau mit unflätigen Bemerkungen. Frau Ley zu Kersten: „Ich habe keinen Mann geheiratet, sondern ein wildes Tier."

Für das Verständnis Hitlers schließlich ist eine Notiz vom 19. Dezember wichtig, in der das „größte Staatsgeheimnis des Dritten Reiches" festgehalten ist: Himmler zeigt Kersten die Krankheitsgeschichte Hitlers.

Berichtet Besgen: „Kersten ... stellt beim ersten Durchblättern fest, daß sie 26 Seiten umfaßt. Offensichtlich ist das Krankheitsblatt Hitlers aus der Zeit, in der er blind in Pasewalk lag, benutzt worden. Von dieser Zeit geht der Bericht aus und stellt fest, daß Hitler sich als junger Soldat im Felde eine Syphilisinfektion zugezogen habe, die schlecht behandelt worden sei und sich auf die Augen gelegt habe, so daß zeitweilig sogar Erblindungsgefahr bestand. Man kurierte Hitler in Pasewalk aus und entließ ihn dann als geheilt. Aber im Jahre 1937 traten Symptome auf, aus denen man schließen konnte, daß die syphilitische Erkrankung ihr unheimliches Zerstörungswerk fortgesetzt hatte. Und im Jahre 1942 hätten sich, so lautet der Bericht weiter, Erscheinungen von einer Art gezeigt, daß man nicht daran zweifeln könne, Hitler leide an progressiver Paralyse."

Der Kunst des Schreibens weniger mächtig als Masseur Kersten seiner Wunderfinger, erzählt Kersten-Biograph Achim Besgen, der als katholischer Priester am Gymnasium zu Waldniel am Niederrhein Religion und Geschichte lehrt, diese NSDAP-Interna ohne die Akribie des Historikers. Selten zitiert er die Tagebücher im Wortlaut, fast immer zieht er die indirekte Rede vor, und zuweilen weiß der Leser nicht zu unterscheiden, ob Besgen aus den Tagebüchern oder aus anderen Quellen geschöpft hat.

Der Verlag erklärte denn auch, ursprünglich habe er die Tagebücher Kerstens im vollen Wortlaut veröffentlichen wollen*, sei jedoch von Kersten abschlägig beschieden und an Achim Besgen verwiesen worden. Pfarrer Besgen habe Kersten bei einem gemeinsamen Urlaub auf Bühlerhöhe kennengelernt und für den Masseur des Teufels schließlich die Rolle gespielt, die Kersten bei Himmler übernahm: die Rolle des Beichtvaters.

Den Interessen der Kirche wird der Bericht des Pfarrers Achim Besgen vom Niederrhein denn auch eher gerecht als den Anforderungen der zeitgenössischen Forschung. Schreibt Besgen: „Himmler verlangte von Kersten die Liste mit den siebenundzwanzig (katholischen) Häftlingen und unterschrieb sie, ohne sie genau durchzulesen. Und jetzt spricht Kersten in die entstehende Stille hinein: ‚Ich glaube, daß die Stunde kommen könnte, wo Sie glücklich wären,



Massierter **Himmler**
Doppelehe für die Helden der Nation

wenn ein Priester Sie an die Hand nehmen würde und zu Ihnen sagte: ‚Komm, Heinrich, ich führe Dich jetzt zu Deinem allmächtigen himmlischen Vater und in Deine Kirche zurück, es wird Dir verziehen.' Da sieht Himmler Kersten starr an mit Tränen in den Augen und spricht: ‚Mein Gott, die Kirche ist stärker als der Führer, sie wird länger bestehen als wir. Wir hätten die Kirche nicht angreifen dürfen. Wenn ich tot bin, mögen diese Geistlichen für meine Seele beten!'"

* Auszüge davon erschienen 1952 unter dem Titel „Totenkopf und Treue" im Hamburger Robert Mölich Verlag.

PRESSE

NEUE BILDPOST

Auf krummen Zeilen

Die „Trommelsignale eines Revolverblattes" — so die katholische „Allgemeine Sonntagszeitung" in Würzburg — riefen kürzlich den katholischen Bischof von Berlin, Julius Kardinal Döpfner, auf den Plan: Der Kirchenfürst sah sich genötigt, den nach Kriegsende in der Bundesrepublik heimisch

gewordenen Typ der Bildzeitung scharf zu kritisieren.

Bildzeitungen, so definierte der Oberhirte, seien Publikationen, „die das Leben in kleine, nicht selten zersetzende Sensationen zerhacken und den Leser eher verwirren, statt ihm hilfreiche Übersicht zu verschaffen".

Die Rüge des Kardinals galt freilich nicht, wie man annehmen mochte, der Sensationsmeldungen keineswegs abholden „Bild"-Zeitung des Hamburger Verlegers Axel Springer, sondern einer Bildzeitung katholischer Provenienz. Die „Allgemeine Sonntagszeitung" — sie erfreut sich der Protektion des Kardinals, der früher in Würzburg residierte — nannte das Blatt des Anstoßes alsbald beim Namen: Es handelt sich um die „Neue Bildpost", ein wöchentlich erscheinendes Groschenblatt, das in der 2150-Seelen-Gemeinde Bödefeld im Sauerland mit einer „Auflage über 300 000" gedruckt wird. Verlagsankündigung: „In Kürze . . . 400 000 Exemplare".

Charakterisierte die „Allgemeine Sonntagszeitung" das ihr im Glauben verbundene Bödefelder Blatt: „Auf vier Seiten wird ... dem Leser das Hackfleisch von 30 Artikeln und Artikelchen, garniert mit elf Bildern, 46 mehr oder weniger schreienden Überschriften und elf Anzeigen zum Augenschmaus dargeboten."

Die Beiträge im „Kampfblatt der deutschen Katholiken" und „Führungsorgan katholischer Publizistik" — diese Prädikate hat sich die „Neue Bildpost" selbst zugelegt — nehmen sich in der Tat recht seltsam aus. Christlicher Geist soll hier etwa in folgenden Schlagzeilen spürbar werden: „Am Anfang stand der Ehebruch", „Manche Mädchen rechnen sofort mit zwei Ehemännern", „Fernsehtote zum Abendbrot" und „Ehemörderin: Schwiegermutter". Ein Artikel über die Filmbranche wurde drastisch mit „Hollywood soll seinen Schweinestall säubern", eine Reportage über Showgirls mit „Auf Satans Laufsteg" überschrieben. Eine Wallfahrtsgeschichte heißt bündig: „Revolver für (die Muttergottes) Maria".

Den Unwillen der „Allgemeinen Sonntagszeitung" hatte die „Neue Bildpost" jedoch vor allem durch ihren Bericht über eine Sendung des Deutschen Fernsehens erregt, dessen überdimensionale Überschrift lautete: „Schamlose Ungeheuerlichkeit — Hexenschuß des Deutschen Fernsehens — Bildschirme erbrachen eklige Scheußlichkeit". Diesen plastischen Formulierungen entsprach denn auch der Inhalt des Artikels, von dem die „Allgemeine Sonntagszeitung" verriet: „In diesem Artikel wird nicht versäumt, zu bebender Entrüstung pikante Einzelheiten aus der angeprangerten Komödie zu servieren."

Tatsächlich gab das katholische Führungsorgan unter dem Motto „Sie bringen einem das Bordell ins Haus" eine sehr delikate Rezension der Fernsehkomödie „Hexenschuß" von Marie und Ladislaus Bush-Fekete. Der „Bildpost"-Leser, dem das Blatt zumeist an der Kirchentür und noch dazu von Kindern in die Hand gedrückt wird, kam auf seine Kosten: Was er in Ermangelung eines Fernsehgerätes — die „Neue Bild-

post" wird vor allem auch im Katholischen Alten- und Invalidenwerk vertrieben — entbehren mußte, bot ihm das Blatt mittels einer detaillierten Inhaltsangabe der Fernsehsendung.

Erzählte die „Neue Bildpost" von einem „kinderlosen Weibchen" aus dem Fernsehstück: „Sie übersieht bewußt das seit Jahren bestehende, intime Verhältnis ihres Mannes (eines Schriftstellers) zu einer ebenso jungen wie dreisten Konkubine, die sich in einem widerlichen Sex darbietet." Dann folgt „noch mehr Sex bis zum Erbrechen", bis die „Neue Bildpost" schließlich die Luststeigerung auf dem Bildschirm mit einer Stufenrakete vergleicht und „Schoß-, Kuß- und Bärenfell-Szenen vor dem Kamin" zitiert.

Am Schluß der Sendung — so wird weiter berichtet — will der Fernsehspieler die Dame auf den Armen forttragen („Neue Bildpost": „Bestimmt nicht in die Badewanne"), wird jedoch an der „Vollendung des ‚dritten Aktes'" infolge Hexenschusses gehindert.

Verspielt-amouröse Geschichten dieser Art werden in dem sauerländischen Bödefeld durchaus nicht nur von Laien, sondern auch mit geistlichem Beistand in Druck gegeben: Den Chefredakteur Gerhard Gierse, der einer Zwei-Mann-Redaktion vorsteht, stützen als Herausgeber der Bochumer Prälat Dr. Ludwig Reinold und der Gelsenkirchener Caritas-Direktor Dr. phil. Dr. theol. Heinrich Werth.

Welch seltsamer Ehrgeiz dieses Triumvirat beflügelt, wurde sichtbar, als sich der Bundestag Ende des vergangenen Jahres mit der Neufassung des Paragraphen 41 a der Gewerbeordnung — Aufstellung von Automaten — befaßte. „Neue Bildpost" nannte das parlamentarische Abstimmungsergebnis



„Bildpost"-Chefredakteur Gierse
Zu bebender Entrüstung ...

— nach dem gewisse Automaten künftig lediglich aus dem Straßenbild entfernt, nicht aber verboten werden sollen — schlicht „Sch(m)utzmittel-Skandal".

Wegen dieses Skandals interviewte die „Neue Bildpost" sogleich eine christdemokratische Bundestagsabgeordnete, Frau Dr. Maria Pannhoff aus Ahlen. Die Volksvertreterin gestand naiv: „Manche unserer Abgeordneten wußten gar nicht, worum es sich handelte." „Neue Bildpost": „Schlimm, schlimmer, am schlimmsten!" Empörte sich eine Leserin: „Im Namen vieler Frauen muß ich Ihnen sagen, daß wir nicht mehr gewillt sind zu schweigen."

Auch die „Allgemeine Sonntagszeitung" war nach solchen journalistischen Bravourstückchen eines Bruderblatts nicht mehr zu schweigen gewillt. Sie gab ihren Lesern zu verstehen, daß man die Bödefelder Zeitung am besten „in den Ofen schieben" solle.

Die Bödefelder spielten daraufhin einen Trumpf besonderer Art wider die Würzburger aus: „Dürfen wir Euch mitteilen", so schrieben sie in einem offenen Brief an die Kollegen des „Allgemeinen Sonntagsblatts", „daß wir selbst auf unsere Bitte vom Berliner Bischof empfangen wurden, ihm von unserer Arbeit erzählen durften und von ihm, ohne daß wir darum zu bitten gewagt hatten, den Segen für unsere Arbeit bekommen haben!"

Zu diesem Zeitpunkt der Kontroverse zwischen zwei katholischen Zeitungen hielt Kardinal Döpfner ein aufklärendes Wort für angebracht. Er sandte dem Chefredakteur der „Allgemeinen Sonntagszeitung" einen Brief („Lieber Herr Neisinger"), in dem er die Audienz der „Bildpost"-Redakteure, die in der Tat stattgefunden hatte, mit dem Satz kennzeichnete: „Zum Abschluß präzisierte ich den Sinn der Aussprache ausdrücklich dahingehend, daß ich die Auffassungen meiner Besucher nur zur Kenntnis nähme."

Ungeachtet dieser Schlappe im Wettbewerb um die Gunst des höheren Klerus beharrte die „Neue Bildpost" weiterhin auf ihrer Linie. Mit dem Mut der Verzweiflung begegneten die christlichen Sauerland-Journalisten den in letzter Zeit immer zahlreicher werdenden Anwürfen gegen ihr Blatt. So teilten sie ihren Lesern eigens mit, der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Schmitt aus Vockenhausen nenne die „Neue Bildpost" wegen ihrer seltsamen „Hexenschuß"-Fernsehkritik den „Stürmer der Katholiken."

Die Bödefelder Zeitungsmacher kommentieren diesen wenig schmeichelhaften Vergleich mit der Hetzzeitschrift des Hitler-Paladins Julius Streicher: „‚Neue Bildpost' fühlt sich ob dieses Ausbruches eines SPD-Genossen im Hohen Hause des Bundestags geehrt."

Nach dieser Offenbarung erschien der „Allgemeinen Sonntagszeitung" die Daseinsberechtigung des Bödefelder Massenblatts sehr fraglich — es sei denn, „Gott könne auch auf krummen Zeilen gerade schreiben". An dieser Möglichkeit zweifelt freilich auch der gestrenge Kardinal Döpfner: Er hält die „bewußte Beobachtung" der „Neuen Bildpost" in Zukunft für angebracht.



Schamlose Ungeheuerlichkeit / Hexenschuß des Deutschen Fernsehens

Bildschirme erbrachen eklige Scheußlichkeit

HEUTE LESEN SIE:
- Eintagsfliegen erstürmen den Himmel
- Menagerie der Narren
- Die Paläste der Bonzen
- Der Mann ist geschieden

Eine einzige Zote

Bildpost

WOCHENZEITUNG FÜR JEDERMANN

Auf dem Hirtenhorn

Sie sagten, er habe das »Zweite Gesicht«

Schleier später

Nach Flitterwochen zum Altar

... pikante Einzelheiten: „Bildpost"-Ausgabe vom 24. Januar 1960

dralon

„Der Anzug is' 'ne Wolke, was?" — „Jawohl, mein Sohn, das ist 'Dralon'!"

'Dralon' — ideal für große und kleine vielbeschäftigte Männer, die ihre Kleidung nicht schonen und doch immer „in Schale" sein wollen: formbeständig, Bügelfalten halten auch bei Regen, Flecke sind mühelos zu entfernen. Alle Kleidung aus 'Dralon' ist so wundervoll leicht!

Experten auf dem Gebiet der Kleidung . . .

Auch der Junge strahlt: Das ist ein Anzug, genauso prima wie der von Vater. Ja, so elegant wie Vater will der kleine Schlingel später auch sein. Bis dahin wird er längst wissen, daß nur höchste Qualität dauerhafte Eleganz sichert. Und das Zeichen dafür? Natürlich das 'Dralon'-Etikett. Sieht man es beim Kauf an einem Anzug, kann man sich wirklich beruhigt sagen:

Greif zu – es ist 'Dralon'

dralon®



'Dralon' ist Bayer-Qualität

Pan American ermäßigt Frachtsätze nach den USA bis zu 38%



Jetzt kostet es weniger als je zuvor, die verschiedensten Waren mit Düsen-Clippern* über den Atlantik zu befördern.
Was auch immer Sie nach den USA exportieren, durch die neuen, niedrigen Luftfrachtsätze der Pan American sparen Sie Geld. Die neuen Frachtsätze gelten für Hunderte von Waren.
Schnellerer, häufigerer Luftfrachtdienst ...
Größere Tragfähigkeit!
Sollen Ihre Waren schon morgen in den USA sein? Düsen-Clipper der Pan American liefern sie über Nacht dorthin - direkt von Europa auf den US-Markt. Außer den Düsen-Clippern, die 5 Tonnen Fracht befördern können, bietet Pan American jetzt auch den DC 7C-Fracht-Clipper, das neueste Spezial-Frachtflugzeug mit Kolbenmotoren. Nähere Informationen erteilt Ihnen gerne Ihr Luftfrachtspediteur oder das nächstgelegene Pan American-Büro.

Einige Beispiele:

Autozubehörteile
Landwirtschaftliche Maschinen
Künstliche Blumen
Keramische Erzeugnisse · Glaswaren
Elektrische Rechenmaschinen
Elektrische Haushaltsmaschinen
Lebensmittel
Lederwaren
Zeitschriften · Zeitungen
Bücher
Optische Erzeugnisse · Mikroskope
Photographische Erzeugnisse
Musikinstrumente
Schallplatten
Wissenschaftliche Präzisionsinstrumente
Spielsachen · Sportartikel

PAN AMERICAN CLIPPER CARGO

Schnellster Luftfrachtdienst in alle Welt

* Trade Mark, Reg. U. S. Pat. Off.

ABRÜSTUNG

Der neuseeländische Premier Walter Nash schockierte kürzlich als Gast Chruschtschows die westlichen Diplomaten in Moskau. Auf die Frage eines Sowjetjournalisten, ob er die Abrüstungswünsche der Westmächte für aufrichtig halte, erwiderte Nash: „Ich habe vor kurzem mit zweien der Männer gesprochen, die den Westen bei der Gipfelkonferenz vertreten werden. Ich kann sagen, daß *einer* von ihnen aufrichtig eine allgemeine Abrüstung wünscht." Da Nash in letzter Zeit sowohl Washington als auch Paris und London besuchte, grübeln Moskaus westliche Diplomaten, welchen der „Großen Drei" des Westens Nash als aufrichtig bezeichnen wollte.

BOYKOTT

Ärger mit Cleopatra

Mit großen Spruch-Plakaten — „Freiheit ist keine Einbahnstraße" — trotteten am 13. April einige Streikposten der amerikanischen Internationalen Seemannsgewerkschaft zum Pier 16 am New Yorker East River.

Der bullige Seemannsboß Paul Hall erzwang damit, was Dwight D. Eisenhower in sieben Präsidentenjahren zu verhindern gesucht hatte: die Verstrickung der USA in den arabisch-israelischen Konflikt, der als Wirtschaftskrieg weiterschwelt, seit an den Grenzen Palästinas die Waffen schweigen.

Schimpfte James W. Fulbright, demokratischer Senator aus Arkansas und Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses: „Eine pro-israelische Interessengruppe lähmt die Außenpolitik der Vereinigten Staaten." Aus Herters bestürztem Außenministerium klang es ähnlich: „Eine private Gruppe ... sucht durch öffentlichen Druck die Politik eines fremden Staates zu ändern." Dieser Staat war Nassers Vereinigte Arabische Republik (VAR).

Als Nasser wütend mit Gegenmaßnahmen drohte, konstatierte die Londoner „Times" besorgt: „Der Schneeball von Boykott und Gegenboykott, den die Ägypter ins Rollen brachten, als sie den Suez-Kanal für israelische Frachten sperrten, hat jetzt ein gefährliches Ausmaß erreicht."

Am Pier 16 in New York hatte an jenem 13. April der 8000-Tonnen-Frachter „Cleopatra" der ägyptischen „Khedivial Mail Line" festgemacht. Die Sailor-Streikposten, von der Gewerkschaft der Hafenarbeiter kollegial unterstützt, boykottierten jedoch die Entladung des Schiffes und tun es heute noch. Eine Klage der ägyptischen Reederei gegen die beiden Gewerkschaften hatte bei den New Yorker Gerichten keinen Erfolg. Richter Thomas F. Murphy entschied, es handele sich um einen „Arbeitsdisput", über den er nicht zu befinden habe.

Nassers Botschaft in Washington protestierte: „Ein zionistisches Komplott", während Gewerkschaftsboß Hall dem VAR-Staatschef telegraphisch vorwarf, die Freiheit der Meere zu sabotieren und braven amerikanischen Seeleuten ihren Job zu stehlen.

In der Tat war der Zorn der amerikanischen Gewerkschaften durch den unterirdischen Wirtschaftskrieg erregt worden, den das unter den Fittichen der Arabischen Liga operierende Boykott-Büro in Damaskus seit neun Jahren gegen Israel führt. Auf den „schwarzen Listen" des Boykott-Büros stehen 228 Schiffe, darunter 62 amerikanische, die in israelischer Charter gefahren sind, israelische Häfen angelaufen oder jüdische Einwanderer nach Palästina transportiert haben. 178 weitere Schiffe wurden von den arabischen Boykott-Funktionären in einer „grauen Liste" notiert.

Den „schwarzen" Schiffen sind sämtliche arabischen Häfen verschlossen.



Streikposten am East River: Den Kanal für die Juden

„Graue" Schiffe dürfen zwar einlaufen, aber keine Ladung löschen; sie werden nur mit Wasser und Nahrungsmitteln versorgt. Grinste Mohammed Mahdschub, der stellvertretende Direktor der Boykott-Organisation, die in allen Ländern ihre Agenten hat: „Wir sind mit den erzielten Fortschritten sehr zufrieden."

Bereits seit 1948 hat Ägypten den Suez-Kanal für israelische Schiffe gesperrt. Artikel 10 der Kanalkonvention von 1888 bietet dazu die juristische Handhabe; er gestattet der Regierung in Kairo, „in Kriegszeiten" am Suez-Kanal alle für die Sicherheit Ägyptens erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn herrscht — völkerrechtlich betrachtet — nach wie vor Krieg, den nur ein von der Uno besiegelter Waffenstillstand de facto beendete.

Im März 1959 verschärfte Nasser, alle Uno-Beschlüsse mißachtend, seine Kanal-Blockade. Sie traf nun auch jedes Schiff unter fremder Flagge, das israelische Fracht an Bord hatte, denn das von ihm als „Speerspitze des Imperialismus" verfluchte Israel begann, sich in Afrika wirtschaftlich zu etablieren.

Am 9. März 1959 beschlagnahmten die VAR-Behörden eine Ladung israelischer Waren an Bord des Liberia-Frachters „Capetan Manoles". Am 17. März erlitt der deutsche Frachter „Lealott" das gleiche Schicksal. Vom 21. Mai 1959 bis zum 16. Februar 1960 lag das dänische Frachtschiff „Inge Toft" in Port Said an der Kette, bis sein Kapitän sich bereit erklärte, die für Japan bestimmte Ladung israelischen Zements zu löschen. Den Erlös kassierte die VAR-Regierung als Kriegsbeute.

Die arabische Kanal-Piraterie empörte die seefahrenden Mächte. Uno-Generalsekretär Hammarskjöld reiste nach Kairo und verhandelte mit Nasser. Ein ungeschriebenes Gentlemen's Agreement kam zustande, das Israels Außenminister, Frau Golda Meir, vor kurzem enthüllte:

▷ Die VAR-Behörden sollten alle israelischen Frachten an Bord nicht-israelischer Schiffe passieren lassen, sofern sie bereits Eigentum des Käufers waren.

▷ Die Weltbank gewährte dem Nasser-Regime eine Anleihe in Höhe von 56,5 Millionen US-Dollar zum Ausbau des Suez-Kanals.

Der griechische Frachter „Astypalea" wurde dazu ausersehen, dieses „diskrete Übereinkommen" („New York Times") zu testen. Das Schiff hatte 400 Tonnen israelischen Zement geladen, den eine Firma im äthiopischen Asmara gekauft hatte. Die „Astypalea" lief am 18. Dezember 1959 in Port Said ein und lag dort bis zum 9. April 1960 fest. Dann verließ sie den ägyptischen Kanalhafen ohne ihre israelische Zementladung, die wiederum Nassers Kriegsbeute wurde.

Grollte Hammarskjöld: Die Beschlagnahme verstoße gegen die Prinzipien der Vereinten Nationen. Nasser schoß giftig zurück: Er habe niemals dem Transport israelischer Waren auf nichtisraelischen Schiffen durch den Suez-Kanal zugestimmt. Vor den Fernsehkameras deklamierte der VAR-Chef: „Wir betrachten das gesamte Eigentum Israels als Eigentum jener Araber, die ihren Besitz in Palästina verloren haben." Vertraulich ließ er wissen, die Geheimhaltung des

Gentlemen's Agreement sei nicht gewahrt worden.

Drei Tage nach dem „Astypalea"-Zwischenfall marschierten die Streikposten der amerikanischen Seemannsgewerkschaft zum East River. Der „Cleopatra"-Boykott, den die großen Zeitungen New Yorks zunächst nur auf ihren Schiffahrtsseiten registrierten, verursachte in Kairo ungewöhnlich große Schlagzeilen. Das ägyptische Regierungsblatt „Ahram" attackierte den amerikanischen Präsidenten, weil er die renitenten Hafenarbeiter nicht mit einem Machtwort zur Ordnung rufe. US - Geschäftsträger Norbert Anschütz wurde zum Rapport ins VAR-Außenministerium beordert, und auch Staatschef Nasser dröhnte, Eisenhower sei „zu schlapp" und kümmere sich „nur um die Interessen Israels".

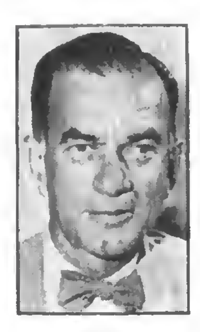

Douglas

Berichtete der Korrespondent der Züricher „Tat" aus Kairo: „Es ist im Augenblick . . . unmöglich, selbst einem gebildeten Araber klarzumachen, daß die amerikanische Verfassung solche präsidentiellen Eigenmächtigkeiten nicht vorsieht."

Auf einer hastig einberufenen Delegiertenkonferenz rüsteten die — von Nasser mobilisierten — arabischen Gewerkschaften zum Gegenschlag. Im Namen ihrer zwei Millionen Mitglieder richteten sie ein Ultimatum nach New York, und einer ihrer Spitzenfunktionäre prahlte: „Wenn sie (die New Yorker Hafenarbeiter) die ‚Cleopatra' nicht binnen einer Woche entladen, werden wir in allen arabischen Häfen amerikanische Schiffe boykottieren."

Die Woche verging. Am 29. April um Mitternacht begann die arabische Vergeltung, der „Boykott gegen den Boykott des Boykotts" („Frankfurter Allgemeine"). Sein erstes Opfer wurde der amerikanische Frachter „Sir John Franklin" in Port Said. „Geht zu Ben-Gurion!", kelften die ägyptischen Hafenarbeiter. „Der Suez-Kanal ist nicht für Juden bestimmt."

Seitdem werden in 21 arabischen Häfen zwischen dem Persischen Golf und dem Atlantik keine US-Schiffe mehr abgefertigt. Auch den amerikanischen Fluggesellschaften drohte die Föderation Arabischer Gewerkschaften mit Boykott. Der Libanon, der Sudan und der Jemen, ja selbst Jordanien, der Irak, Tunesien, Libyen und Marokko erklärten sich mit Nassers Kraftprobe solidarisch. Das Echo aus Saudi-Arabien und Kuwait klang zweideutig; die beiden Staaten wünschen keine Störung ihres Ölgeschäfts.


Fulbright

Der von Nasser dirigierte Boykott trifft über 700 amerikanische Schiffe, die Jahr für Jahr arabische Häfen anlaufen und dort etwa 430 000 Tonnen Lebensmittel und Industrieerzeugnisse umschlagen. Er trifft aber auch die

Araber selbst, denn er unterbricht die amerikanische Auslandshilfe. Hilfslieferungen werden laut US-Gesetz nur von amerikanischen Schiffen befördert.

In das Auslandshilfe-Gesetz fügte der amerikanische Senat in der vergangenen Woche eine wichtige Klausel ein. Sie ermächtigt den Präsidenten, jedes Land von der Auslandshilfe auszuschließen, das gegen einen anderen Empfänger amerikanischer Hilfe Wirtschaftskrieg führt oder den Verkehr auf internationalen Wasserstraßen behindert. Die 49,4 Millionen Dollar für Nasser wurden vom Senat gestrichen.

Triumphierte Senator Paul H. Douglas, der Initiator der Ermächtigung, gegen die das State Department aus Sorge um seine mühsam ausbalancierte Nahost-Politik vergebens opponierte: „Das richtet sich eindeutig gegen die Vereinigte Arabische Republik." Sein Gegenspieler und Parteifreund Fulbright aber fauchte: „Das dient nur dazu, örtliche politische Vorteile zu erlangen."

Das amerikanische Pro und Contra in Sachen „Cleopatra" bliebe nämlich unverständlich, wenn es dabei nur um die Sailor-Streikposten ginge, die — inzwischen auch von den skandinavischen Gewerkschaften unterstützt — den VAR-Chef Nasser zur Aufgabe seiner „schwarzen Listen" zwingen wollen. In den USA leben jedoch sechs Millionen Juden, fast dreimal soviel wie in Israel, deren Stimmen im November bei der Präsidentenwahl zählen. Alle demokratischen Präsidentschaftskandidaten billigten deshalb die Douglas-Klausel, die zwar Amerikas arabisches Dilemma nicht lösen kann, wohl aber jüdische Ressentiments befriedigt.

Da Senatoren und Seeleute gemeinsam den „kleinen Vorrat an arabischem Wohlwollen" („Time") verspielten, den Herters Diplomaten angesammelt hatten, resignierte auch Eisenhower. „Ich weiß wirklich nicht, was man tun könnte", erwiderte er einem jüdischen Journalisten, „es sei denn, Sie wünschten in solchen Fällen zur Gewalt zu greifen. Ich bin jedoch sicher, daß *wir* nicht versuchen, internationale Probleme mit Gewalt zu lösen."

Stichelte Englands imperialistischer „Daily Express" schadenfroh: „Wenn Washington uns (während des Suez-Abenteuers) nicht in den Arm gefallen wäre, würde es jetzt keinen arabischen Boykott amerikanischer Schiffe geben."

TÜRKEI

PRESSE-FREIHEIT

Verkleinerter Premier

Der 71jährige Istanbuler Zeitungsherausgeber Ahmet Emin Yalman hat durch seinen Kampf gegen die türkische Zensur demonstriert, wie frivol der entlegenste Mitgliedstaat des Atlantikpaktes jene Präambel des Nato-Vertrages auslegt, die alle Teilnehmer am westlichen Trutzbündnis „auf die Grundsätze der Demokratie, der individuellen Freiheit und der Herrschaft des Rechts" verpflichtet.

„Yalman, Yalman!" schrien die türkischen Studenten, als sie in den vergangenen Tagen zu Zehntausenden durch die Straßen des Landes lärmten und erst vor den Gewehrmündungen der alarmierten Truppen verstummten.

„Yalman, Yalman!" tönte es den Nato-Außenministern entgegen, die sich in der Geisterstadt Istanbul — entleert von allen Straßenpassanten und beherrscht vom Belagerungsrecht — versammelten und über die von Panzerketten aufgerissenen Straßen zu ihrer Vor-Gipfel-Sitzung fuhren.

Ahmet Emin Yalman, Herausgeber der Zeitung „Vatan" (Vaterland), ist in der Tat zu einem Symbol für jene Kräfte geworden, die den seidenen Diktator Adnan Menderes stürzen wollen und bereits so mächtig sind, daß es Ministerpräsident Menderes nach den blutigen Studentenkrawallen in Istanbul vorzog, im sicheren Ankara zu bleiben und die Begrüßung der hohen Nato-Gäste seinem Außenminister Zorlu zu überlassen.



Kavallerie gegen Studenten: Sind Minister heilig?

Der Fall des Verlegers Yalman, wegen Beleidigung des Ministerpräsidenten Menderes zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt und nach gefährlicher Erkrankung freigelassen, wog so schwer, weil sich an ihm ablesen ließ, mit welcher Kaltblütigkeit Menderes seine Kritiker stillegt. Zudem gehört Yalman nicht zu jener aggressiven Pressemeute, deren injuriengewürzte Attacken selbst den verfassungstreuesten britischen Minister zum Zensurstift greifen lassen würden, sondern er gilt als der maßvolle und deshalb besonders einflußreiche Doyen der türkischen Presse.

Gerichtsurteile und Attentate bezeugen den Bekennermut des Presse-Doyen Yalman: Der letzte Osmanen-Sultan vertrieb den jungen Redakteur in die anatolische Einöde, die britischen Schutzherren der Nachkriegs-Türkei schickten ihn auf zwei Jahre ins Zwangsexil nach Malta, und der Türken-Reformer Kemal Atatürk bestrafte den aufsässigen Gefolgsmann mit einem elfjährigen Berufsverbot. 1952 entging Yalman mit knapper Not dem Dolch eines religiösen Fanatikers, der den Europäisierungs-Apostel treffen sollte.

Solche Erlebnisse prägten die Libertät des Journalisten Yalman; sie veranlaßten ihn auch, die Demokratische Partei seines Freundes Adnan Menderes zu unterstützen. An diese Partei, die 1950 durch einen politischen Erdrutsch an die Macht kam, knüpfte Yalman die Hoffnung, sie werde der reglementierten Presse größere Freiheiten sichern als die bisherige Regierungspartei.

Regierungs- und Parteichef Menderes versicherte denn auch wiederholt, er werde die Pressefreiheit nicht nur garantieren, sondern noch erweitern. Paragraph 8 des demokratischen Parteiprogramms erklärte, die Partei erachte es „als ihre höchste Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Regierung nicht im geringsten gegen die Würde des Menschen verstößt". Tatsächlich gab sich die Regierung in den ersten Monaten ihrer Herrschaft betont pressefreundlich; 1950 erließ sie ein Pressegesetz, das die Londoner „Times" noch heute „zu den liberalsten Pressegesetzen der Türkei" rechnet.

Im Sommer 1954 brach jedoch das Bündnis zwischen Presse und Regierung auseinander. Der bald sprichwörtliche Erwerbssinn des Ministerpräsidenten Menderes und die wachsende Korruption innerhalb seiner Regierung provozierten die meisten Zeitungen zu scharfen Attacken gegen Gutsbesitzer Menderes. Während der autokratische Regierungschef eine Wahl nach der anderen gewann, versteifte sich der Widerstand der Presse gegen das, was die Journalisten das neue Sultans-Regime des Demokraten Menderes zu nennen begannen.

Der Türken-Premier war entschlossen, den publizistischen Widerstand zu brechen. Geschickt knüpfte Menderes an die Kritik ausländischer Beobachter an, die wiederholt den rabiaten Ton türkischer Pressekommentare gerügt hatten, und legte ein neues Pressegesetz vor mit der Begründung, die bestehenden türkischen Gesetze würden die Persönlichkeit nicht genügend gegen Beleidigungen schützen.

Die beiden härtesten Paragraphen des neuen Gesetzes bestimmten:

▷ Wer Material „in der Absicht, das finanzielle oder politische Prestige des Staates zu zerstören", veröffentlicht, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren oder mit einer Geldbuße von 4700 Mark bestraft.

▷ Wer „Personen verkleinert, die öffentliche Ämter innehaben", wird zu

einer Gefängnisstrafe von viereinhalb Jahren oder einer Geldstrafe bis zu 7000 Mark verurteilt.

Doch kein Journalist glaubte ernsthaft, daß Menderes der Presse diese juristische Seidenschnur um den Hals legen würde. „Ich glaube nicht, daß unser Parlament ein Gesetz annimmt, das die Minister und Staatsmänner für ebenso heilig hält wie das Vaterland", schrieb der Leitartikler Sedat Simavi, und auch Menderes-Freund Yalman hoffte, der Premier wolle in der Presse nur die offenkundigen Mißstände beseitigen. Dann aber schlug Menderes los und ließ für Illusionen keinen Platz mehr.

Die Hälfte aller türkischen Journalisten wanderte im Laufe weniger Jahre für kurze Zeit ins Gefängnis. „Artikel und Bilder, die der Regierung nicht erwünscht sind, dürfen nicht veröffentlicht werden", forderte Presseminister Haluk Shaman. Wer dagegen verstieß, wurde rücksichtslos vor Gericht gezerrt. Zwischen 1950 und 1958 wurden nach einer Statistik des türkischen Justizministers Budakoglu gegen aufsässige Journalisten 2324 Prozesse geführt, die zur Verurteilung von 811 Zeitungsleuten führten. Die Zahl der verurteilten Journalisten hat sich inzwischen auf 900 erhöht.

Der Herausgeber eines Wochenmagazins, Sahap Balcioglu, wurde zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er den Artikel eines amerikanischen Journalisten abdruckte, der sich über das Menderes-Regime negativ geäußert hatte. Das Oppositionsblatt „Ulus" mußte neunmal sein Erscheinen einstellen, weil es die Regierungspartei kritisiert hatte. Der Zeitung „Yeni Sabah", die Westdeutschland im Zusammenhang mit den antisemitischen Vorfällen kritisiert hatte, wurden die staatlichen Anzeigen entzogen.

Das Recht der Regierung, eine Redaktion zur Veröffentlichung eines amtlichen Dementis an einer ganz bestimmten Stelle der Zeitung zu zwingen, nötigt der Redaktion nahezu stalinistische Selbstbezichtigungen auf. Erklärte eine Redaktion: „Wir sind Lügner! Die Nachricht, die wir gestern veröffentlichten, war falsch." Wer die Dementis nicht an der gewünschten Stelle bringt, muß mit einem mehrwöchigen Publikationsverbot rechnen.

„In unserem Lande wird keineswegs die Freiheit der Kritik beschränkt", bramarbasierte Ministerpräsident Menderes. „Aber wir werden niemals und niemandem die Freiheit geben, die Ehre anderer zu beschmutzen." Türken-Vater Kemal, so echauffierte sich Menderes einmal, sei nur deshalb so früh gestorben, weil „die Presse, die keine Ehre kennt, ihn immer scharf angegriffen hat".

Der Autokrat von Ankara begnügte sich jedoch nicht damit, die Pressefreiheit mit Gesetzesparagraphen zu erdrosseln. Die nonkonformistischen Zeitungen sollten nun auch durch wirtschaftliche Druckmittel ausgeschaltet werden: Die Regierung schuf eine Behörde, die sämtliche staatlichen Anzeigen und einen Teil der privaten Annoncen an die Zeitungen verteilt; zudem sicherte sich die Regierung das Recht, die Papierzuteilungen für die türkische Presse amtlich zu regeln.

So geartete Pressionsmanöver forderten auch den maßvollen Liberalen Yalman zum schärfsten Widerstand gegen die Regierung heraus. Yalman sagte seinem ehemaligen Freund Menderes den Kampf an und beschuldigte ihn, das Land ähnlich zu knebeln wie einst die osmanischen Sultane. Der türkische Presse-Doyen sammelte die Journalisten des Landes zum Generalangriff gegen die Zensoren; von nun an versagte Herausgeber Yalman in seiner Zeitung „Vatan" dem Menderes-Regime jedes gute Wort.



Menderes

Yalmans einziger Sohn war das erste Opfer der Pressefehde des „Vatan"-Chefs; er wurde zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt. Wenige Wochen später — im Herbst vergangenen Jahres — druckte Vater Yalman in seiner Zeitung einen Artikel des amerikanischen „Indianapolis Star" nach, in dem behauptet wurde, der Ministerpräsident beute die US-Wirtschaftshilfe zu seinem politischen Vorteil aus. Kurz darauf stand Ahmet Emin Yalman vor einem Istanbuler Gericht, angeklagt der „Verkleinerung" des Ministerpräsidenten Menderes. Bewußt kompromißlos rechnete Yalman mit den Gegnern der türkischen Pressefreiheit ab.

Seine Anklagereden erreichten ihr Ziel: Das westliche Ausland wurde aufmerksam. Was den 900 Journalisten, die vor Yalman verurteilt worden waren, versagt geblieben war, glückte dem Mann, der einst auf der amerikanischen Columbia-Universität studiert und noch 1919 eine Schutzherrschaft Washingtons über die Türkei propagiert hatte. Das „Internationale Presse-Institut" (IPI), eine Vereinigung von Journalisten aus 43 Staaten, nannte den Fall Yalman daraufhin „einen ernsthaften Angriff auf die Freiheit der Meinungsäußerung"



Häftling Yalman
„Wir sind alle Lügner"

und forderte die Rehabilitierung des Altliberalen.

Empört ließ Menderes seinen Premierminister erwidern, wer als türkischer Staatsbürger weiterhin dem Internationalen Presse-Institut anhänge, sei ein Staatsfeind. Zugleich ließ sich Menderes von einem Gericht eine Einstweilige Verfügung ausstellen, die ihm erlaubte, der türkischen Presse jede Erwähnung des IPI-Appells zu verbieten.

Die wachsende Opposition im In- und Ausland trieb den Premier Menderes zu immer gewagteren Manövern. Zwar sah er sich Ostern genötigt, den kranken Greis Yalman aus dem Kerker zu entlassen, doch zur selben Zeit setzte er im Parlament die Errichtung einer Untersuchungskommission aus Menderes-Demokraten durch, deren willkürliche Entscheidungen — so das Verbot jeglicher politischer Tätigkeit für die Oppositionsparteien — schließlich die Studenten von Istanbul auf die Straße trieben.

Wie groß aber auch im Westen die Entrüstung über den türkischen Diktator sein mag — bisher macht Adnan Menderes keine Miene, der türkischen Demokratie und Presse ein Mindestmaß an Freiheit zuzubilligen.

BELGIEN

MEMOIREN

24 Stunden länger

Im Alter des Memoiren-Schreibens", spottete die katholisch-konservative Brüsseler Zeitung „La Libre Belgique" vor kurzem, „werden die Generale nur denen gefährlich, die im Kriege ihre Freunde waren."

Dieser giftige Satz galt dem früheren Adjutanten und militärischen Ratgeber König Leopolds III. im Zweiten Weltkrieg, General van Overstraeten, dessen Kriegserinnerungen in den vergangenen Wochen in Belgien von neuem einen bitteren Streit zwischen Publizisten, abgedankten Militärs und Historikern über die Frage entfachten, ob und durch wessen Schuld die belgische Armee 1940 vorzeitig die Waffen gestreckt habe.

Der 75jährige Memoirenschreiber hatte — während sich Leopold III. in Indien befand — König Baudouin wissen lassen, daß er in dem ersten Band seiner Memoiren* eine neue These über die belgische Kapitulation vertreten wolle. Der Waffenstillstand von 1940 sei ohne zwingende militärische Notwendigkeit mindestens 24 Stunden zu früh abgeschlossen worden, und zwar gegen Overstraetens Rat auf Wunsch Leopolds III., in dessen Gesellschaft sich der damalige Parteiführer der belgischen Sozialisten und spätere Kollaborateur Hendrik de Man befand. De Man, in den Kapitulationstagen für kurze Zeit Chef einer provisorischen Regierung, wurde 1946 in Abwesenheit zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt und starb 1953 bei einem Autounfall in seinem Schweizer Exil.

König Baudouin beschloß daraufhin, aus Furcht vor einem öffentlichen Spektakel, zugunsten seines Vaters zu inter-

* General van Overstraeten: „Au Service de la Belgique"; Band I: „Dans l'Etau"; Librairie Plon, Paris; 359 Seiten; Preis: 16,95 NF.

veröffentlichen; denn die Overstraeten-Memoiren wurden auszugsweise auch von Belgiens größter Tageszeitung, dem keineswegs leopold-freundlichen „Le Soir“, veröffentlicht.

In Overstraetens Brüsseler Wohnung in der Avenue Huysmans erschien deshalb Baudouin-Adjutant General Dinjeart und appellierte an die Loyalität des früheren Leopold-Adjutanten, der bereits bei Leopolds Vater König Albert I., dem „Roi chevaleresque“, Adjutantendienste versehen hatte. Doch die steife Unterredung der beiden Generale blieb ohne das gewünschte Ergebnis. Overstraeten übergab dem Emissär des Hofes lediglich einen Brief, in dem er die Gründe darlegte, die ihn veranlaßt hatten, jetzt von Ex-König Leopold abzurücken und seine Memoiren nicht wie üblich vor ihrer Veröffentlichung in Schloß Laeken vorzulegen.

Die entscheidende Szene im Hauptquartier bei Brügge, wo Leopold III. am 27. Mai 1940 die Forderung Hitlers auf bedingungslose Kapitulation annahm, schildert Overstraeten in seinem Memoirenwerk mit folgenden Worten: „Er (der König) befindet sich in Begleitung von de Man. (Ich frage mich, mit welchem Recht.) Seine Majestät nimmt Platz; ich sehe, wie de Man einen Platz zur Linken des Königs einnimmt, als sei er der Ministerpräsident. (Sollte er Chef einer neuen Regierung sein?) Der König nimmt Kenntnis von dem deutschen Dokument, das ihm der Chef des Generalstabes vorgelegt hat; dann reicht er es de Man. Dieser erklärt: ‚Man muß annehmen.‘ Der König sagt: ‚Man muß annehmen.‘ Die Militärs wurden über ihre Meinung nicht befragt.“

Denselben Vorgang hatte der Memoiren-Autor, bisher einer der verläßlichsten Freunde des Ex-Königs, zehn Jahre früher in seinem Buch „Albert I. — Leopold III.“ weitaus schmuckloser beschrieben: „In einem Salon ... erscheint unverzüglich der König. Er befindet sich in Begleitung von de Man. Nachdem er von dem deutschen Dokument Kenntnis genommen hat, entscheidet sich der König zur Annahme.“



Memoirenschreiber **van Overstraeten**
Zu früh kapituliert?

Er habe damals dem König, so behauptet General van Overstraeten jetzt in seiner neuen Memoiren-Version, zu verstehen gegeben, daß es üblich sei, bei einer Kapitulation militärische Ehren zu verlangen. Nachdem auch der Generalstabschef, General Michiels, dieses Verlangen gestellt hatte, entschied Leopold III., der belgische Parlamentär möge sich damit befassen.

Den Vorschlag des Generalstabschefs, die Einstellung des Feuers auf vier oder fünf Uhr früh (am 28. Mai) festzulegen, will Overstraeten mit Schrecken vernommen haben: „Durchdrungen von der Pflicht, unseren Platz in der Kampflinie bis zum Mittag des anderen Tages oder gar noch darüber hinaus halten zu müssen, äußere ich die Ansicht, daß keine Eile nottut. Die Deutschen sind nach vier Tagen des Kampfes ebenso erschöpft wie wir ... Im übrigen sind wir verpflichtet, zugunsten der Alliierten so viel Zeit wie nur möglich zu gewinnen.“

General Michiels, so beklagt sich heute der Leopold-Adjutant, habe ihn mit den Worten zum Schweigen gebracht: „Ich fürchte eine Wiederaufnahme des Kampfes, die angesichts des Zustandes, in dem sich unsere Truppen befinden, zu einer Katastrophe führen würde.“

Kurz darauf entschied sich König Leopold für eine Feuereinstellung um vier Uhr. Dazu Overstraeten: „Ich bin fassungslos. Ich erkenne den König nicht mehr wieder. Zum ersten Mal seit sieben Jahren schlägt er in einer entscheidenden Angelegenheit meinen Rat aus. Meine so begründeten Einwände, die ich aus Pflichtgefühl in seinem Interesse vorbringe, scheinen ihm lästig zu fallen.“

Als sich König Leopold zur Tür wendet, weist ihn General van Overstraeten darauf hin, daß Belgien die englischen und französischen Waffenbrüder nicht einfach ihrem Schicksal überlassen könne; es müsse geklärt werden, welche Haltung man ihnen gegenüber einnehmen wolle. „Die Alliierten sind seit langem gewarnt worden“, antwortete — nach der Darstellung Overstraetens — der König der Belgier. „Noch heute mittag habe ich General Gort (den Chef des britischen Expeditionsheeres) davon unterrichtet, daß die Situation verzweifelt sei und die (belgische) Armee gezwungen sein könnte, die Waffen zu strecken, um den vollständigen Zusammenbruch zu vermeiden.“

Kommentiert Leopolds ehemaliger militärischer Ratgeber heute das Verhalten des Königs aus der Memoiren-Perspektive: „Es ist möglich, daß der Defaitismus des Generals Nuyten (belgischer Verbindungsoffizier im französischen Hauptquartier), der den Rat gab, die militärischen Verluste nach dem Beispiel der Holländer zu begrenzen, den König ebenso verführt hat wie die deutschfreundlichen Neigungen de Mans; denn der König war weder kriegslüstern noch kriegerisch, sondern im wesentlichen friedliebend.“

Inzwischen erläuterte das konservative „Europe Magazine“, weshalb Overstraeten so großen Wert auf die Behauptung legt, er sei dafür eingetreten, die Kapitulation der belgischen Armee hinauszuschieben: „Die Ereignisse sollten dem General van Overstraeten auf grausame Weise recht geben. Am 30. Mai kapitulierte die in Lille eingeschlossene französische 1. Armee und während unsere (belgischen) Batterien ihre letzten Salven schossen, begann das englische Expeditionskorps mit der Einschiffung in Dünkirchen. Hätten wir 24 Stunden länger ausgehalten, würde es keiner unserer Alliierten ... gewagt haben, uns die Waffenstreckung vorzuwerfen.“

Die belgischen Streitkräfte — dazu ausersehen, den schwerfälligen britisch-französischen Aufmarsch nach Norden abzuschirmen — waren schon wenige Tage nach Beginn des deutschen Angriffs (10. Mai 1940) in eine hoffnungslose Lage geraten. Als sich der König zur Kapitulation entschloß, befanden sich



Belgische Kapitulation 1940: Zuviel Blut vergossen?

vier Fünftel seines Landes in deutscher Hand.

Doch Leopold lehnte es ab, wie Hollands Königin Wilhelmina ins englische Exil zu flüchten. „Ich empfinde es als meine Pflicht, das Schicksal meiner Armee zu erleiden“, schrieb er am 25. Mai an Englands König. „Eine andere Haltung wäre Desertion.“ Briten und Franzosen, deren Front bald darauf von deutschen Panzern aufgerissen wurde, entschuldigten damals ihre eigene Niederlage mit Leopolds Waffenstreckung. Schimpfte der Londoner „Daily Mirror“: „König der Fünften Kolonne.“

Aus England erhielt jedoch Ex-König Leopold jetzt unerwartete Hilfe. Der britische Militär-Experte Liddell Hart versicherte: „Die englische Armee wurde (1940) durch König Leopold gerettet.“ Das sei dem Ausharren des Königs bei seinen Truppen zu verdanken. Im Pariser „Express“ schrieb Liddell Hart: „Ohne Zweifel hätte die belgische Armee sofort die Waffen niedergelegt, wenn König Leopold dem Drängen seiner Minister und Churchills gefolgt wäre und Belgien am 25. Mai verlassen hätte.“

Urteilte „La Libre Belgique“ über das Schattenboxen der Amateur-Historiker: „Was den König von seinem militärischen Ratgeber (Overstraeten) unterscheidet, ist vollkommen deutlich: Der schlecht informierte General wollte den Kampf verlängern; der König wollte sinnloses Blutvergießen verhüten ...“

ITALIEN

FALLSCHIRMJÄGER

Politik und Unterrock

Hunderte von Halbstarken in Bluejeans und Lederjacken rotteten sich auf der Piazza Grande, dem Zentrum der norditalienischen Hafenstadt Livorno, zusammen, als 150 Soldaten vom 72. Fallschirmjäger-Regiment „Wölfe von Toscana“ ihren Autobussen entstiegen. Da wurden ein paar Soldaten angepöbelt. Ein Messer blitzte, und ein Offizier brach blutend zusammen.

Die „Parà“ — wie die Italiener ihre Fallschirmjäger nennen — schnallten ihr Koppelzeug ab. Doch wie nach einem vorbereiteten Kriegsplan wichen die jugendlichen Aufrührer in die Gassen der Proletarier-Viertel Shanghai und Venezia aus und lockten die Soldaten in die Falle.

Während einige hundert Hafenarbeiter zur Verstärkung anrückten, prasselte aus den Fenstern der Häuser ein Hagel von Ziegelsteinen und Eisenstücken nieder, die von den Bewohnern vorsorglich gestapelt worden waren. Weiber in Morgenröcken schütteten dazu den Inhalt von Nachtgeschirren auf die Gassen.

Als ein Bataillon Bereitschaftspolizei mit Maschinenpistolen und Tränengasbomben auf dem Kampfplatz erschien, errichteten die Aufrührer aus parkenden Autos und herausgerissenen Pflastersteinen Barrikaden. Die Offiziere pfiffen die Fallschirmjäger zurück und ließen sie in die Kasernen abrücken. Statt der Soldaten schlugen sich nun die Polizisten bis in die anbrechende Nacht mit den jugendlichen Revoluzzern. Bis nach Pisa

und Florenz wurden Polizei und Armee in Alarmzustand versetzt.

Die blutigen Krawalle in Livorno, durch die acht Stunden lang der wichtigste Nato-Hafen Italiens lahmgelegt wurde, haben „ein völlig neues Element in der italienischen Nachkriegspolitik" (so die Turiner „Stampa") offenbart: Zum erstenmal erlebte Italien einen offenen Konflikt zwischen kommunistischen Bürgerkriegs-Strategen und jenen Teilen der Armee, die von einer gaullistischen Erneuerung der Halbinsel-Republik träumen.

Kommunisten und Neofaschisten waren denn auch sofort emsig bemüht, das Aufkommen eines italienischen Gaullismus in ihre Pläne einzubeziehen. Während die Krawalle von Livorno für das rote Parteiorgan „Unità" eine lobenswerte „Reaktion der stolzen Einwohner gegenüber Provokationen (sind), die sehr übel nach Sturmtrupplertum und Gaullismus riechen", verteilte die neofaschistische „Italienische Sozialbewegung" Plakate mit einem markigen „Hoch auf die italienische Fallschirmtruppe".

Selbst ernsthafte demokratische Publizisten und Politiker argwöhnten, auf den Straßen von Livorno habe sich dieselbe antirepublikanische Ordnungslust der Sturmtruppen geregt, der auch die Vierte Republik Frankreichs zum Opfer gefallen war. Der Turiner Leitartikler Luigi Salvatorelli schlug Alarm: „Ich war einer der ersten, die 1919 die faschistische Gefahr aufzeigten, und ich halte es für mein Recht und meine Pflicht, auch bei den ersten neuen Symptomen wieder meine Stimme zu erheben."

In der Tat weist die Innenpolitische Situation Italiens immer deutlicher Parallelen zur französischen Vierten Republik und zu der Periode auf, die Mussolinis Marsch auf Rom voranging. Die Democrazia Cristiana, mit 42 Prozent der Wählerstimmen Italiens stärkste Partei, ist in zwei Lager auseinandergefallen, die — wie die jüngste Regierungskrise offenbarte — derart stark verfeindet sind, daß sie sich mit gegnerischen Parteien gegen ihre eigenen Genossen alliieren.

Während sich die Linkskatholiken im Zeichen des sozialen Fortschritts mit den kommunistenfreundlichen Nenni-Sozialisten verbrüdern, glaubt die christdemokratische Rechte, ihre Interessen nicht mehr ohne Schützenhilfe der Neofaschisten verteidigen zu können. Die Folge des christlichen Bruderzwistes: Jeder christlich-demokratische Ministerpräsident wurde bisher von seinen eigenen Parteigenossen gestürzt.

Inzwischen hat der Konflikt in der Democrazia Cristiana ein Ausmaß erreicht, das die Partei vor das Risiko stellt, regierungsunfähig zu werden. Neuwahlen könnten die Lage eher verschärfen, weil befürchtet wird, daß viele verärgerte Wähler der Democrazia Cristiana den Rücken kehren und die meisten sich den Rechtsparteien zuwenden würden.

Der Auflösungsprozeß der christdemokratischen Regierungspartei aber ruft die italienischen Militärs auf den Plan, aus Furcht, daß die christdemokratische Herrschaft eines Tages von einem Links-Regime abgelöst werden könnte. Noch sind freilich diese Militärs in der Minderheit, denn die italienische Wehrmacht besaß bisher keinen politischen Ehrgeiz, obwohl in Heer und Marine monarchistische, in der Luftwaffe als junger Waffengattung faschistische Traditionen fortleben.

Von solcher politischen Zurückhaltung weiß sich freilich eine Elitetruppe frei, deren Führer eine ähnliche Sonderstellung im Staate anstreben wie die der Paras des General-Putschisten Massu in der französischen Vierten Republik: die Fallschirmjäger Italiens.

Aufbau und Geist dieser Elitetruppe bezeugen, daß sich die Fallschirmjäger bewußt vom demokratischen Nachkriegs-Italien abheben. Ihre Offiziere stammen fast ausschließlich aus den Reihen der Divisionen „Nembo" und „Folgore", die einst zu den erfolgreichsten Einheiten des faschistischen Italien zählten. „Man kann kaum ignorieren", schrieb die Zeitschrift „Europeo" dazu, „daß diese Offiziere mit ihren Erinnerungen dem Faschismus verbunden sind. Ihr Kampflied gilt den Schlachten in Afrika, die hohe Zeit ihrer Mutproben bleibt die Zeit Mussolinis."



Straßenschlacht in Livorno: Mutprobe für die Wölfe von Toscana

Die Führer der italienischen Fallschirmtruppe sind denn auch bemüht, eine politisch homogene Einheit zu schaffen. Selbst die Mannschaften werden nach politischen Gesichtspunkten ausgewählt, und kein Rekrut wird angeworben, dessen Familie als „kommunistisch verseucht" gilt. Die Offiziere der Truppe können sich solche Auswahl leisten, denn der Andrang zu den Parà ist groß: Die Fallschirm-Truppe ist die bestbesoldete der italienischen Wehrmacht.

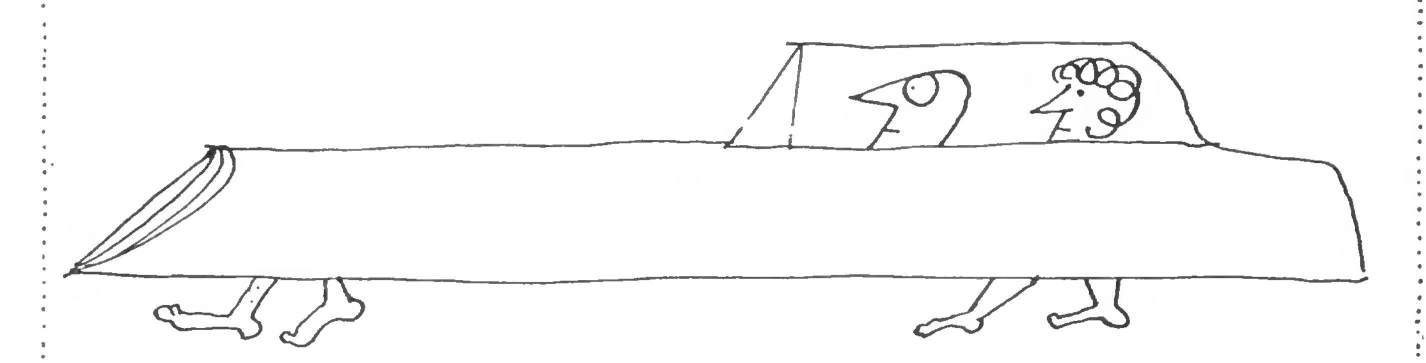
Die antikommunistische Schulung der Parà ist ebenso gründlich wie die militärische, und so ist im Laufe der Zeit eine Truppe entstanden „mit einer bewundernswerten technischen Perfektion, aber auch mit einer Rhetorik alten Stils, einem anachronistischen Kastengeist, der sich aus überlebter Sicht eine besondere Funktion im demokratischen Staat beimißt" — so „Europeo".

Die Kommunisten aber waren entschlossen, die Fallschirmjäger, ihre schärfsten Gegner, offen herauszufordern. Sie tüftelten ein bürgerkriegsähnliches Manöver aus, um — wie der offiziöse „Messaggero" später vermutete — „ihre Angriffsstärke gegenüber Heer und Polizei zu erproben". Das Manöver offenbarte wieder einmal, daß in Italien zwischen Unterrock und Politik eine enge Wechselwirkung besteht.

Ein Vorwand für das Manöver war rasch gefunden. In der Hafenstadt Livorno, Nachschub-Basis der Nato und zugleich einer der ältesten Unruheherde Italiens, gärt es seit Monaten zwischen den Hafenarbeitern und den nahe der Stadt stationierten Fallschirmjägern, die — besser besoldet als ihre Konkurrenten — den Zivilisten immer wieder ihre Mädchen ausspannen. Die Rivalität artete in eine derbe Schlägerei aus, als einige Parà am Ostermontag den Kellnerinnen der Espresso-Bar Sambrinos allzu forsche Avancen machten.

Die achtstündigen Krawalle erregten die italienische Öffentlichkeit immerhin so, daß der linkssozialistische Parteiführer Nenni nach Livorno aufbrach, um sich an Ort und Stelle zu informieren. Wenige Tage darauf wurden Nennis Leute beim italienischen Innenminister vorstellig, um ihre „Besorgnis über die Zwischenfälle auszudrücken, die weit über ihren Anlaß hinausgehen". Jene Krawalle erinnerten „an französische Situationen, die eine gefährliche Entwicklung genommen haben".

Indes, die Fallschirmjäger blieben hart und lehnten sogar alle Beschwichtigungsversuche der Stadtverwaltung von Livorno ab. Als die Stadtväter Ende April einen mit der goldenen Tapferkeitsmedaille dekorierten Partisanen-Heros in die Fallschirmjäger-Kaserne entsandten, der die Offiziere des Regiments zur Teilnahme an den Feiern zum Jahrestag des faschistischen Zusammenbruchs einlud, ließ der Regimentskommandeur, Major Zetto, den Unterhändler unverrichteterdinge wieder ziehen.



OB 6 ODER
8 ZYLINDER,
OB 20 ODER 100 PS – OHNE
REIFEN IST IHR
FAHRZEUG KEIN AUTO!
BESONDERS ZU EMPFEHLEN
SIND REIFEN
MIT DEM
Neuen Profil
VON

VEITH B.F. Goodrich




Schutz gegen Schädlinge - auch das ist Bayer
Pflanzenschutzmittel, von unseren Wissenschaftlern entwickelt und in der Praxis erprobt, helfen der Landwirtschaft in aller Welt, die Ernten zu sichern. Unsere systemischen Insektizide haben eine neue Epoche des chemischen Pflanzenschutzes eingeleitet.
12 000 Produkte umfasst unser Lieferprogramm - Farbstoffe und Arzneimittel, Chemikalien und Kunststoffe, Synthese-Fasern und Agfa Photo-Erzeugnisse. Sie alle tragen dazu bei, Ihr Leben leichter und schöner zu gestalten.
BAYER
Im Vertrauen der Welt
FARBENFABRIKEN BAYER AG
LEVERKUSEN



„Die Eingeschlossenen" in München (Anoid Iplicjian als Johanno, Peter Mosbacher ols Franz): Die Orden sind ous Schokolade

SARTRE-PREMIERE

Vorm Krabben-Tribunal

Daß die hübsche und junge Johanna dem deutschen Leutnant Franz einen Orden von der Uniform reißt und sich in den Mund steckt — der Offizier: „Nein, nehmen Sie lieber das Kreuz! Das ist Schweizer Schokolade" —, ist eine der wenigen Gelegenheiten zur Heiterkeit, die Jean-Paul Sartre in seinem neuesten Theaterstück „Les Séquestrés d'Altona" dem Publikum eingeräumt hat. Die Gelegenheit wird noch heute, sieben Monate nach der Premiere des Stückes (SPIEGEL 41/1959), im Pariser Théâtre de la Renaissance dankbar genutzt.

Den deutschen Zuschauern ist diese Gelegenheit bisher vorenthalten worden. Peter Mosbacher, der die Rolle des Leutnants Franz Gerlach bei der deutschen Erstaufführung in München spielte, biß wenigstens noch selber (wie im Original) ein Stück von seinem E. K. I ab, wenngleich etwas hastig und verschämt, mit dem Rücken zum Publikum. Dieter Borsche, der am darauffolgenden Abend in Essen Gerlachs Uniform trug, ließ seine Orden unversehrt und bot sie seiner Besucherin gar nicht erst an.

Hans Schweikarts Münchner Kammerspiele (Regie: August Everding) und die Städtischen Bühnen Essen (Regie: Erwin Piscator) sind die ersten Theater, die Sartres neues Stück auf deutschem Boden ausprobieren. Ihnen werden in kurzem Abstand mindestens dreizehn andere deutschsprachige Bühnen* folgen. Inzwischen hat auch der italienische Filmproduzent Carlo Ponti für 100 000 Dollar die Filmrechte erworben; die beiden weiblichen Hauptrollen sollen mit Pontis Frau Sophia Loren (Johanna) und Ingrid Bergman (Leni) besetzt werden, über die Besetzung der Rolle des Leutnants Franz Gerlach wird mit Hardy Krüger verhandelt.

Nur in Hamburg, wo Sartres Stück spielt, hat bisher noch keine Bühne gebucht, obwohl der Rowohlt-Verlag mit Rücksicht auf lokale Hanseaten-Empfindlichkeit den Originaltitel „Les Séquestrés d'Altona" zunächst als „Die Eingeschlossenen von Altenburg" anbot und sich schließlich nach langem Überlegen auf den neutralen Titel „Die Eingeschlossenen" festlegte. Daß Hamburg als Ort der Handlung gemeint ist, wird allerdings deutlich, ob der Name Altona im Titel steht oder nicht. Die Figuren, um die es geht, sind Angehörige einer alteingestammten Patrizierfamilie, nach Kriegsende Eigentümer des „größten Schiffsbauunternehmens in Europa"; das Hanseatisch-Patriarchalische an ihnen — oder was Sartre darunter versteht — ist ganz unverkennbar, an eindeutigen Ortsbestimmungen wie Elbchaussee und Teufelsbrück fehlt es nicht.

Desungeachtet ist das Hamburgische nur als Kostüm und Dekor gedacht, als Figuration dessen, was Sartre formulieren wollte. Ihn interessierte das Verhältnis des Menschen zur Geschichte, exemplifiziert am Problem der Schuld. Den Zeitgenossen Sartre, der sich als Widerstandskämpfer während des vergangenen Weltkriegs auf der richtigen Seite fühlte, beunruhigte das, was er nun unter seinen Landsleuten zu beobachten glaubte: den Bauernsohn etwa, der als französischer Soldat an Greueln in Algerien teilhatte und nach seiner Entlassung gemütlich und mit sich selbst im reinen wieder sein Feld bestellt.

Als historisches und allgemein bekanntes Modell, das dem Dramatiker erlaubt, sein Publikum nicht durch Er-

* Staatstheater Stuttgart; Schauspielhaus Zürich; Volkstheater Wien; Komödie Basel; Theater am Kurfürstendamm Berlin; Stadttheater Kiel; Städtisches Theater Mainz; Nationaltheater Mannheim; Städtische Bühnen Münster; Städtische Bühnen Nürnberg; Staatstheater Oldenburg; Stadttheater Marburg; Theater im Zoo Frankfurt am Main.

klärungen aufzuhalten, bot sich der Fall des Dritten Reiches samt anschließendem sogenanntem Wirtschaftswunder an. Der Leutnant Franz Gerlach, der bei Smolensk an Folterungen gefangener Partisanen beteiligt war, findet sich allerdings nicht damit ab, nach seiner Heimkehr weiterzuleben, als sei nichts geschehen. Er akzeptiert auch nicht den durch die Nürnberger Urteile markierten Schuldig-Spruch gegenüber den Führern des Dritten Reiches als Freispruch für alle, die sich von Hitler nur haben führen lassen. Gerlach riegelt sich in seinem Zimmer ein und versucht, sich und seine Genossen gegenüber einem imaginären Gericht des 30. Jahrhunderts zu rechtfertigen — er plädiert vor einem Gerichtshof der „Krabben", die er hinter dem Mauerputz als unsterbliche und unausrottbare Bewohner verborgen wähnt.

Wenn Sartres Stück beginnt, hat Franz bereits dreizehn Jahre dieser selbstverordneten Dunkelhaft hinter sich, versorgt von seiner Schwester Leni, die seine inzestuöse Geliebte geworden ist und der allein er den Zutritt in seine verrottete Kammer gestattet. Schwester Leni, die aus fanatisiertem Gerlachschem Familienstolz nur ihren Bruder als ihrer würdigen Liebhaber akzeptiert, erleichtert dem eingeschlossenen Franz seine verzweifelten Rechtfertigungsversuche, indem sie ihrem Bruder wahrheitswidrig von einem grausamen Ausrottungsfeldzug der Sieger berichtet. Nach Lenis Darstellung sind die deutschen Städte zerstört, die Menschen sterben täglich zu Tausenden den Vergeltungstod durch Hunger und Tuberkeln.

Daß Franz Gerlach in Rußland Gefangene folterte, wird — in einer Rückblende — mit einem Jugenderlebnis erklärt. Franz hatte einen aus dem Konzentrationslager geflohenen polnischen Rabbiner in seinem Zimmer versteckt. Der Vater, Flottenlieferant des Dritten Reiches, kann zwar durch ein Telephongespräch mit Göring alle üblen Folgen für den Sohn abwenden, doch muß Franz mitansehen, wie der Rabbiner vor seinen Augen von voreiligen, später deswegen hart bestraften SS-Leuten totgeschlagen wird.

Für dieses Erlebnis der Ohnmacht rächt sich Franz als Soldat an seinen eigenen Gefangenen. Dem belasteten Sohn verschafft der Vater nach Kriegsende ein Ausreisevisum nach Argentinien, von dem Franz aber keinen Gebrauch macht — weil er sich eingeschlossen hat. Ein Vertrauensmann der Firma besorgt daraufhin eine Urkunde, der zufolge Franz in Südamerika gestorben ist.

Die Handlung beginnt mit einer düsteren Familienrat-Szene: Der allgewaltige Industrielle Gerlach hat erfahren, daß er an Kehlkopfkrebs krankt — er hat noch etwa ein halbes Jahr zu leben, „sechs Monate, das ist mehr, als ich brauche, um meine Angelegenheiten in Ordnung zu bringen". Der Vater übergibt das Unternehmen an seinen zweiten, schwächlichen Sohn Werner, den er nicht als „echten" Gerlach empfindet — mit der Bedingung, daß Werner und dessen Frau Johanna bis an ihr Lebensende in der düsteren Elbchaussee-Prunkvilla wohnen bleiben.

Gegen diese Bestimmung, auf die sich Werner mit einem Schwur — die Hand auf der schweinsledernen Familienbibel — verpflichtet hat, revoltiert Werners schöne, energische Frau Johanna. Sie will nicht ihr Leben lang Bewacherin und somit zugleich Gefangene ihres irren Schwagers sein. Ihr Wunsch, den Schwager Franz zu sprechen, der sich im Obergeschoß verbarrikadiert hat, trifft sich mit der jahrelangen, verzweifelten Sehnsucht des Vaters, seinen Lieblingssohn, den entschiedenen, „echten" Gerlach, noch einmal zu sprechen. Durch eine List gelingt es Johanna, zu ihrem Schwager Franz Gerlach vorzudringen, der sich nicht nur selber eingeriegelt hat, sondern dessen Einsamkeit auch durch die Schwester eifersüchtig bewacht wird.



„Die Eingeschlossenen" in Essen*
Rotterdam statt Ruhrgebiet

Aus der Begegnung zwischen Johanna, die vor ihrer Heirat ein Filmstar gewesen war, und Franz, der in seiner Einsamkeit immer noch seine inzwischen verrottete Leutnants-Uniform trägt — mit Orden aus Schokolade —, entwickelt sich ein fast bösartiges, leidenschaftliches und düster-aussichtsloses Liebesverhältnis, das jäh endet, als Leni ihrer Rivalin von Franzens Greueln in Ruß-

* Gisela Stein als Johanna, Dieter Borsche als Franz.

land erzählt, die bis dahin vor der eingeheirateten Johanna streng geheimgehalten wurden. Zu diesem Zeitpunkt aber ist in den Gesprächen zwischen Johanna und Franz dessen Scheinwelt bereits zusammengebrochen. Obwohl Johanna es nicht ausspricht, spürt Franz, daß von einer Revanche der Sieger an Deutschland wohl nicht mehr die Rede sein kann — da Deutschland quasi als symbolischer Hintergrund gilt, braucht sich Sartre für die wirklichen deutschen Kriegslasten, etwa für das Problem der Teilung, nicht zu interessieren.

Franz erkennt, daß sein Vaterland eher an Wohlstands-Asthma als an Auszehrung krankt, daß die Gerlachschen Werften mächtiger geworden sind als je zuvor — daß die Geschichte seine Verbrechen nicht gesühnt hat. So steigt er aus seiner Kammer. Nach einem Gespräch mit seinem sterbenskranken Vater setzen sich beide in Lenis Porsche — bereit, durch einen provozierten Autounfall ihr Leben zu beenden. Leni bezieht an Franzens Statt die öde Kammer als selbstgewählte Eremitage.

Fast bis an den Rand eines Zerwürfnisses hat Sartre vor der Premiere mit der Pariser Theaterleitung gerungen, bis er sein philosophieträchtiges Stück auf eine für Zuschauer zumutbare Länge zusammengestrichen hatte — am Ende währte es immer noch vier Stunden.

Die beiden Regisseure, die in Deutschland als erste Sartres Schauspiel inszenierten, konnten, vom Autor unbehelligt, ungeniert kürzen und machten von dieser Möglichkeit recht rigoros Gebrauch. Für sie bot sich ein anderes Problem: zu verdeutlichen, daß Altona, SS-Leute und deutsche Wehrmachtsuniform, daß Dekor und historische Bezüge nicht realistisch zu verstehen sind — daß es sich bei den „Eingeschlossenen" nicht um ein Heimkehrer-Stück handelt.

Diese Schwierigkeit haben die beiden Theater in München und Essen noch nicht bewältigt — es ist in der Tat keine leichte Sache, den Zuschauern plausibel zu machen, daß eine Geschichte, die im Kostüm der jüngsten Vergangenheit des Landes vorgeführt wird, nicht — oder doch nicht nur — diese Vergangenheit meint, sondern allgemein um die Beteiligung und Beteiligtheit des Menschen an der Geschichte seiner Zeit geht.

Statt das Schauspiel deutlich und unmißverständlich zu verfremden, begnügten sich die Inszenatoren damit, die Bezüge im Stück möglichst vom Ort der Aufführung entfernt zu halten.

Das zeigte sich etwa an der Benennung des Ortes, zu dem der Schiffsbauer Gerlach eine Geschäftsreise unternimmt. Im Sartre-Original führte ihn diese Reise nach Leipzig. In der vom Rowohlt-Verlag auch als Buchausgabe verlegten Übersetzung* wird als Reiseziel dagegen Essen genannt. In der Münchner Aufführung heißt es statt dessen ganz allgemein, Vater Gerlach sei im Ruhrgebiet gewesen. Im Ruhrgebiet wiederum — bei der Essener Aufführung — reiste der Schiffsbauer Gerlach nach Rotterdam.

* Jean-Paul Sartre: „Die Eingeschlossenen" (deutsch von Herbert Liebmann und Renate Gerhardt); Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg; 144 Seiten; 9,80 Mark.

gorie von Deutschen zeichnen wollen. Die Deutschen — wissen Sie, das sage ich jetzt nicht nur, weil ich von einer deutschen Wochenzeitung gefragt werde — sind für mich in dieser Sache Objekt des Interesses nur in bezug auf ein Problem gewesen, das sich auch bei uns wieder von neuem stellt, und zwar, wie ich Ihnen gesagt habe, als eine Grenzsituation dieses Problems. Es sind also dann schon eher die Deutschen von 1945, die mich in diesem Stück interessieren, und nicht die Deutschen von 1960.

SPIEGEL: Eine halbe Generation später ...

SARTRE: Damit habe ich in der Tat sagen wollen, daß es Generationsprobleme gibt. Unter den Leuten, die mein Stück am wenigsten verstehen, sehe ich zum Beispiel die ganz Jungen unter uns. Da gibt es keine Option des Publikums; sie sind weder für Franz — etwa bis zum letzten, wenn sie einmal gewisse Dinge akzeptiert haben — noch gegen ihn. Oder sie sind gegen ihn, aber ohne jede Leidenschaft. Für sie, die Leute von achtzehn Jahren, stellt er ein beliebiges Problem dar. Sie können sich noch nicht als verantwortlich für irgend etwas betrachten — sie haben noch nicht ihren Militärdienst gemacht, sie sind noch nicht in Berührung gekommen mit der algerischen Wirklichkeit.

SPIEGEL: Die „Séquestrés d'Altona" haben keine Handlung aus der Wirklichkeit ...

SARTRE: ... weil das Stück nicht wirklich, nicht realistisch gemeint ist. Wenn ich mir dieses Stück realistisch vorgestellt hätte — man hat mir zum Beispiel zu bedenken gegeben, daß ich Altona in eine andere Himmelsrichtung verlegt habe.

SPIEGEL: In Ihrem Stück verbindet die Elbchaussee Altona und Hamburg und führt über die Teufelsbrücke, während die Elbchaussee tatsächlich von Hamburg und Hamburg-Altona fort in Richtung Blankenese führt, vorbei an einem Anlegesteg namens Teufelsbrück. Aber das ist alles ohne Belang.

SARTRE: Ich meine, wenn ich wirklich die Absicht gehabt hätte, ein realistisches Stück zu schreiben, so wäre dieser Fehler sehr schlimm, jedoch nicht in dem Typ von Theaterstück, das ich schrieb — ich nehme an, daß der Übersetzer die Orientierung wiederherstellt. Es geht mir mehr um die deutschen Probleme als um die Deutschen. Ich erinnere mich zum Beispiel, daß ich, als ich in Berlin war, das war im Jahre 47 oder 48 ...

SPIEGEL: Es war 1948.

SARTRE: Ich erinnere mich, 1948 mit Deutschen gesprochen zu haben, die mich aus einem bestimmten Grunde sehr interessiert haben. Es gab dort damals Diskussionen, die mir stets lebhaft in Erinnerung geblieben sind — ich fand mich anläßlich der Aufführung meines Stücks „Die Fliegen" zwei Kategorien von Deutschen gegenüber. Die einen warfen mir ernsthaft vor, daß ich erklärt habe, die Reue sei keine ethische Funktion — daß natürlich das Urteil in bezug auf das Vergangene unvermeidbar ist, die Änderung in bezug auf das Vergangene ebenso unvermeidbar, daß aber Reue im eigentlichen Sinne keine ethische Kategorie ist. Man warf mir das vor, denn diese Deutschen wünschten, daß die Reue gewissermaßen in das deutsche Alltagsleben eintrete. Andere dagegen, die mich viel mehr interessierten, waren innerlich sehr zerrissene, problematische Naturen. Es waren nicht die Leute in der Art von Franz, jedenfalls will es mir so scheinen, und sie sagten: „Wir waren gegen die Nazis, wir haben den Krieg mitgemacht, weil es notwendig war, daß unser Land ihn gewinnt, und wir weigern uns, Reue zu empfinden." Diese Leute interessierten mich am meisten, weil gerade sie sich mit Problemen herumschlugen. Denn sie urteilten gleichzeitig über sich selbst und befanden sich daher in einer sehr komplexen Situation. Ich habe diese Haltung im Grunde äußerst sympathisch gefunden, diese Haltung von innerlich zerrissenen Leuten — sie sagten sich: „Was denn? Ich bin als Soldat in den Krieg gezogen, was kann man mir schon vorwerfen!"



Pariser Aufführung „Die Eingeschlossenen"*

SPIEGEL: Franz zum Beispiel ...

SARTRE: Gerade das gibt es auch bei Franz.

SPIEGEL: Am Anfang ist er Puritaner, von einem bestimmten Augenblick an gleitet er ab.

SARTRE: Ah, voilà! Zunächst, meine ich, gleitet er schon von Anfang an ab. In seiner ersten Unterhaltung mit seinem Vater — im ersten Akt, wo eine Unterhaltung stattfindet, als er ganz jung ist und das Gefangenenlager, das Konzentrationslager entdeckt hat. Er ist abgeglitten von dem Augenblick an, wo er auch Abscheu vor den KZ-Häftlingen hatte, in dem Augenblick, wo er im Namen der menschlichen Würde nicht nur das Konzentrationslager-System verurteilt hat — was er sehr korrekt tat, vom ethischen Standpunkt aus —, sondern wo er zugleich die Gefangenen gewissermaßen affektiv, gefühlsmäßig verurteilt hat, indem er sagte: „Das sind keine Menschen mehr." Von da ab ist er abgeglitten. Sein Vater hatte ihm gesagt, um sich über ihn lustig zu machen — denn er ist nicht gerade nachsichtig mit den Menschen, der Vater —, er hatte ihm gesagt: „Du liebst nicht die Menschen, du liebst nur die Prinzipien, den Puritanismus."

SPIEGEL: Im Verlaufe des Stücks erklärt Franz, daß er stellvertretend für seine Generation die Schuld auf sich nehmen wolle, für alle Deutschen, für sein gesamtes Jahrhundert. Seine moralische Entwicklung verläuft also gewissermaßen im Gegensatz zu der seines Vaters. Sein Vater, das Bild Gottvaters, wenn man so will ...

SARTRE: Das lehne ich ab, diese Idee, dieses Bild des Gottvaters. Das ist von katholischen Kritikern wiederholt geschrieben worden, aber ich sehe absolut nicht, was Gott hier zu suchen hat. Tatsächlich ist sein Vater einfach das Abbild einer gewissen Art von Industriekapitän, dessen Typ übrigens schon abgenutzt, überholt ist in dem Augenblick, wo die Geschichte beginnt.

SPIEGEL: Insofern, als die Betriebsräte mit im Aufsichtsrat sitzen.

SARTRE: Dieser Typ ist überholt. Aber die Entwicklung von Franz vollzieht sich folgendermaßen: Sein Stolz, der ihm von seinem Vater vererbt wurde, sein Wunsch, durch sein ethisches Verhalten die höchste Position eines Industriekapitäns, die ihm sein Vater geben wird, zu verdienen, haben ihn zu einem aristokratischen Puritanismus geführt. Das heißt: Er will im Grunde durch seine Tugenden seine Besitztümer verdienen. Unter solchen Aspekten handelt es sich nicht um eine direkte Beziehung zu den Menschen, die ihn veranlassen würde, das KZ-Lager oder die Torturen zu verurteilen. Sondern es handelt sich vielmehr um eine direkte Beziehung zur protestantischen Moral oder um einen augenblicklich praktizierten Humanismus in puritanischer Form, wenn man so will. Was ihm also immer noch fehlen wird, das ist ...

SPIEGEL: ... ein Kontakt ...

SARTRE: ... ein menschlicher Kontakt, der genügend stark für den Tag ist, an dem er selber in die Versuchung gebracht wird zu foltern; damit er das dann nicht kann, weil er einem Menschen gegenübersteht. Es steckt ein gut Teil Abstraktion im Stolz von Franz.

SPIEGEL: Ist Franz repräsentativ für eine gewisse Mentalität der Deutschen,

* Evelyne Rey als Johanna, Serge Reggiani als Franz Gerlach.

zum Beispiel für einen Hang zu abstrakter Humanität, zu abstrakter eher als zu praktischer?

SARTRE: Ich meine, Franz ist eher repräsentativ für eine gewisse protestantische Ethik. Ich will nicht sagen, daß alle Protestanten so sind; aber ich will sagen, daß es eine gewisse Tendenz zu abstrakten Ideen wie etwa „Menschenwürde" gibt, eine Übereinstimmung mit den Prinzipien.

SPIEGEL: Sie haben an einer Stelle Ihres Stücks gesagt: „Wir alle sind Opfer von Luther."

SARTRE: Das ist richtig.

SPIEGEL: Das ist aber eine zumindest für Protestanten überraschende Interpretation.

SARTRE: Ja, sehen Sie, ich bin der Ansicht, daß die nichtgläubigen französischen Protestanten — ich sage „nichtgläubig", weil viele unserer Protestanten den religiösen Glauben verloren haben, obwohl sie die ethische Bindung aufs strengste bewahren —, viele dieser Protestanten meinen oder sind Opfer der Idee, daß die egalitäre Revolution in dem Augenblick gemacht wurde, wo Luther sagte, daß jeder Mensch der Repräsentant seiner religiösen Gemeinschaft sein könne. Diese Protestanten haben eine formelle Idee der Egalität, der Gleichheit, die sie oft in dem Augenblick unbeweglich macht, wo es sich darum handelt zu sehen, daß diese Egalität in Wirklichkeit eine reine Abstraktion ist und daß eine Egalität total bleibt. In diesem Augenblick — und ich kenne viele, die so sind — meinen sie, daß jedwede Idee den universellen Menschen repräsentiert, und sofort haben sie universelle Urteile von einer so rigorosen und abstrakten Universalität, daß ihnen oft die konkrete Realität der Situation entgeht — und daß andererseits auf diese Weise eine Art aristokratischer Gesetzgeber gemacht wird. Mit anderen Worten: Kraft des Glaubens an die egalitäre Revolution wird ein Protestant der Aristokrat des Universellen. Ich weiß nicht, ob Sie da eine Entwicklung sehen. Jedenfalls ist das die Art von Menschen, die ich habe kennzeichnen wollen.

SPIEGEL: Der französische Luther ist Rousseau?

SARTRE: Er ist Rousseau. Und auch der lutherische und calvinistische Einfluß haben sich bemerkbar gemacht, wir haben unsere französischen Protestanten. Die Tatsache jedenfalls, daß es die Revolution von 1789 gegeben hat, ist für Frankreich von größter Wichtigkeit. Die Revolution hat, wenn Sie wollen, eine Art von laizistischem Protestantismus geschaffen.

SPIEGEL: Wie die evangelischen Kirchen es sehen, hat Luther eine Art von direkter Verantwortlichkeit zwischen den Menschen und Gott hergestellt, während die katholische Kirche als delegierte Institution zwischen Gott und dem Gläubigen bleibt. Nun müßte doch diese direkte Verantwortlichkeit Folgen haben, die eigentlich mehr im Sinne Ihrer Philosophie der existentiellen Verantwortung liegen.

SARTRE: Ja, richtig. Ich denke, daß die Existenz einer katholischen Hierarchie, die man dem Individuum hat geben wollen, vor allem, wenn es einem Gewissenslenker die Beichte ablegt und

so weiter, daß dies zur Erniedrigung führt — was keine Tugend ist. Die Bescheidenheit ist eine Tugend, aber nicht die Erniedrigung, und auf diese Weise führt das zu einer gewissen Flucht vor der Verantwortung. Andererseits meine ich, daß diese totale Verantwortlichkeit gegenüber Gott, die der Mensch auf sich nimmt, doch recht bewundernswert in der protestantischen Religion ist, sofern sie wirklich praktiziert wird. Also in dieser Hinsicht, scheint mir, ist — wenn die Religionen praktiziert werden — die Überlegenheit des Protestantismus vollkommen eindeutig. Aber ein Zustand der religiösen Lauheit oder des Unglaubens, des Stolzes in der protestantischen Erziehung enthält die Gefahr, von den wahren Problemen und von den Menschen wegzuführen. Und in diesem Augenblick kann eine katholische Erziehung ihren Wert wiederfinden. Das ist die Komplexität des Problems. Denn wenn man — als Katholik gebildet — unter dem Eindruck der enormen Lasten steht, die man auf den Schultern trägt, der Bescheidenheit eines jeden, der Schwierigkeit eines jeden, Gesetze zu erlassen, dann findet man den wirklichen Platz des Menschen. Ich glaube also, daß es einen protestantischen Hochmut gibt, der beträchtlich ist, wenn er wie im Fall meiner Helden von einem menschlichen und mondänen Hochmut begleitet wird.

SPIEGEL: Um von Franz Gerlach zu sprechen — der Held Ihres Stückes will also im Fall des entflohenen Polen nicht so sehr diesen Menschen retten als vielmehr seine eigene moralische Integrität. Er möchte das Gefühl behalten, ein moralischer Mensch zu sein — was auch eine Sache des Stolzes ist. Er hatte doch aber in diesem Augenblick auch gar nicht die Macht, den Mann zu retten.

SARTRE: Er hat nicht die Macht gehabt, ihn zu retten. Aber er ist sehr intelligent, und nicht die Tatsache, daß er den Menschen nicht retten konnte, hat ihn am meisten zerrüttet, hat ihn am meisten unglücklich gemacht, sondern die Tatsache, daß er unfähig war, den Preis seiner Handlung zu bezahlen. Das heißt, er ist ein mutiger und stolzer junger Mann, er hat also den Polen nicht retten können, der Pole wird gefaßt und umgebracht. Aber auch er, Franz, hatte den Tod zu erwarten, er hatte sich einer Macht entgegengestellt, er wußte, was er tat, er riskierte sein Leben, er hätte also umgebracht werden müssen. Aber die Macht seines Vaters reichte aus, zu verhindern, daß er von der SS umgebracht wurde.

SPIEGEL: Franz konnte selbst nichts mehr tun. Es wurde etwas mit ihm gemacht.

SARTRE: Ja, hier liegt seine wirkliche Ohnmacht. Es ist ganz so, wie wenn ein Sohn aus einer guten Familie eine Liebschaft hat und dann in Schwierigkeiten gerät, und der Vater mit Geld kommt und die Sache regelt. Was Franz getan hat, hat nicht mehr Bedeutung, als ob er ein kleines, skandalöses Abenteuer hatte, das man vertuscht hat. Er war sozusagen ein Nichts, und das ist es, was ihm das wahre Gefühl seiner Ohnmacht gibt.

SPIEGEL: Johanna, die Frau seines Bruders Werner, ist bereit, dem eingeschlossenen Franz gewisse Taten zu verzeihen — andere jedoch nicht.



André Malraux

SARTRE: Johanna kann ihm die Folterei nicht verzeihen; aber sie kann oder sie will ihm nicht verzeihen, weil er nicht will, daß sie ihm verzeiht. Normalerweise müßte eine Frau, die einen Mann zu lieben beginnt — der einen sehr schweren, sogar schrecklichen Fehler begangen hat —, zumindest Fragen stellen, um zu sehen, ob er eine Entschuldigung hat, und ihn ein wenig zu verstehen versuchen. Sie wagt es nicht; aber sie wagt es nicht, weil er nicht will, daß sie es tut. Das heißt, sie müßte ihm in diesem Augenblick Glauben geben, in ihm Vertrauen erwecken. Sie versucht es einen Augenblick lang zu sagen: „Kämpfen wir zusammen", „Sag' mir, das ist nicht wahr", „Sag' mir, daß du ein Gefangener deiner eigenen Soldaten warst oder daß es andere waren, die..."

SPIEGEL: Beide sind „eingeschlossen".

SARTRE: Beide sind „eingeschlossen".



Karl Jaspers

SPIEGEL: Franz Gerlach polemisiert in seiner Eingeschlossenheit gegen die Idee der Kollektivschuld und sagt ...

SARTRE: Derjenige, der zu Anfang gegen die kollektive Verantwortlichkeit plädiert, ist nicht Franz, sondern der Vater. Er sagt: „Man muß sieben, acht oder hundert wählen, die wirklich schuldig sind", und Franz antwortet: „Wenn ihr die Führer umbringt, denen das Volk gehorcht hat, indem ihr erklärt: ‚Aber das Volk ist nur verführt worden', handelt ihr so, als ob ihr das Volk verurteilt." Das ist seine persönliche Meinung. Er will sagen: „Ich habe Gehorsam geleistet, daher ist meine Verantwortung direkt an die Befehle gebunden, die man mir erteilt hat, und an meine freie Entscheidung, zu gehorchen. Wenn man mir sagt, daß ich schuldig bin, verurteilt man mich. Aber wenn man mir sagt: ‚Du hast Gehorsam geleistet, also bist du in keiner Weise verantwortlich; es sind die Führer, denen du gehorcht hast, die haben wir umgebracht', behandelt man mich schlimmer, als wenn man mich verurteilt. Denn man betrachtet mich dann als voll unverantwortlich für das, was ich getan habe. Ich war Leutnant an der Front, ich habe gewissen Befehlen gehorcht, ich habe gewisse Handlungen begangen — wenn man meine militärischen Vorgesetzten verurteilt, aber nicht mich, dann rechnet man meine eigenen Gewissensqualen für nichts, meine eigene Entscheidung, bis dahin und nicht weiter zu gehen" — und so weiter. Und infolgedessen findet er, daß es zu leicht ist, sich von den Führern zu befreien und das Problem der Kollektivität außer Betracht zu lassen.

SPIEGEL: Die Ansprachen, die Franz an diese „Krabben" richtet, sind das nicht eine Art von Plädoyers gegen die Idee der Kollektivschuld?

SARTRE: Ja, in dem Sinne, daß die kollektive Schuld notwendig in dem Maße existiert, in dem sie für jeden einen Typus der Indifferenz oder der freiwillig zugegebenen Halbunwissenheit oder der Toleranz darstellt. Man sieht das alle Tage in Frankreich. Man kann es auch in anderen Ländern sehen, bei der Zeitungslektüre. Es fehlt einem ein wenig an Wissensbedürfnis, es fehlt einem ein wenig das Bedürfnis, die Wahrheit zu erfahren, und das Resultat ist, genaugenommen, daß man zur Kollektivschuld kommt.

SPIEGEL: Das hat zum Beispiel auch Karl Jaspers geschrieben.

SARTRE: Das hat auch Jaspers gesagt, und ich habe mich übrigens gewissermaßen von seinen Ideen bei einigen besonderen Punkten inspirieren lassen, bei Punkten, die die Kollektivschuld als solche betreffen. Nur ist es offenbar, daß Franz in seinem Stolz das Problem der Kollektivschuld nicht in Betracht ziehen kann. Es interessiert ihn nicht. Es interessiert ihn deswegen nicht, weil er ein Gerechter ist, der seine Landsleute ethisch von der Reue befreien möchte, und weil er zu stolz ist zu denken, daß er keine anderen Fehler hat als die einfachen Soldaten. Für ihn gibt es das Problem der Verantwortlichkeit seiner selbst, und aus diesem Grunde sind seine Beziehungen zum Kollektiv-Problem stets mehr oder minder falsch oder verfälscht, wenn er davon spricht.

SPIEGEL: Das ist für ihn das Problem. Für uns ist das Problem, daß Gesell-

schaften existieren, in deren Namen Verbrechen begangen werden, die die Gesellschaft duldet, toleriert, aber nicht wahrhaben will. Der Musterfall in Ihrem Stück, den wir sehen, ist, daß die Schuldigen an diesen Verbrechen, zum Beispiel der stolze Franz Gerlach, Selbstmord verüben. Eine Gesellschaft wird aber darauf nicht warten können, daß die Schuldigen Selbstmord verüben.

SARTRE: Ja, das ist richtig, das ist durchaus richtig. Da ist in der Tat ein Widerspruch; aber was man ebenfalls sehen muß, ist nicht das Problem der kollektiven Verantwortung in seiner direkten Form, sondern das Problem eines einzelnen Menschen, der seine Verantwortung individuell erlebt, während sie tatsächlich an kollektive Strukturen gebunden ist. Sie sehen, was ich sagen will, nicht wahr. Zum Beispiel: Es kann Soldaten, französische Soldaten geben, die dazu gebracht worden sind, gewisse Ausschreitungen zu begehen, und wenn sie zurückkommen — ich habe Ihnen das bereits gesagt —, gibt es unter ihnen solche, die sich für die Angelegenheiten der Politik desinteressiert zeigen, die nicht gerade zum „Ohne mich" gehören, aber fast. Was mich in dem Stück interessiert, ist das Problem: was solche Soldaten empfinden, was sie denken über die Art, wie sie selbst abhängig sind. Ob sie sich dessen bewußt sind, was sie getan haben, und ob sie sich der Tatsache bewußt sind, daß dieses Bewußtsein stets ein wenig lügenhaft ist. Ich habe ja zu gleicher Zeit, wie ich das Verbrechen Franzens zeige, versucht, es als fast unabwendbar zu erklären. Es gibt einen kurzen Augenblick der Freiheit, und tatsächlich wirkte alles zusammen, um Franz zu seiner Tat zu führen. Natürlich hatte er die Freiheit, anders zu wählen, wenn auch nur in einem ganz kurzen Augenblick. Aber im Grunde ist er ein so sehr von seiner Familie Geformter, ein so sehr von diesem schrecklichen Erlebnis seiner Ohnmacht geformter Mensch, der zudem so wenig für die Liebe zu den Menschen, zum menschlich Bindenden erzogen wurde, daß er fast notwendigerweise das tun muß, was er dann auch getan hat. Nur: Er brauchte es natürlich nicht zu tun. Da erscheint natürlich das Problem der Freiheit, das wir nicht gemeinsam untersucht haben. Wenn Franz sich dem Vater gegenüber anklagt, kennt er noch nicht den Grad der Strafe für seinen Hochmut. Was ihm sein Vater erklären wird, ist, daß er im Grunde nichts anderes als das tun konnte, was er getan hat, und daß er infolgedessen selbst im Bösen ebenso ohnmächtig ist wie im Guten. Von diesem Augenblick an kann Franz nichts anderes als den Tod wählen.

SPIEGEL: Das „Tribunal der Krabben", von dem Sie sprechen, ist eine Allegorie. Ein Sinnbild wessen?

SARTRE: Für Franz Gerlach ist es nötig, daß sein Stolz, der tief gedemütigt ist, da ihm nichts gelang, eine Überkompensation findet, wie die Analytiker sagen. Das ist der Antrieb, sich zum Propheten seiner Nation und seines Jahrhunderts zu machen — vor den zukünftigen Jahrhunderten. Er tut es, und er tut es mehr noch in dem vollständigen, ungekürzten Text des Stückes als in der Bühnenfassung, denn dafür wäre das zu ausführlich. Ich wollte zeigen, daß Franz sich wirklich in diesem Augenblick — und das ist das einzig wahrhaft pathologische Element seines Falles, wenn Sie so wollen —, er hält sich wirklich in seinem Stolz für einen Zeugen der Jahrhunderte. Mit anderen Worten: Er ist in gewisser Weise ein laizistischer Luther, der nicht mehr vor Gott Zeugnis ablegt, sondern vor der Unendlichkeit der Jahrhunderte Zeugnis ablegt, was seine Art ist, auch hier Gott zu begegnen. Das also ist der erste Sinn. Aber gleichzeitig handelt es sich, wohlgemerkt, um eine Flucht, denn Franz rückt das Problem an eine andere Stelle. Es handelt sich für ihn nicht darum, daß es „Krabben" gibt, daß es Gott gibt, daß es was auch immer gibt. Es handelt sich auch nicht darum, augenblicklich für die Leiden seines Volkes zu zeugen, sondern es handelt sich vor allem darum, für das Zeugnis abzulegen, was er selbst getan hat.



Pariser Aufführung „Die Eingeschlossenen"*

SPIEGEL: Aber er tritt vor diesem imaginären Tribunal nicht als Angeklag-

* Serge Reggiani als Franz Gerlach, Fernand Ledoux als Vater.

ter auf, sondern stets und ausdrücklich als Zeuge.

SARTRE: Das ist seine Art, sich aus der Gesellschaft auszuschließen, sein Vermögen, zu sagen: „Ich bin Verteidiger dieses Deutschlands" und so weiter, aber zugleich sondert er sich ein wenig ab. Das ist das ein wenig pathologische Element, die Flucht und der Stolz. Aber was ich in allgemeiner Beziehung in diesem Stück deutlich machen wollte: Ich habe versucht, dem Zuschauer den Eindruck zu vermitteln — ich weiß nicht, ob es mir gelungen ist oder nicht —, daß es ein Urteil der Jahrhunderte über uns gibt, ebenso übrigens, wie es das Urteil eines anderen Jahrhunderts über das 19. Jahrhundert gibt oder über das 18. Jahrhundert; und ich möchte, daß sich der Zuschauer ein wenig als Objekt dieses Urteils genommen fühlt. Anders ausgedrückt: Das ganze Stück verhält sich wie zugleich gegenwärtig und in die Vergangenheit gerückt — nicht vergangen für uns, sondern vergangen in bezug auf etwas, das zusieht und dessen Urteilsspruch man nicht kennt.

SPIEGEL: Die „Krabben" bedeuten das Urteil der Geschichte?

SARTRE: Sie stellen offenbar das Urteil der Geschichte dar, das Urteil ...

SPIEGEL: Das definitive Urteil?

SARTRE: Unter uns gesagt: Es gibt kein objektives oder definitives Urteil.

SPIEGEL: Es gibt keine „Krabben".

SARTRE: Es gibt keine „Krabben". Aber es gibt trotzdem ein Urteil; ein relatives, aber fortwährendes Urteil. Zum Beispiel: Der Hauptmann Dreyfus war unschuldig; es gibt da kein Urteil, aber es ist absolut gewiß, nach fünfzig Jahren, daß über diese Affäre das Urteil gesprochen ist.

SPIEGEL: Sie haben gesagt, daß Franz Gerlach nur in ganz kleinen Momenten Freiheit gehabt hat, daß im Grunde, was er getan hat, für ihn unausweichlich gewesen ist. Ist diese Situation nach Ihrer Ansicht signifikant für die Situation der Deutschen jener oder der Menschen dieser Jahre?

SARTRE: Ja, ja, ich meine auch ...

SPIEGEL: Es gibt nur kleine Augenblicke der Alternative?

SARTRE: Hm, hm, hm — das ist, was ich denke, das ist meine Ansicht. Es gibt Psychoanalytiker, die etwas behaupten, was mir in höchstem Maße richtig zu sein scheint, nämlich: Daß die Verantwortlichkeit eines Verbrechers nicht in dem Augenblick gegeben ist, wo er tötet, sondern in dem Augenblick, wo er sich entschließt, zu dem Opfer in ein gewisses System von Beziehungen einzutreten, das ihn schließlich mehr oder minder zwangsläufig zum Töten hinführt. Diese Idee teile ich voll und ganz. Der Augenblick der Freiheit liegt in einem Moment, wo der Mörder noch eine Möglichkeit hat, die Beziehungen zu wechseln. Das von einem dieser Psychoanalytiker zitierte Beispiel ist: Ein junger Mann besitzt einen Oedipus-Komplex — kurz: Eifersuchts-, Haß- und Liebesgefühle zu seiner Mutter —, und er empfindet sehr wohl, daß ihn dies alles zu Gewalttätigkeiten gegen seine Mutter führen kann. Zugleich ist er aber zu ihr hingezogen und bleibt bei ihr. Es gibt Leute, die seine Probleme kennen und ihm Vor-

schläge machen, die diesem jungen Mann erlauben würden, in einer Provinzstadt, fern von seiner Mutter, einen Arbeitsplatz zu finden. Der Augenblick, wo er verantwortlich ist, ist der Augenblick, in dem er sich weigert, diesen Vorschlag anzunehmen, und in dem er sich engagiert, dieses Leben zu zweit zu führen, das ihn zum Töten bringt. Im Falle der Politik ist es genau das gleiche: Es gibt Augenblicke, die „pünktlich" sind, und in unserer heutigen Situation gibt es auch einen solchen Augenblick der Entscheidung . . .

SPIEGEL: In Frankreich?

SARTRE: In — in der Welt ebenfalls.

SPIEGEL: Wir haben in Deutschland...

SARTRE: Wir haben andere Probleme, aber die übrige Welt auch.

SPIEGEL: Wir haben in Deutschland die Definition des Theaters als einer moralischen Anstalt — von Schiller.

SARTRE: Ja.

SPIEGEL: In der antiken Tragödie hat der Held keine Alternative, weil er schuldig wird auf den Beschluß, auf eine Laune der Götter hin. Das Theater, als moralische Anstalt verstanden, müßte eigentlich dem Helden eine Alternative geben, anders zu handeln. Aber Franz Gerlach hat keine Alternative.

SARTRE: Nein, er hat keine Alternative — im Jahre 59. Er hatte eine im Jahre 44.

SPIEGEL: Franz ist also gewissermaßen bereits ein Toter, der überlebt hat.

SARTRE: In gewisser Weise, ja. Das wahre Problem ist eine Alternative trotzdem, aber das führt . . . Das wahre Problem jedenfalls besteht darin, ob Franz in der Degradierung weitergeht bis zu einem natürlichen Tode, der ihn mit siebzig Jahren ereilen kann, oder ob er eines Tages der Situation so, wie sie ist, gegenübertritt. Das heißt, ob er die Schlußfolgerungen aus seinem Tun und aus seiner Ohnmacht zieht.

SPIEGEL: Er sagt selbst: Sterben hat für ihn keinen Sinn, und die Tatsache, daß er in dem Stück stirbt, hat ebenfalls keinen Sinn.

SARTRE: Man hat mir vorgeworfen, daß ich ihn sterben lasse. Man hat gesagt: Warum lebt er nicht weiter, um sich loszukaufen? Aber das ist ziemlich absurd als Einwand. Wenn ein Bauer, verheiratet, Vater dreier Kinder, Soldat wird und nun in einem Krieg Exzesse begeht, dann zurückkehrt und wieder von den Notwendigkeiten seines Milieus aufgefangen wird, von der Pflicht, das Leben seiner Familie zu erhalten, so kann er sich langsam in einer Situation wieder zurechtfinden, die in der Tat eine neue Situation ist. Er hat es dabei nicht nötig, sich loszukaufen — für mich ist das Sich-Loskaufen eine religiöse Angelegenheit. Aber das Besondere in dem Fall von Franz ist: Er kann einfach nichts tun; er ist vorher ebenso ohnmächtig wie nachher — im Hinblick darauf, daß er ganz und gar dazu erzogen worden ist, ein Industriekapitän zu werden, und daß der Platz, für den man ihn bestimmt hat, nicht mehr vorhanden ist. Das heißt, Franz hätte dieser autoritative Chef des Familien-Unternehmens sein müssen in einer Epoche, wo der Besitzer wirklich Chef seines Unternehmens ist. Nun aber befindet er sich vor einer Art riesigem Kombinat, in dem er

nur noch eine zweitrangige Rolle spielen wird.

SPIEGEL: Er kann nur noch Briefe unterschreiben, die ein anderer für ihn aufgesetzt hat.

SARTRE: Natürlich hat er noch den Besitz, aber er hat nicht mehr die enorme Macht, die sein Vater zwanzig Jahre vorher besessen hat und die sein Vater dann verlor. Andererseits hat er solchen Stolz, hat er solche Schwächen in bezug auf andere Menschen — ich glaube, man nennt so etwas bei Ihnen „Kontaktschwäche —, er hat auch so wenig Sinn für eine Gemeinschaft, ob sie nun sozialistisch oder wie immer sei, daß er zu nichts nutze ist. Nicht, weil er getötet oder gefoltert hat, begeht er Selbstmord, sondern weil er entdeckt hat, daß er nichts mehr tun kann. Seine Ohnmacht tötet ihn. Übrigens fragt ihn der Vater: „Bist du noch zu etwas zu gebrauchen?" Aber er ist zu nichts mehr zu gebrauchen.

SPIEGEL: Hat das Publikum eine Alternative?

SARTRE: In dem Stück? Ah ja, das ist eine andere Frage.

SPIEGEL: Wird es zu einer Entscheidung provoziert, zu einer moralischen Entscheidung, zu irgendeiner Entscheidung — angesichts von Personen, die nichts mehr tun, nichts mehr ändern können?

SARTRE: Wissen Sie, nach meiner Meinung ist dieses Stück nicht ganz der Typus „moralische Entscheidung", es hat nichts von einer moralischen Entscheidung, viel weniger jedenfalls als meine vorhergehenden Stücke. Wenn Sie zum Beispiel „Die ehrbare Dirne" nehmen: Sie muß wählen zwischen der Lüge und der Wahrheit ...

SPIEGEL: Außer in „Huis-Clos" („Geschlossene Gesellschaft"), wo auch niemand mehr wählen kann.

SARTRE: In „Huis-Clos" gibt es keine Alternative. Und deshalb habe ich mein neues Stück mit „Huis-Clos" verglichen, weil es sich eher um ein deskriptives Stück handelt.

SPIEGEL: Die Helden sind tot.

SARTRE: Ja, in beiden Fällen sind sie tot, und in beiden Fällen stellt das, wenn Sie so wollen, den „gestorbenen Teil" von uns dar.

SPIEGEL: Franz kann nichts mehr tun. Aber können es die Zuschauer? Kann das Publikum sich loskaufen?

SARTRE: Ich habe Ihnen gesagt, daß die Ablösung von einer Schuld, das Loskaufen von einer Schuld, für mich nicht viel Sinn hat, weil ich nicht an die Reue glaube. Aber grundsätzlich kann sich ein Soldat, der aus Algerien heimkehrt, natürlich mit seinem Gewissen auseinandersetzen und dann zu einer Bewegung stoßen, zu einer Parteiorganisation zum Beispiel, die den Frieden in Algerien fordert. Er kann genau sagen, was er denkt, und Zeuge werden — Zeuge seiner selbst ebenso wie Zeuge der anderen, er kann handeln. Und es kommt übrigens gerade auf die Art an, in der die Leute an den Frieden denken, wie sie sich gegenüber den Soldaten benehmen — das heißt, wenn sie sagen: „Ja, einverstanden, aber das muß jetzt anders werden, man muß Schluß machen. Du hast das getan, du bist vor diesem und jenem ausgewichen — aber das ist kein Grund, sich vom Leben zurückzuziehen."



Hamburger Aufführung „Geschlossene Gesellschaft"*

SPIEGEL: Der alte Gerlach hat in Ihrem Stück einen zweiten Sohn, Werner, Johannas Mann, der das Unternehmen erbt. Er wirkt nicht gerade sympathisch, aber er ist einer von denen, die sagen: „Das ist alles kein Grund, sich vom Leben zurückzuziehen."

SARTRE: Was ich zu machen versucht habe — nach ein wenig komplexen Aufrissen —, ist zunächst, die Beziehungen von Menschen in einer bestimmten Situation aufzuzeichnen, zu zeigen, wie schließlich in dieser Gruppe ein jeder das Schicksal aller anderen ist. In „Huis-Clos" war es anders: Das war eine Hölle, und jeder war der Henker der beiden anderen — aber das ist eine ganz außergewöhnliche Situation. Die Leute haben übrigens sehr schlecht verstanden, was ich habe sagen wollen, denn man hat sich vornehmlich eingeprägt, daß die „Hölle" die anderen sind — das wäre dann so, als wenn wir unsere Zeit damit verbringen müßten, ein jeder der Henker des anderen zu sein. Das ist aber keineswegs das, was ich sagen will.

SPIEGEL: „Die Hölle, das sind die anderen" — der Satz ist ja aber wohl auch nicht als Aufforderung verstanden worden, nun umgekehrt den anderen ebenfalls das Leben zur Hölle zu machen.

SARTRE: Ich wollte an einer geschlossenen Situation zeigen, wie das schwächste Glied der Kette in Wirklichkeit ebenso wichtig ist wie alle anderen. Ich habe zu zeigen beabsichtigt, wie das Schicksal von Franz in dieser Geschichte von jedem der anderen abhängt, einschließlich der Entscheidungen des Schwächsten, Werner. Wenn der Bruder Werner sich nicht entschlossen hätte, aus Stolz und Eifersucht — gegen Ende des dritten Aktes — in der Familie zu bleiben, dann hätte es keinen vierten Akt gegeben. Vielleicht wäre Werner davongegangen, und Franz hätte sein Leben fortgesetzt, nicht wahr — aber die Eifersucht Werners zwingt seine Frau, nach oben (zu Franz) zu gehen und so weiter. Infolgedessen interveniert der Vater selbst bei Leni, und den Fortgang der Geschichte kennen Sie. Was ich zeigen wollte, vom Theatralischen her, ist eine Art Kreislauf der Handlung. Es dreht sich nicht (wie bei „Huis-Clos") um eine Handlung mit drei Personen, deren Schema das Dreieck ist, sondern vielmehr um eine Handlung mit fünf Personen, eine Handlung, die kreist, und zwar so, daß sie die Verschiebung des Schicksals eines jeden zeigt. Jeder ist das Schicksal eines jeden.

SPIEGEL: Also stellt die Familie schon in gewissem Sinne die Gesellschaft dar.

SARTRE: Hier repräsentiert die Familie die Gesellschaft.

SPIEGEL: Aber ausgerechnet der Schwächste von den fünfen, nämlich Werner, hat vor unseren Augen als einziger die Freiheit der Alternative.

SARTRE: Ja. Das ist richtig. Aber wenn ich die Zeit gehabt hätte — nur wäre das Stück dann zu lang geworden —, hätte ich den Charakter Werners weiterentwickeln wollen. Denn so, wie er in dem Stück erscheint, wirkt er als der Schwächste und infolgedessen als ein Mittelmäßiger. Das ist keineswegs so. Hätte ich die Zeit gehabt, hätte ich ihn anders gemacht; ich hätte gewollt, daß er ein wahrhaft humaner Mensch ist, wenn er in Hamburg als Advokat lebt. Ich hätte gewollt, daß er bis zum Ende die Möglichkeit einer Wahl darstellt, daß er es ist, der die wirkliche Wahl ist: die Familie oder die Freiheit — aber dann zögert er, und ich möchte sogar sagen, bis zum Schluß. Seine Befreiung, gerade durch den Tod seines Vaters und seines Bruders, gibt ihm die Möglichkeit, sein Leben, sogar mit Johanna, neu zu überdenken. So wäre die Persönlichkeit Werners gewesen, wenn man mir fünf Stunden Spielzeit gegeben hätte. Aber es ist klar, daß man sie mir nicht geben konnte.

SPIEGEL: Herr Sartre, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Von links: Hilde Krahl, Richard Lauffen, Edda Seipel.



KRAFTFAHRT

RECHTSLENKUNG

Gewisse Vorteile

Das unauffällige Vehikel, das der Porsche-Rennfahrer und Auto-Journalist Richard von Frankenberg im letzten Vierteljahr durch das Verkehrsgewühl süddeutscher Großstädte lenkte, war zu Studienzwecken von den NSU-Werken Neckarsulm zur Verfügung gestellt worden. Die Erfahrungen, die er bei den Versuchsfahrten sammelte, kennzeichnete der versierte Wagenlenker von Frankenberg mit drei Worten: „Urkomisch und lustig."

Das NSU-Mobil Typ „Prinz" entstammte nämlich der Exportproduktion der Neckarsulmer Firma und war ein „Rechtslenker". Anders als bei den meisten in Deutschland zugelassenen Automobilen befand sich das Lenkrad nicht auf der linken, sondern auf der rechten Seite des Wagens. Berichtete von Frankenberg: „Ich hatte jedesmal großen Spaß, wenn ich an einer Kreuzung rechts neben einen wartenden Wagen heranfuhr und der andere völlig verdutzt bemerkte, daß in dem ‚Prinz' die Stelle, an der normalerweise der Fahrer sitzt, leer war."

Rennfahrer von Frankenberg hatte den rechtsgelenkten Kleinwagen entliehen, um sich — für einen Kommentar im Regionalprogramm des Stuttgarter Fernsehsenders — Klarheit über eine Frage zu verschaffen, die in der letzten Zeit auch im Bundesverkehrsministerium und in verschiedenen Expertengremien eingehend diskutiert wurde: Sollen die deutschen Kraftfahrer weiterhin vom linken Sitz aus ihr Fahrzeug lenken, oder soll in der Bundesrepublik allgemein die Rechtslenkung eingeführt werden?

Auch in anderen europäischen Ländern gibt es ernsthafte Bestrebungen, die althergebrachte Lenkradanordnung umzustoßen. So existiert in der Schweiz ein „Initiativkomitee für Rechtslenkung", das mit großem Aufwand die Einführung rechtsgelenkter Autos propagiert, und in Schweden war die Frage nach dem zweckmäßigen Platz des Lenkrads sogar Gegenstand einer ausführlichen Untersuchung.

Das Beispiel Schweden zeigt, daß die Placierung des Fahrers auf der zur Straßenmitte gelegenen Wagenseite — also: Linkslenkung bei Rechtsverkehr und (in England und dem Commonwealth) Rechtslenkung bei Linksverkehr — keineswegs als Norm gelten kann. Die Schweden fahren zwar nach den Regeln ihres Landes links, die meisten schwedischen Autos sind dennoch mit Linkslenkung ausgerüstet. Dazu das schwedische Untersuchungsergebnis: „Linkslenkung bietet im Linksverkehr die größeren Vorteile."

Auch deutsche Automobil-Experten, die längere Zeit einen — zumeist ausländischen — Rechtslenker benutzten, erklärten nach Abschluß der Testfahrzeit, daß sie die Rechtslenkung vorteilhaft beeindruckt habe. Die Gründe:

▷ Die Rechtslenkung veranlaßt den Fahrer mehr als die Linkslenkung, strikt rechts zu fahren, wodurch auf den Straßen mehr Platz geschaffen wird.

▷ Bei ungünstigen Sichtverhältnissen — bei Nacht oder Nebel — sowie auf schmalen, kurvenreichen Straßen kann sich der Fahrer besser am rechten Straßenrand orientieren.

▷ Der Fahrer kann den Wagen direkt am Bürgersteig verlassen oder besteigen, wodurch die Unfallgefahr vermindert und das Parken erleichtert wird.

▷ Bei Dunkelheit wird der Fahrer eines rechtsgelenkten Automobils erheblich weniger von den Scheinwerfern der entgegenkommenden Fahrzeuge geblendet.

Diese Argumente veranlaßten das Bundesministerium für Verkehr, selbst



Rennfahrer **Frankenberg**
Fahrersitz war leer

Versuchsfahrten mit einem rechtsgelenkten Pkw zu veranstalten. Die Bonner Rechtslenker kamen, wie sie in einem „Vermerk betr. Rechtslenkung in Kraftfahrzeugen bei Rechtsverkehr" den einschlägigen Stellen und Fachverbänden mitteilten, zu dem Resultat: „Die Versuche haben eine gewisse Überlegenheit der Rechtslenkung ergeben."

Weitere Erfahrungsberichte steuerte die Deutsche Bundespost bei, die den größten Park rechtsgelenkter Fahrzeuge in Deutschland besitzt. Die Rechtslenker werden vorwiegend bei der Entleerung von Briefkästen eingesetzt; sie sollen es den Postbeamten ermöglichen, mit den Briefsäcken direkt vom Bürgersteig in den Wagen zu klettern.

Was die Rechtslenker der Bundespost für das Bundesverkehrsministerium zu Protokoll gaben, sprach gleichfalls für die Anordnung des Steuerrads auf der rechten Seite:

▷ 91,1 Prozent der Befragten empfanden es nicht als Nachteil, „rechtsgelenkte Wagen zu fahren";

▷ 62,5 Prozent meinten, „die Rechtslenkung veranlasse in größerem Maße

als die Linkslenkung dazu, möglichst weit rechts zu fahren";

▷ 57,1 Prozent gaben an, „daß die Rechtslenkung bei Fahrten auf schmalen, kurvenreichen Straßen und bei Nebel ... bessere Sichtverhältnisse bringt".

Die Post-Umfrage offenbarte allerdings auch den wesentlichen Nachteil dieser Lenkradanordnung: die verschlechterten Sichtverhältnisse beim Überholen. Nicht weniger als 71,4 Prozent der Briefkasten-Entleerer gaben zu Protokoll, die Rechtslenkung erschwere „das Überholen im allgemeinen". Auf die Frage „Erschwert die Rechtslenkung das Überholen innerhalb von Ortschaften?" antworteten 72 Prozent mit „Ja".

Als weiteres Argument gegen die Rechtslenkung führt die Verlautbarung des Verkehrsministeriums die Erfahrung an, „daß die Beobachtung nach rückwärts im linken Außenspiegel erschwert wird". Dieser Nachteil könne „durch rechts angebrachte Außenspiegel nur zum Teil ausgeglichen werden".

Obschon auch im Rundschreiben des Verkehrsministeriums die Argumente zugunsten der Rechtslenkung überwiegen, kamen die Bonner Verkehrssachwalter — im Amtsdeutsch — zu dem salomonischen Schluß, „daß sowohl die Rechtslenkung als auch die Linkslenkung besondere Vorteile bieten, aber auch Nachteile, die eine obligatorische Einführung der einen oder der anderen Anbringungsart jedenfalls für alle Fahrzeuge nicht geboten erscheinen lassen". Sie wollen freilich noch prüfen, ob die Rechtslenkung „für langsam laufende Fahrzeuge" vorgeschrieben werden soll, wie in Italien und in der Schweiz.

Zum gleichen Ergebnis kam auch der private Versuchsfahrer von Frankenberg. Seiner Ansicht nach „stehen die Vor- und Nachteile der beiden Lenkungsarten fünfzig zu fünfzig", so daß eine generelle Umstellung „sinnlos" wäre. Nur für schwere Lastwagen und Busse findet von Frankenberg die Rechtslenkung nützlich: „Die sollen rechts fahren und müssen ohnehin selten überholen."

Das Bundesverkehrsministerium hielt es für richtig, in seiner Verlautbarung zu betonen, daß es den deutschen Kraftfahrern weiterhin überlassen bleibt, ob sie einen Wagen mit Links- oder Rechtssteuerung fahren wollen. In dem ministeriellen Rundschreiben heißt es ausdrücklich: „Vorschriften über die Anordnung der Lenkung (rechts oder links) bestehen in der Bundesrepublik nicht."

FERNSEHEN

OST-WERBESENDUNGEN

Alles mit Ei

Die Kamera schwenkt von einer Tafel mit der Aufschrift „Tausend Tele-Tips" auf Anneliese Müller, eine rundliche Dame von zurückhaltender Haushaltsberaterinnen-Eleganz. „Sehen Sie mal, sieht das nicht wunderbar aus?" beginnt sie über ein Teeservice zu plaudern, das aus der Produktion des VEB Union Quedlinburg stammt und — was die Fernseher freilich nicht erkennen können — besonders farbenfroh geraten sein soll. Dann bittet sie eine Kollegin herbei, die mit einem Brieföffner

Telemann

ROSE UND REIHER

Das ist das Bedeutsame an dieser Hochzeit ... und wird viele Engländerinnen mit dem Gefühl der Freude erfüllen: Jeder Engländer, der zur anglikanischen Kirche gehört, kann sich in der gleichen Form trauen lassen, wie das heute Prinzessin Margaret erlebt ...", übertrieb Hans-Joachim Friedrichs, der Fest-Kommentator des deutschsprachigen Fernsehens, während in der Westminster-Abtei zu London ein Geschehnis statthatte, das — wahlweise — als „Hochzeit des Jahrhunderts" („News Chronicle") oder als „Rosen-Hochzeit" (Elizabeth II) in die Weltgeschichte eingehen wird.

Wäre Telemann befugt, historische Daten zu taufen, würde er den 6. Mai 1960 als den „Tag des Hutes" bezeichnen. Denn schier nichts anderes als Kopfputz wippte und wogte auf seiner Bildscheibe: Hüte, besteckt mit Rosen, Maßliebchen und anderen Kindern der Flora; Hüte, die auf ein jähes Fischreiher-Sterben hindeuteten (Königinmutter); Hüte aus Fliegengitter, gefrostetem Beerenobst oder Stachelschwein (Stiefmutter II des Bräutigams) — sie alle kündeten von der Vorliebe dieses Inselvolkes, Dinge, die der Schmückung dienen, dort anzubringen, wo sie am meisten stören; eine Eigenart, die es beispielsweise auch der Königlichen Berittenen Garde ermöglicht, den Kinnriemen unter der Nase zu tragen.

Außer dem Kopfputz-Gepränge war an dieser Hochzeit nur eines bedeutsam: die Organisation. Sie klappte so erstaunlich gut, weil alle hohen Gäste so erstaunlich pünktlich waren. Und sie waren alle so pünktlich, weil sie das Sprichwort der „Höflichkeit der Könige" kannten und überdies wußten, daß es für noch bestehende Monarchien nichts Erhebenderes gibt, als Republiken zurufen zu dürfen: „Da seht ihr, was ihr aufgegeben habt" — wobei immer ein wenig Schadenfreude mitschwingt. Weiß man doch: Ein Land, das sein gekröntes Haupt einmal vergrault hat, kriegt nicht so leicht eins wieder.

Freilich verlangt solch monarchistisches Lustgefühl Opfer. Wer königlichen Blutes ermangelt, der muß eben, wenn's ans An- oder Abfahren geht, ein schickliches Weilchen länger beten. Und sei er Winston Churchill persönlich. Monarchist sein heißt: warten können, bis der richtige Bentley vorgefahren ist.

Weil am vergangenen Freitag alles so hübsch gesittet und soigniert vonstatten ging, brauchte sich auch das Fernsehen nicht in unziemliche Hast zu stürzen. Es brauchte nichts weiter zu tun, als dafür zu sorgen, daß hundert Fachleute zur rechten Zeit auf den rechten Knopf drückten — und siehe, schon wirkte die Live-Übertragung wie ein mustergültig geschnittener Dokumentarfilm. Dies lag jedoch nicht allein an der Disziplin der erlauchten Statisten, sondern auch an den insgesamt 49 Kameras, die jede Phase der Festlichkeit aus jedem erdenklichen Blickwinkel erfaßten. Vor allem aber lag es daran, daß Englands Fernseh-Techniker den Ruf, die besten der Welt zu sein, erneut verdient haben.

Alte Hüte hin, Monarchen her — was 300 Millionen Margaret-Interessenten „Live" oder als Aufzeichnung zu sehen bekamen, war ohne Zweifel die bestbesuchte Hochzeit der Menschheitsgeschichte, und daß sie eines Photographen Hochzeit war, wird nachgeborenen Soziologen noch so manches tiefschürfende Sinnbild entlocken; zumal wenn sie erfahren, daß Tonys Beinahe-Kollegen vom amerikanischen Fernsehen versprochen hatten, das Ereignis mit „stiller Würde", sprich: ohne Werbe-Einblendungen, wiederzugeben.

Im übrigen handelte es sich um die erste Kopulation, die durch die Vokabel „Fernseh-Hochzeit" in einem Maße gekennzeichnet wird, wie es dem neuesten Stand der Technik entspricht: Nicht nur die Margaret-Verehrer in den USA, in Kanada, Hongkong, Australien und Nigeria, nein, auch die Festgäste in der Westminster-Abtei wurden auf elektronischem Wege, nämlich durch mehrere geschickt verteilte Klein-Bildschirme in Rührung versetzt.

Wer weiß, vielleicht war der Aufwand deshalb so eindrucksvoll, weil zugleich mit dem freudigen ein betrübliches Ereignis gefeiert wurde: ein „Begräbnis", wenn man sich so gemütsroh ausdrücken will. Denn an diesem Maienvormittag begegnete auch der letztmöglichen Märchengestalt unserer Zeit etwas Menschliches. Sie wurde, was eine richtige Prinzessin zwar werden möchte, aber nicht werden darf: Frau Armstrong.

Gewiß, noch sind die Tage der Rosen. Noch furcht die königliche Jacht „Britannia" durchs Karibische Meer und die Boulevard-Presse durch des Flitterwöchners Vorleben, exotischer Entdeckungen allzeit gewärtig. Noch! — Aber wie soll es weitergehen?

Prinzessin Sorayas traurige Augen verfangen nicht mehr; der Schähin Farah gebricht es an gynäkologischen Besonderheiten sowie am Berliner Blut; das Fürstenpaar von Monako war ohnedies nur eine Notlösung — und was da in niederländischen und skandinavischen Königshäusern heranreift, ist so geheimnisumwittert wie eine Packung Stärkemehl.

Nicht nur der Illustriertenleser, auch der Fernsehzuschauer wird sich dareinschicken und ein paar Jahre warten müssen. Wenn nötig, bis zu Prinzessin Annes erster Verlobung oder einem anderen weltweiten Freudentag.

Denn merke: „Die Begeisterung für die königliche Familie ist nicht nur in England recht groß" (Hochzeits-Kommentator Hans-Joachim Friedrichs).

in eine Los-Urne sticht und ein beschriftetes Kärtchen herausangelt. Mühsam buchstabierend ermitteln beide „H. Leutner, Kreis Erbisdorf, Langenau 262 e", als den künftigen Besitzer des zierreichen Teegeschirrs: Der DDR-Fernseher Leutner hatte gewußt, daß „Milwa" kein Milchpulver, sondern ein Waschpulver ist, und sich damit zur Teilnahme am Quiz der neuesten Sendung des DDR-Werbefernsehens qualifiziert.

Schon seit geraumer Zeit sind die Ostberliner Funk-Funktionäre bemüht, das Werbefernsehen in den Bezirken der Planwirtschaft anzusiedeln. Am 8. Juni vorigen Jahres lief die Versuchsreihe „Notizen für den Einkauf" an, die einmal wöchentlich über die Mattscheiben flimmerte. „Filzlatschen-Reklame", urteilte Fernsehkritiker „Sehbär" im Westberliner „Abend" und brummte: „Filzlatschen, Haarwasser, Strümpfe und Schnelltanken — alles volkseigen, das sind so die Sachen, die dem Einkaufslustigen angepriesen werden."

Naturgemäß sind den Werbeleuten in der DDR Beschränkungen auferlegt. Ein wirtschaftlicher Konkurrenzkampf, der, wie in Westdeutschland, die Inseratenteile der Zeitungen zu immer größerem Umfang anschwellen läßt, findet nicht statt. Seit einigen Monaten müssen die Blätter in der DDR sogar weitgehend auf Stellenanzeigen verzichten: Es erwies sich, daß sie zu einer höchst unerwünschten Fluktuation der Mangelware Arbeitskraft führten. Die Anzeigenteile der ostdeutschen Presse sind entsprechend mager. Sie reichen von der Aufforderung, in HO-Läden zu kaufen, bis zu Gratulationen anläßlich sozialistischer Festtage.

So war denn auch die Fernseh-Werberedaktion in Berlin-Adlershof, zu deren Aufgaben es gehört, sozialistische Betriebs-, Absatz- und Werbeleitungen zu beraten, um Reklame-Themen verlegen. Doch „Neues Deutschland", das Pflichtblatt der ostdeutschen Kommunisten, verkündete: „In der sozialistischen Werbung erfahrene Fachleute, bewährte Autoren, Regisseure, Schauspieler, Trickzeichner, Puppenspieler werden der Industrie helfen, wirksame Streifen in Real-, Zeichen-, Sach- und Puppentrickfilm zu gestalten."

Das Ergebnis dieser Bemühungen, die neue Sendereihe „Tausend Tele-Tips", konnten die DDR-Fernseher erstmals Ende vergangenen Monats auf ihren Bildschirmen ausmachen. Sie sahen beispielsweise einen Marionetten-Traktoristen, der vergessen hatte, seinen Lotto-Tip abzugeben, und, um sein Versäumnis gutzumachen, in letzter Minute auf dem Moped durch die Landschaft rast. Er kollidiert mit einem Keiler und trifft, auf dem Wildschwein reitend, noch rechtzeitig in der Wett-Annahmestelle ein, wo man ihm bedeutet, daß er sich solche Hetze künftig ersparen könne, wenn er einen Abonnements-Tip abschließe.

Andere Werbe-Einblendungen zeigten mürrische Leute, die sich die Wartezeit an einer Tankstelle mit Jo-Jo-Spielen vertreiben. Ihre Mienen hellen sich auf, als der Tankwart erläutert, daß man rascher zu Benzin kommen könne, wenn man sich des VEB-Minol-„Schnelltankens" bediene. Dabei handelt es sich freilich nicht um eine technische Revolutionierung der Tank-Prozedur, sondern um eine besondere Finanzgebarung: Benzin wird nur zu runden Summen abgegeben, so daß man nicht auf Wechselgeld zu warten braucht.



Lotto-Reklame im **DDR-Werbefernsehen**: Tips von Müller

Auf weibliche Werbe-Konturen mochten die Reklame-Werker in Ostberlin ebenfalls nicht verzichten. So ließen sie ein Mottenpulver namens „Texyl" („Riecht nicht und wirkt doch") durch zwei junge Frauen propagieren, die einander mottenzerschlissene Pullis zeigten. Die Vorzüge eines DDR-Strumpfes wurden an einem Damenbein verdeutlicht, das nur im Schattenriß sichtbar war. („Achten Sie auf die rot-weißen Packungen. Sie achten auf Güte und Zuverlässigkeit.")

Der Küchenmaschine „Komet" wurden Fähigkeiten nachgesagt, wie sie bundesdeutsche Hausfrauen von ihren Küchenwundern gewöhnt sind. Und ein Papphahn vor gemalten Eierstapeln schließlich („Alles mit Ei") offerierte, was auch jedes Kochbuch kennt: Omelette Confiture, Verlorene Eier und Eier in Remoulade.

Trotz dieser kärglichen Tele-Tips dachten die Ostberliner Fernseh-Funktionäre anfangs daran, die 15-Minuten-Sendung zweimal wöchentlich auszustrahlen. Offenbar wegen mangelnden Werbematerials blieb es aber dann bei einer Sendung, die zudem mit einem

Quiz ausgestattet wurde, um das Interesse der Fernseher wachzuhalten.

So galt es in der letzten Woche, der Werbe-Dame Anneliese Müller behilflich zu sein, die beim Staubwischen ihre Bildersammlung durcheinandergebracht hatte. Wem es gelang, ein van-Gogh-Bild zu identifizieren, hat in dieser Woche die Chance, die gepriesene „Komet"-Küchenmaschine einzuheimsen.

FILM

SÜDAFRIKA

Heiß wie Semmeln

Fast ein Jahr lang mühten sich die Hersteller des Films „Come Back, Africa" vergebens, ihr abendfüllendes Flimmerwerk in amerikanische und europäische Kinos zu schleusen. Obwohl der Film anläßlich der internationalen Festspiele von Venedig, Berlin, Edinburgh und Vancouver gezeigt und allenthalben mit gemessenem Lob bedacht wurde, mochte sich kein Verleiher entschließen, das Opus unter der Kinobesitzer-Kundschaft herumzureichen. Selbst Filmkunsttheater bekundeten nur mäßiges Interesse. „Come Back, Africa" schien aller Attribute eines Kassenschlagers zu ermangeln.

Seit Ende vergangenen Monats jedoch gilt der Film als Attraktion. Vor dem Londoner „International Film Theatre" formierten sich lange Schlangen erwartungsvoller Kinogeher. Das unweit des Broadway gelegene „Bleeker Street Cinema" in New York, wo der Film Anfang April fast unbeachtet angelaufen war, meldete von Vorstellung zu Vorstellung stärkeren Andrang. Ein holländischer Verleiher übernahm das Werk in sein Programm, und führende Zeitungen westlicher Metropolen feierten den Film in spaltenlangen Elogen.

Der Kritiker der angesehenen Londoner „Sunday Times", der den Film nach der Edinburgher Festival-Aufführung im vergangenen Jahr mit einigen Zeilen über „interessantes Material" abgetan hatte, schrieb nun: „Als ich ‚Come Back, Africa' damals sah, glaubte ich, der Film sei zusammengehauen. Doch Umstände ändern Filme. Was sich seitdem ereignet hat, macht dieses Kinostück auf brutale Weise interessant."



Rogosin

Die Umstände, auf die das Blatt anspielte, waren die blutigen Rassenkrawalle in Südafrika: „Come Back, Africa" ist ein halbdokumentarischer Filmbericht über die Misere der südafrikanischen Neger, den der 36jährige Amerikaner Lionel Rogosin vor anderthalb Jahren mit Hilfe eines Tarn-Manövers im Verwoerd-Staat gedreht hat. Durch die Massaker von Sharpeville (SPIEGEL 14/1960) wurde er unversehens hochaktuell. „Der Film ist so heiß wie eine frisch gebackene Karfreitagssemmel", konstatierte der Londoner „Observer".

Schon der Titel verrät, wie Lionel Rogosin seinen Film verstanden wissen

will. Die Wendung „Come Back, Africa" („Kehr zurück, Afrika") ist der Hymne des „Afrikanischen Nationalkongresses" entlehnt, der seit Jahrzehnten um die Menschenrechte der dunkelhäutigen Afrikaner kämpft. Rogosins Kamera fährt denn auch dorthin, wo britische Zeitungen „menschliches Elend, Entwürdigung, Grausamkeit und Schmutz" vermuten: in die stinkenden Slums des — inzwischen abgerissenen — Johannesburger Wellblech-Vororts Sophiatown („News Chronicle": „Ein bevölkerter Misthaufen"). Sie fährt in die profitträchtigen Goldminen, wo die Schwarzen preußischstramm mit ihren Schaufeln exerzieren müssen, ehe sie zu arbeiten beginnen, in die verborgenen Spelunken, die „Shebeens", in denen sich die zerlumpten Mohren das zuführen, was laut Gesetz für die Weißen reserviert ist: Schnaps.

Die Ausgestoßenen-Thematik war dem Rogosin nicht fremd. Vor sechs Jahren war er bereits in die Elendsquartiere ten, als er Rassenproblem und Negermilieu ausgiebig studiert hatte, ließ er aus Europa zwei Kameramänner und einen Tontechniker kommen — angeblich, um einen biederen Reisefilm über Land und Leute zu kurbeln, der zudem nach Art eines Musicals aufgezogen werden und die natürliche frohe Art der schwarzen Bevölkerung bezeugen sollte. Mit solchen Sprüchen gelang es Rogosin tatsächlich, den Behörden eine Filmerlaubnis abzuschwatzen.

Den Drehbuchentwurf, den er innerhalb weniger Tage zu Papier brachte, hielt er geheim. Danach drehte er, drei Monate lang Tag für Tag und oft unter den Augen der argwöhnischen Polizei, insgesamt 36 000 Meter Film. Die Zelluloid-Rollen wurden im Photo-Labor des Verwoerd-Anhängers van den Bergh entwickelt und jeden dritten Tag mit Luftfracht nach den USA gebracht.

Womit Rogosin sein Filmmaterial belichtet hatte, erfuhren die südafrikani-

Spelunken-Szene aus **„Come Back, Africa"**: Musical auf dem Misthaufen?

von New York hinabgestiegen. Sein Bericht über die menschliche Kloaken-Fauna („On The Bowery") verschaffte ihm lobende Kritiken und sogar Festival-Preise.

Der künstlerische Erfolg des kellerkinematographischen Erstlingswerkes bewog wenig später die Uno, ihm den Auftrag zu erteilen, über das Schicksal der ungarischen Flüchtlinge einen Dokumentarfilm zu drehen. Titel des ebenfalls lobend aufgenommenen Films: „Out". Das nächstfolgende Projekt, ein Dokumentarfilm-Versuch über Israel, scheiterte daran, daß die israelischen Behörden dem kameragewaltigen Filmmann aus USA nicht genügend Freizügigkeit einräumten.

Durch solche Erfahrungen gewitzt, bediente sich Rogosin bei seinem nächsten Unternehmen, „Come Back, Africa", einer List. Er reiste zunächst als Tourist nach Südafrika. Erst nach neun Monaschen Behörden und der düpierte van den Bergh erst viel später aus der Weltpresse. Wohl enthielt der Film etliche Bildfolgen, die sich in einem Leinwand-Musical trefflich ausgenommen hätten — ausgelassene Negerboys beim Flöten-Jazz, tanzende Negermamas in bunten Kattunfetzen —, doch das Gesamtepos glich keinesfalls einem leutseligen Reisebericht. Es war vielmehr, wie das amerikanische Nachrichtenmagazin „Time" fand, „eine Entsetzen erregende Tatsachenstudie in den schwarzen Tiefen der südafrikanischen Gesellschaft".

„Come Back, Africa" schildert die Geschichte Zachariahs, eines bärtigen Zulu mit melancholischem Blick, der — in der fatalen Hoffnung auf ein besseres Leben — seine ländliche Heimat verläßt und sich einen neuen Lebensplatz in den Randgefilden der Zivilisation sichern will. Nach der ersten Enttäuschung in den Goldminen sucht er in der Neger-Niederung Sophiatown Unterschlupf, kriecht „wie ein Käfer im Müll" („Time") durch die Slums und versucht lange Zeit vergebens, einen Paß zu erhalten, ohne den er jederzeit ins Gefängnis kommen könnte. Er verliert seine Posten als Kellner und Wagenwäscher, kaum daß er sie angetreten hat. Der Entlassungsgrund ist allemal gegeben, wenn die weiße Hausherrin meint, der „verdammte Kaffer" habe sie lüstern anvisiert.

In einem der illegalen Schnapskeller, in denen sich abspielt, was in höheren Etagen des sozialen Gefüges als gesellschaftliches Leben bezeichnet würde, verfeindet er sich zudem mit dem Anführer der lokalen Neger-Gangster (im Zulu-Idiom: „Tsotsis"), die sich scharenweise herumtreiben. Als Zachariahs Frau mit den Kindern nach Johannesburg kommt, um sich ebenfalls inmitten der Schuttszenerie anzusiedeln, vollziehen die Schwarzen das Drama unter sich. Eine Polizeistreife ertappt Zachariah nächtens bei seiner Frau, die eine Stellung als Dienstmädchen angenommen hat, und befördert ihn deshalb ins Gefängnis. Unterdessen bedrängt der Tsotsi Zachariahs Frau und erwürgt sie, als sie sich ihm verwehrt. Zachariah findet sie bei seiner Rückkehr ermordet auf dem Bett. Mit einem Ausbruch ohnmächtiger Wut endet der Film.

Bis auf eine Ausnahme — die Negersängerin Miriam Makeba — hatte sich Rogosin sämtliche Darsteller auf den Straßen Johannesburgs zusammengesucht. Er rekrutierte sie aus den Warteschlangen an den Bushaltestellen und an Fahrkartenschaltern. Hauptdarsteller Zachariah Mgabi — im Zivilleben der Angestellte Zachariah Mgabi — war ein Fund auf dem Bahnsteig. Rogosin: „Ein Film-Idol, das seit 50 Jahren da ist, kann ich nicht brauchen."

Während der Dreharbeiten wußten die Schwarzen oft nicht recht, woran sie eigentlich mitarbeiteten. Regisseur-Produzent Rogosin gab zuweilen nur Stichworte und überließ es dann den Negern, das sparsam skizzierte Handlungsgerüst mit Dialogen und Gesten auszufüllen. Auf diese Weise inspirierte Rogosin sein Ensemble zu einigen Szenen von beeindruckender Authentizität. Ein anfangs aufgeregtes, schließlich weinerliches Schnaps-Palaver über die schier ausweglos anmutenden Rassenprobleme bot sich so überzeugend dar, daß der Korrespondent der „Welt" aus New York meldete: „Kein Autor hätte einen humaneren Dialog, kein Regisseur ein lebensechteres Bild brüderlichen Zusammenseins hervorbringen können."

Rogosin selbst wertete den Film, wie er einem südafrikanischen Journalisten später gestand, als eine Art „Vorgriff auf die südafrikanische Revolution". Seine Mitarbeiter berichteten: „Als er den Film zu drehen begann, fühlte er wie die Schwarzen, sah wie die Schwarzen und reagierte wie die Schwarzen."

Die Südafrikaner wurden diese ideologische Einfärbung erst gewahr, nachdem Rogosin mit dem letzten Filmmaterial das Land verlassen hatte. „Jeder kommt und macht Filme über Südafrika", schnaubte Außenminister Louw. „Es wird Zeit, daß wir unsere Leute ins Ausland schicken, damit sie dort die Mißstände filmen."



MUSTERRING-PAROLE 1960:

Laßt uns schöner wohnen!

Diese Parole ist so alt wie das Wohnen selbst und so aktuell wie nie zuvor. Jeder sollte sie sich zu eigen machen, denn in einem eigenen Heim mit neuen und schöneren Möbeln zu wohnen, alle Behaglichkeit des Daheimseins auszukosten – das ist das Glück im eigentlichen Sinne.
Der Musterring ist der große und berufene Helfer für alle, die sich in diesem Jahr mit guten und praktischen Möbeln ein schönes Heim schaffen wollen. Repräsentation, Großzügigkeit und behagliche Eleganz bestimmen den Eindruck dieses schönen Wohn-Arbeits-Zimmers. Ausführung in Nußbaum natur matt, innen weißer Ahorn. Metall-Fußgestell bei Schrank, Schreibtisch und Anrichte matt vernickelt. Im Schrank hinter der rechten Klappe ein Stahl-Geheimfach. Schrank 255 cm breit, 153 cm hoch, 42 cm tief, 1547,– DM. Schreibtisch 160x80 cm, 924,– DM.
Anbau-Rundsitz-Ecke, vielfach variabel für alle Zimmergrößen, hochwertig verarbeitet, in Ausführung wie Foto ab 1118,– DM, bezogen wie Bild 1239,– DM. Einzelsessel (Typ 2) ab 315,– DM, bezogen wie Bild 352,– DM.

Der Musterring-Katalog 1960 ist da, mit vielen neuen, herrlichen Modellen. Fordern Sie ihn noch heute an!

Kein Möbelkauf ohne den Musterring-Katalog! Sie erhalten ihn kostenlos gegen Einsendung des Gutscheines. In Österreich gegen Schutzgebühr von 10 S durch Musterring-Kontaktstelle, Salzburg, Postfach 636.



Gutschein

Musterring-Möbel, Abt. 7 / 19 S
Wiedenbrück / Westfalen, Postfach

Bitte senden Sie mir umgehend und kostenlos den großen, 64seitigen neuesten Musterring-Farbkatalog mit genauen Maßen und Preisen. Ich interessiere mich besonders für:

Vor- u. Zuname, Wohnort u. Straße:

Musterring-Möbel Musterring-Möbel Musterring-Möbel Musterring-Möbel

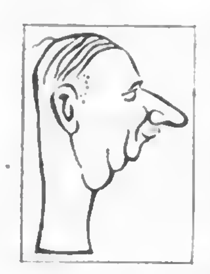




Willy Brandt, 46, Regierender Bürgermeister von Berlin, gab als Verbraucher der Tabakmarke „Golden Mixture" seinem wachsenden Ruf, die tele- und photogenste Galionsfigur deutscher Volkstümlichkeit zu sein, neue Nahrung: „Das Tabakblatt", die Hauszeitschrift der Bremer Tabak-Firma Brinkmann GmbH, präsentierte den Brandenburger Tor-Wart als pfeiferauchenden Cover-Boy und widmete ihm im Innern eine Bildreportage (rechts), für die Brandt unter dem Motto „In besinnlichen Stunden greife ich gern zur Pfeife" als Pfeifenstopfer, -anzünder und -genießer posierte.

PERSONALIEN

Franz-Josef Strauß, 44, Waffenschmied, mißachtete im Historischen Museum der badischen Stadt Rastatt das an einer mittelalterlichen Ritterrüstung befestigte Schild „Bitte nicht berühren!". Der Minister prüfte die metallene Qualität des geschmiedeten Panzerkleides mit der Hand.



Charles de Gaulle, 69, Gipfelconférencier aus Frankreich, signierte als Amerikafahrer eine de-Gaulle-Karikatur (Bild), die der amerikanische Zeichner Jack Rosen bei einem offiziellen Essen im Schnellverfahren hergestellt hatte, doch schrieb de Gaulle protestierend neben seinen Namenszug: „Oh! Oh!".

Otto Schedl, 47, bayrischer CSU-Wirtschaftsminister, setzte sich auf luftsportlichem Gebiet unmittelbar hinter seinen Parteifreund, den Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß. Sechs Tage nach dem Überschall-Flug im Jagdzweisitzer vom Typ Hawker Hunter, mit dem Strauß als „schnellster Bundesminister" Zeitungsüberschriften machte, flog Schedl auf der Hannoverschen Luftfahrtschau in derselben Maschine und durchbrach auch die Schallmauer.

John F. Kennedy, 42, Senator von Massachusetts und Anwärter auf die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten, entging als Versammlungsredner in Mullens (West-Virginia) um wenige Zentimeter dem Elektro-Tod. Die zuhörenden Grubenarbeiter unterbrachen den Redner und machten ihn darauf aufmerksam, daß er Gefahr laufe, mit dem Kopf an eine Starkstromleitung zu stoßen.

Balabala, 55, Oberhäuptling des Wamba-Stammes in Belgisch-Kongo, trat zum Katholizismus über, wobei er sich — wie die Katholische Nachrichten-Agentur (KNA) lobend hervorhob — zu einer langwierigen und umfangreichen familiären Veränderung bereit fand. Nachdem sich der Häuptling 1951 zur christlichen Taufe entschlossen hatte, reduzierte er im Laufe der Jahre seinen Frauen-Bestand von 30 auf zwei, indem er seine Damen eine nach der anderen zu ihren Familien zurückschickte. Um dem Verdacht zu begegnen, sich durch seinen Glaubenswechsel bereichern zu wollen, verzichtete er auf die Rückerstattung des ihm zustehenden Kaufpreises. Vorbildlich löste er schließlich das Problem, sich auch noch von einer der ihm verbliebenen zwei Lieblingsfrauen zu trennen: Nachdem es ein Missionspriester abgelehnt hatte, anstelle des Urwald-Würdenträgers die Wahl vorzunehmen, ließ Balabala die beiden Frauen einer Katechismus-Prüfung unterziehen und behielt diejenige zum Sakrament der Ehe, die bei dem Examen am besten abschnitt.

Sir Alexander Knox Helm, 67, letzter — bis 1956 — Generalgouverneur Großbritanniens im Sudan, packte als Leiter der britischen Delegation bei den Unabhängigkeitsfeiern im Afrika-Staat Togo seine ihm von Königin Elizabeth II. mitgegebenen Geschenke (eine silberne Tischglocke und zwei silberne Tintenfässer) für Togo-Premier Sylvanus E. Olympio auf dem Schreibtisch des Premiers aus einem alten Schuhkarton aus. Dem künftigen britischen Togo-Botschafter Watson blieb es vorbehalten, den Transportbehälter mit Hilfe des AP-Korrespondenten Robert Lindsay unauffällig aus dem Audienzzimmer zu schaffen.



Veronika Stöckinger, 18, Tochter von Dr. Hannes Stöckinger, dem Geschäftsführer und Gesellschafter der Kaffeefabrik Franck und Kathreiner GmbH („Der Gehalt macht's") in Ludwigsburg (Württemberg), muß die Abiturientenklasse des Ludwigsburger Gymnasiums wiederholen, obwohl ihr ursprünglich das Reifezeugnis ausgehändigt worden war. Da sie schlechtere Zeugnisnoten hatte als einige Mitschülerinnen, die beim Abitur durchgefallen waren, protestierten die Eltern der Benachteiligten mit dem Erfolg, daß auch Kathreiner-Veronika noch ein Jahr auf die Hochschulreife warten muß.

Ali Khan, 49, Sohn des verstorbenen Aga Khan, Botschafter Pakistans bei der Uno, organisierte Europas exklusivsten Klub, der die schönen Künste fördern will. Um das Klubhaus, ein Schloß am Meer bei Antibes, kaufen zu können, mußte jedes der 300 Klub-Mitglieder — unter ihnen Ernest Hemingway — 8000 Schweizer Franken einzahlen.

BERUFLICHES

HANS-JOCHEN VOGEL, 34, Dr. jur., Freshman auf dem Münchner Oberbürgermeisterposten, führte sich auf der ersten Sitzung des neuen Stadtrats mit dem Vorschlag ein, seine monatlichen Dienstbezüge von 3645 auf 3300 Mark zu reduzieren.

HUGO STINNES, 62, Chef des Stinnes-Konzerns, unterzeichnet im Kampf um Führungskräfte neuerdings Stellenanzeigen mit seinem Namen und steht dabei für das falsche Deutsch seiner Personalabteilung ein. In den Anzeigen heißt es unter anderem: „Wer glaubt, eine solche Aufgabe übernehmen zu können, bitte ich, seine Bewerbung unmittelbar an mich zu richten."

EHRUNGEN

DWIGHT D. EISENHOWER, 69, Kreml-Astrologe, und NIKITA CHRUSCHTSCHOW, 66, Washington-Astrologe, werden aufgrund ihrer gemeinsamen Gespräche in Camp David von Mitgliedern des Stockholmer Nobelpreis-Komitees als ernsthafte Anwärter auf den Friedensnobelpreis genannt.

KURT BARTEL („KUBA"), 45, Pankower Hofbarde, wurde Ehrendoktor der Philosophischen Fakultät der Universität Rostock.

THOMAS CHRISTIAN ACKERMANN, 11 Wochen, Sohn des Pressereferenten der CDU-Bundestagsfraktion, Dr. Eduard Ackermann, erhielt als Geschenk zur überstandenen Geburt von Bundeswirtschaftsminister Erhard das Erhard-Buch „Wohlstand für alle" mit Widmung des Autors.

Karl Ferdinand Finus, 60, Diplomlandwirt in Starnberg, Vorsitzender des Tierschutzvereins Starnberg, des Landesverbandes Bayerischer Tierschutzvereine und des Bundes gegen den Mißbrauch der Tiere, trat samt seinem Landesverband aus dem Deutschen Tierschutzbund aus, weil Tierschutzbund-Präsident Otto Kertscher öffentlich die Finus-Behauptung zurückwies, deutsche Schlachtpferde würden beim Export gequält. Finus, der zu einer populären Aktion zum Schutz einheimischer Schlachtpferde aufgerufen hatte, gründete jetzt einen eigenen „Landestierschutzverband Bayern" und einen „Deutschen Bundestierschutzverband".

Bernard Goldfine, 69, aus Polen stammender Textilindustrieller in Boston, als Gabenbringer des Weißen Hauses 1958 Hauptfigur eines amerikanischen Bestechungsskandals, in dessen Verlauf Eisenhowers Assistent Sherman Adams sein Amt quittieren mußte, wurde jetzt von einem amerikanischen Gericht angeklagt, Steuern in Höhe von 790 000 Dollar (3,3 Millionen Mark) hinterzogen zu haben. Neben Goldfine muß sich seine Privatsekretärin Mildred Paperman wegen des Vorwurfs einer Steuerhinterziehung in Höhe von 107 000 Mark verantworten.



Sherman Adams, 61, ehemaliger Chefberater Eisenhowers, der 1958 wegen seiner Bereitschaft, Geschenke anzunehmen, seinen Posten aufgeben mußte, betrat erstmals nach seinem Rücktritt wieder offiziell das Weiße Haus. Er nahm an einem Essen mit Charles de Gaulle teil, eingeladen von Eisenhower, der somit öffentlich bekundete, daß er seine einstige „rechte Hand" für einen Ehrenmann hält.





Eva Bartok (l.), 30, filmschauspielernde Hut-Fetischistin aus Ungarn, führte während eines Besuchs in London ihre neueste Kopfbekleidung vor: In Abwandlung der bekannten, vielfach imitierten Topfform hatte die Bartok ihre Haube mit einer Sonnenbrille drapiert. Einen gleichermaßen blickbeherrschenden Kopfschmuck stellte Bartok-Kollegin **Marlene Dietrich** (r.), 59, bei ihrer Spätlese in Deutschland zur Schau: Hauptbestandteil des Dietrichschen Monstre-Hutes war die Krempe, die es der glimpflich umwogten Berlin-Besucherin ermöglichte, nach Bedarf unverzüglich in Deckung zu gehen.



HANS STUCK

Mein aufregendstes Erlebnis

Zwanzig Jahre ist es her, ich hatte gerade den großen Preis der Tschechoslowakei gewonnen. Wir fuhren zu dritt, meine Frau, ich und ein großer Hühnerhund, zu einer Jagdeinladung. Auf der Straße, leicht abschüssig, weit und breit nichts zu sehen. Oder doch? Unbewußt registrierte ich einen langsam herankriechenden Eselskarren. Der Tacho stand auf 130. Doch jetzt, was war das? Der Kutscher fuchtelte mit der Peitsche, das Tier bäumte sich auf, wird zurückgerissen von der Schwere des Karrens, bricht aus, nach links herüber, auf meine Fahrbahn. Plötzlich schien alles zu spät. Noch 30 Meter. Bremsen? Das reicht nicht. Gerade weiter, das mußte schiefgehen. Also nach rechts. Ich bremste, bremste wieder und schleuderte den Wagen herum, noch wenige Meter und jetzt, ja jetzt begann der Flug, drei Meter tief die Böschung, fünf Meter breit der Graben. Festhalten! schrie ich und Kopf einziehen. Ein dummes Gefühl, so eine Luftfahrt im Auto. Unvorstellbar, wir landeten »auf allen vieren« mit Prellungen und doch »wohlbehalten« in einem Acker.

Besonders im heutigen Straßenverkehr überraschen uns immer wieder unerwartete Situationen. Auf Glück und eine gute Reaktion dürfen wir uns nicht verlassen, zumal es jetzt eine wirklich zuverlässige Vorkehrung gibt: den Auto-Sicherheitsgurt. Er bietet Ihnen auf schnellen Reisen die äußere Sicherung für die innere Sicherheit. Autosicherheitsgurte in vielen sportlichen Wettbewerben erprobt und bewährt, sollten heute zumindest für die Mitfahrer in jedem Wagen angebracht sein.

HOHLSPIEGEL

Das in Ulm gastierende Kabarett der „Internationale der Kriegsdienstgegner" (IdK) konnte sein Programm „Helm ab zum Kabarett - Militarismus an die Wand gelacht" erst nach zweimaliger Unterbrechung zu Ende spielen. Die IdK stellte fest, daß es sich bei den Störenfrieden, die ihr Mißfallen durch ständiges Klatschen ausgedrückt hatten, um etwa 40 Angehörige der in Ulm stationierten Bundeswehr-Einheiten handelte. Der Ulmer Standortkommandant wohnte der Störaktion bei.

▽

Mit Knittelversen zum Lobe der kollektivierten DDR-Landwirtschaft bemüht sich die Leitung der SED, das ramponierte Staatsbewußtsein der enteigneten Bauern wieder aufzurichten. Unter den Sinnsprüchen, die Logik und grammatikalische Regeln unberücksichtigt lassen, finden sich Blüten wie „Im Nato-Staat bei Strauß und Adenauer gibt es keinen freien Bauer", „Gute LPG tun Strauß und Adenauer weh", „Adenauer-Raketen bringen Mega-Tote, LPG-Rinder aber Mega-Liter Milch und Brote".

▽

Beim sechstägigen Brand eines Kohlenlagers des Senats im Westberliner Bezirk Schöneberg ließ die Vertretung des „Mach-mal-Pause"-Getränks Coca-Cola einen Lieferwagen anfahren, aus dessen Vorrat an Erfrischungen sich die Feuerwehrleute kostenlos bedienen konnten.

▽

Als Voraussetzung für das Anrecht auf einen freien Platz innerhalb seiner studentischen Waffenbrüderschaft erbat das waffentragende „Corps Franconia München" — laut Anzeige im Düsseldorfer „Handelsblatt" — von den interessierten Kommilitonen folgende Tugenden: „Wehrfähig und wehrwillig, auftragstreu und einsatzbereit, klassisch gebildet und europäisch denkend. Keine Schnorrer, keine Fanatiker, keine Marxisten."

▽

Eine Diskussion der Verordnetenversammlung im Westberliner Bezirk Wedding über die Frage, welche Abteilung für die Bekämpfung der Rattenplage am Ufer der Panke zuständig sei, endete ohne Ergebnis. Die Vernichtung von Bisamratten untersteht der Abteilung für Wirtschaft und Kredit, während für gewöhnliche Ratten das Landesgesundheitsamt zuständig ist. Für die Wiederherstellung der beschädigten Uferböschungen ist dagegen das Gartenbauamt verantwortlich. Die Weddinger Parlamentarier beschlossen, von einem Spezialisten vorerst die Art der Schädlinge feststellen zu lassen.

▽

In einem Aufruf des „Vereins für Feuerbestattung" in Mühlheim am Main „an alle Interessenten" verabschiedete sich der Vereinsvorsitzende „mit Flammengruß".

IM NÄCHSTEN HEFT

WOLFGANG VON TRIPS

startet am 22. Mai auf dem Nürburgring zum Rennen um die Sportwagen-Weltmeisterschaft. Als Deutschlands bester Rennfahrer ist Trips in die Welt-Elite eines hochgradig lebensgefährlichen Sports vorgestoßen, der vom Zerfall bedroht ist.

DER SPIEGEL

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

SPIEGEL-VERLAG
RUDOLF AUGSTEIN G. M. B. H. & CO.

Hamburg 1, Pressehaus, Telephon 32 15 11, Fernschreiber: 021 2318, Telegrammadresse: Spiegelverlag, Postscheckkto.: Hamburg 7137

HERAUSGEBER
Rudolf Augstein

CHEFREDAKTEUR
Hans Detlev Becker

STELLVERTRETER
Johannes K. Engel, Hans Dieter Jaene, Georg Wolff

REDAKTION
Kurt Blauhorn, Claus Leo Brawand, Walter Busse, Bernt Engelmann, Dr. Günter Gieler, Rudolf Glismann, Robert Julius Grelli, Manfred W. Hentschel, Heinz Höhne, Dr. Alexander von Hoffmann, Bert Honolka, Claus Jacobi, Johannes Kayser, Klaus Kröger, Johannes Matthiesen, Peter Merseburger, Dr. Karl Paerschke, Dr. Heinz Pohle, Hermann Renner, Karlheinz Vater, Martin Virchow, Eberhard Wachsmuth, Dr. Günther Zacharias

REDAKTIONSVERTRETUNGEN INLAND
Berlin: Hans Zielinski, Schöneberger Ufer 59, Tel. 13 26 07 · Bonn: Wolfgang Becker, Erich Böhme, Günter Gaus, Rudolf W. Panz, Hans Schmelz, Dahlmannstraße 20, Tel. 2 40 51 · Hannover: Wolfgang Risse, Armin Gerwalt Müller, Osterstraße 85-87, Tel. 2 78 35 / 36 · Düsseldorf: Ferdinand Simoneit, Oststraße 41, Tel. 2 89 17 · Frankfurt am Main: Hans Hermann Mans, Dr. Gisela Oehlert, Horst Stübling, Untermainkai 19, Tel. 33 13 29 · Stuttgart: Gerhard Werner, Alexanderstraße 63, Tel. 24 67 56 · München: Dr. Jochen Becher, Schwanthalerstraße 2-6, Tel. 59 47 24

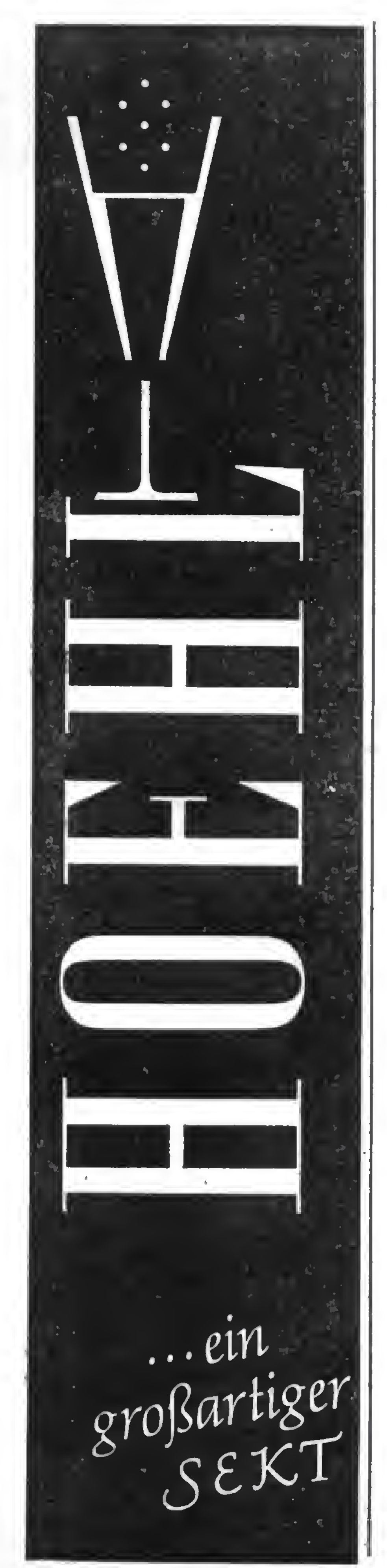
REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND
New York: Kurt J. Bachrach-Baker, N. Y. 34, 115 Payson Avenue, Tel. Lorraine 9-2773, Plaza 1-1800 · London: Dr. H. G. Alexander, W 14, 56 North End House, Tel. Fulham 0293 · Paris: Fried Wesemann, 2 Rue Paul Dupuy (16e), Tel. Bagatelle 9458 · Brüssel: Dr. Günther Stellen, 197 Rue Belliard, Tel. 35 06 61 · Rom: Joachim Schilling, Via Mecenate 18, Tel. 73 25 09 · Wien: Dr. Inge Cyrus, Chimanistraße 63 (XIX), Tel. 36 15 92

DOKUMENTATION
Armin Dirks, Günther Falk, Ingeborg Hammer, German Hausknecht, Hans-Joachim Heinze, Heinz Klatte, Alexandra Lust, Maria Rank, Walther von Schultzendorff, Robert Spiering

SPIEGEL-PHOTOS: Max Ehlert · ZEICHNUNGEN: Globus-Kartendienst

VERLEGER
John Jahr

VERLAGSBÜROS
Berlin W 35, Schöneberger Ufer 59, Tel. 13 14 81, FS 01/83867 · Düsseldorf, Oststraße 41-43, Tel. 8 05 53, FS 08/582737 · Frankfurt a.M., Untermainkai 19, Tel. 33 13 29, FS 04/11252 · Hannover, Osterstr. 85-87, Tel. 2 78 35/36, FS 09/22319 · München 15, Schwanthalerstraße 2-6, Kuttner-Haus, Tel. 59 47 23, FS 05/22501 · Stuttgart S, Alexanderstraße 63, Tel. 24 67 56, FS 07/22216



RÜCKSPIEGEL

ZITATE

In einem Nachrichtenmagazin war ein Vorfall in einer Gaststätte geschildert worden, bei dem es unter Angehörigen des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu Streitigkeiten kam. Dabei hieß es: „Zu den lustigen Verfassungsschützern, die sich neben der Bartheke an einem Tisch niederließen, gehörte der für die Beschaffung kommunistischen Informationsmaterials verantwortliche Gruppenleiter im Bundesamt sowie ein Referent dieser Gruppe namens Schaula nebst dessen Braut, einer Frau Leupold, die in der Dienststelle als V-Mann-Führerin tätig ist." Die Angaben entsprachen den Tatsachen. Durch die Veröffentlichung sah sich das Bundesamt genötigt, organisatorische Veränderungen vorzunehmen, die mit einer gewissen vorübergehenden Beeinträchtigung der Tätigkeit auf dem betreffenden Gebiet verbunden waren. Namen und Funktion von V-Mann-Führern sind geheimzuhalten ... Die Bejahung des objektiven Tatbestandes des Staatsgeheimnisses und des Verrats lag nahe. Sie war allenfalls deshalb zweifelhaft, weil die Wirkung der Veröffentlichung durch sehr einfache und leichte Gegenmaßnahmen auszugleichen war. Insoweit wird es immer auf die Umstände des Einzelfalles ankommen. Das Verfahren gegen den Verfasser des Artikels ist aus subjektiven Gründen eingestellt worden, weil seine Einlassung, er habe nicht gewußt und auch nicht damit gerechnet, daß Namen und Tätigkeit von V-Leuten geheimzuhalten seien, nicht widerlegt werden konnte.

Generalbundesanwalt Dr. Max Güde in einem Vortrag „Geheimhaltungspflicht und Presse" vor dem Deutschen Presserat in Karlsruhe.

Um die öffentliche Meinung ist es gar nicht so schlecht bestellt, das hat jetzt wieder der Fall Oberländer gezeigt. Die Presse der Bundesrepublik ist wachsam, und schließlich gibt es auch noch als notwendiges Übel den SPIEGEL.

Professor Dr. Otto Heinrich von der Gablentz (Freie Universität Berlin) in einem Vortrag über „Autorität in der Demokratie" während der Hochschulwoche in Osnabrück.

Der SPIEGEL berichtete ...

... in Nr. 15/1960 AFFÄREN — *KLETT* über ein Bestechungsverfahren der Stuttgarter Staatsanwaltschaft gegen das Stadtoberhaupt Dr. Arnulf Klett, das 1955 zu seinem 50. Geburtstag und zehnjährigen Dienstjubiläum von dem größten Steuerzahler der Stadt Stuttgart, der Firma Daimler-Benz, eine Perserbrücke im Wert von 2900 Mark als Geschenk angenommen hatte. Klett hatte es nach Weihnachten 1958 den städtischen Bediensteten in einem Erlaß grundsätzlich verboten, Geschenke anzunehmen. Er versicherte, den Wert des Daimler-Präsents nicht erkannt zu haben, und ließ durchblicken, daß er im Falle einer Gerichtsverhandlung öffentlich darlegen werde, wer anderwärts welche Geschenke angenommen habe.

△ Klett teilte der Stuttgarter Bürgerschaft mit, er habe der Staatsanwaltschaft eröffnet, „noch ziemlich viel mehr an Geschenken" erhalten zu haben, darunter von einer anderen Firma ein Fernsehgerät. Die Staatsanwaltschaft kennt seit Anfang April alle Gaben, die dem Oberbürgermeister aus Wirtschaft und Bürgerschaft auf den Tisch gelegt wurden. Klett trat einen Urlaub an und erklärte auf Anfrage, es handle sich um einen Teil seines normalen Jahresurlaubs. Die SPD-Fraktion im Stuttgarter Stadtparlament forderte Klett auf, sein Amt bis zum Abschluß des Verfahrens zur Verfügung zu stellen.

*

... in Nr. 18/1960 GEMEINDEN — *FREILICHTSPIELE* über den Bad Hersfelder Freiluft-Intendanten Hans-Walter („Johannes") Klein, gegen den der Passauer Oberstaatsanwalt auf Anzeige der Stadt Passau wegen Betrugs und Unterschlagung ermittelt. Klein soll als Gesamtleiter und später als künstlerischer Leiter der „Europäischen Wochen" in Passau den engagierten Künstlern mehrfach niedrigere Gagen ausbezahlt haben als die ihm von der Stadtverwaltung Passau zur Verfügung gestellten. Außerdem wird ihm vorgeworfen, Proben-Entschädigungen und Diäten der Künstler einbehalten und Agentenprovisionen für die Vermittlung seines Hersfelder Ensembles kassiert zu haben. Die Passauer Europa-Wochen sind für dieses Jahr abgesetzt worden.

△ Nach Erscheinen des SPIEGEL-Artikels wurde Klein vom Bad Hersfelder Magistrat mit Hinweis auf die Passauer Beschuldigungen als Intendant der Freilicht-Festspiele beurlaubt. Klein selbst wies diese Beschuldigungen in Bad Hersfeld zurück: Er habe sich stets im Rahmen der mit Passau geschlossenen Verträge gehalten.

*

... in Nr. 16/1960 ÖSTERREICH — *EHRENBURG* und Nr. 19/1960 RÜCKSPIEGEL über die Einladung Ilja Ehrenburgs zum „Europa-Gespräch 1960" durch den Wiener Vizebürgermeister Hans Mandl, der damit — im Hinblick auf die Mord- und Schändungsaufrufe, die Ehrenburg während des letzten Krieges an die Rote Armee richtete — eine Protestwelle auslöste. Mandl forderte den Sowjet-Literaten auf, Stellung zu nehmen, worauf Ehrenburg in der Moskauer „Literaturzeitung" seine Wiener Kritiker als „Neofaschisten" verdächtigte und die fraglichen Hetzaufrufe als „hitlerfaschistische Propagandamärchen" abtat.

△ Vizebürgermeister Mandl hat den Sowjet-Schriftsteller wieder ausgeladen. Er bezog sich auf den Artikel in der „Literaturzeitung" und schrieb: „Wir sind nicht gewohnt, Herr Ehrenburg, daß man in einem solchen Ton mit einem frei gewählten Vertreter der Wiener Bevölkerung verkehrt, und mir scheint, daß Ihr Verhalten in dieser Angelegenheit wahrlich nicht dazu angetan ist, Kontakte zwischen Menschen verschiedener Völker zu fördern."

*

... in Nr. 35/1959 ENGLAND — *CHURCHILL* über Sir Winstons ersten und einzigen Sohn, den Journalisten Randolph Churchill, der eine bissige Lebensgeschichte des gescheiterten Suez-Premiers Eden schrieb („The Rise and Fall of Sir Anthony Eden"). Die Biographie enthält peinliche Enthüllungen über den amtierenden Premier Macmillan. Der ehemalige Labour-Premier Attlee urteilte, das Buch verrate über die Person des Autors mehr als über Sir Anthony Eden.

△ Die deutsche Ausgabe des Buches von Randolph Churchill erschien jetzt unter dem Titel „Sir Anthony Eden, Aufstieg und Fall" („Die scharfsichtige Analyse einer umstrittenen politischen Karriere") im Alfred Scherz Verlag, Bern, Stuttgart, Wien.



… ohne !

NUR ECHT MIT DEM WARENZEICHEN

YENIDZE CIGARETTEN

SALEM

Nr 6

SALEM

HERBERT LEUPIN